

(Beginn: 15.47 Uhr - Ende: 21.23 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 39. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Besonders begrüße ich Herrn Beigeordneten Greitemann zu seiner ersten richtigen Ratssitzung.

(Beifall)

Herr Greitemann wird gleich die Gelegenheit nutzen und das Wort an Sie richten.

Ganz besonders begrüßen möchte ich heute auch Herrn Wortmann und ihm herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Möller, Frau Welcker und Herrn Kockerbeck.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Wolter entschuldigt.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die SPD-Fraktion hat am 6. Juni 2018 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Menschen am Neumarkt nicht hängen lassen - Drogenkonsumraum schnell realisieren“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.4, 4.5, 4.6 und 4.7, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.3.1 und 10.16 und die nachträglich eingegangenen Anträge zu Gremienbesetzungen unter TOP 17.7, 17.8 und 17.9 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.1.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.12, 10.13, 12.1 und 16.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte.

<Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wir haben den als dringlich gekennzeichneten FDP-Antrag „Wahl der Oberbürgermeisterin zur Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke Köln GmbH“ vorliegen. Im Rahmen der Tagesordnungsdebatte möchte ich darauf hinweisen, dass das aus unserer Sicht nicht dringlich ist. Ganz im Gegenteil! Für uns hat jetzt Aufklärung Vorrang. Meines Erachtens gibt es heute mehr Anlass denn je, das zu fordern.

Es gibt wirklich keinen objektiven Grund, heute zu entscheiden, dass die Oberbürgermeisterin Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke werden soll. Schließlich liegen durchaus auch Vorschläge auf dem Tisch, Personen von außerhalb der Ratsgremien und der politischen Szene in Köln zu nehmen, die über genügend Erfahrung verfügen.

Warum das nicht in Ruhe diskutiert werden soll, sondern heute mit einem Dringlichkeitsantrag erledigt werden soll, erschließt sich uns nicht. Deswegen bestreiten wir die Dringlichkeit.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin hat doch Erfahrung!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, ich werde die Dringlichkeitsanträge gleich behandeln. Sie gestatten, dass ich diese Wortmeldung in den nächsten Abschnitt der Behandlung der Tagesordnung schiebe und erst noch einmal frage, ob es Wortmeldungen zu den vorgesehenen Tagesordnungspunkten gibt; denn das müssen wir ja auch klären. - Ja, dazu gibt es Wortmeldungen. Ich habe jetzt nicht gesehen, wer sich zuerst gemeldet hat. Bitte.

<Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe eine Frage zum Tagesordnungspunkt 12.1, weil es mich überrascht, dass er zurückgezogen worden ist. Gibt es dafür eine Begründung? Denn meines Wissens ist die Beratungsfolge ja bisher eingehalten worden, und diese Vorlage ist nicht irgendwo in den Gremien aufgehalten worden.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu Punkt 12.1? Habe ich das richtig verstanden? - Wir müssen das klären. Das machen wir sofort. Ich kann es jetzt nicht sagen. - Herr Greitemann weiß das? Er sollte eigentlich erst reden; aber bitte.

<Beigeordneter Markus Greitemann: Erst arbeiten, genau. - Der städtebauliche Vertrag ist noch nicht unterschrieben, und der Bebauungsplanbeschluss sollte nur getroffen werden, wenn der städtebauliche Vertrag unterschrieben ist. Da sind noch einige Inkonsistenzen mit den Investoren und mit Anrainern zu klären.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, einverstanden? - Gut. - Herr Weisenstein.

<Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir sind der Auffassung, dass der unter TOP 3.1.1 vorliegende Antrag klassischerweise im Ausschuss für Umwelt und Grün behandelt werden sollte, und beantragen deswegen die Überweisung dieses Antrags in den entsprechenden Ausschuss. - Vielen Dank.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

<Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Allen Fraktionen und auch Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, liegt seit dem 24. Mai 2018 ein Einwohnerantrag vor. Ich wüsste gerne, weshalb er nicht in der Tagesordnung steht, um auch beraten zu werden. Absender ist unter anderem Herr Dr. Burkhardt Krems.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich würde das gerne persönlich beantworten. Die formellen Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Denn Einwohneranträge müssen 8000 Unterschriften haben. Sie werden sie sammeln. Im Moment liegen sie aber noch nicht vor. Deswegen ist dieser Antrag nicht aufgenommen worden.

Nach meiner Erinnerung sind ja alle Fraktionen angeschrieben worden, und es ist angeregt worden, dass die Fraktionen ihn auf die Tagesordnung setzen lassen. Das ist nicht passiert.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Dann würde ich nur darum bitten, dass wir vielleicht abstimmen, dass der Antrag aus formalen Gründen hier nicht beschlossen oder beraten werden kann. Dann werden sie auch die Unterschriften sammeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, er steht ja gar nicht auf der Tagesordnung. Das fällt mir jetzt wirklich schwer.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Entschuldigung. Dann müsste aber zumindest in Kürze eine Beantwortung dieses Antrags dahin gehend erfolgen, dass er aus formalen Gründen nicht auf die Agenda gekommen ist und jetzt erst die 8 000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Dann ist das ja okay. Dann laufen die Antragsteller auch los und sammeln die Unterschriften. Sie werden sie dann nachreichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Formal zuständig ist der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Das sehe ich anders.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Insofern müsste ein solcher Antrag dann auch durch die dortige Geschäftsstelle bearbeitet werden. Ich werde nachhaken, dass da eine Antwort erfolgt.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Das heißt, Sie würden ihn automatisch in diesen Ausschuss verweisen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, das ist schon geschehen - also nicht von uns. Aber das ist ihm mitgeteilt worden. Er ist informiert.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Bis heute nicht. - Okay. Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Börschel das Wort.

<Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sitzungsdienst hat mich gerade freundlicherweise darauf hingewiesen, dass ein SPD-Antrag unter TOP 17, vermutlich 17.11, zwar im System ist, aber noch nicht bei Ihnen angekommen sein kann. Wir bitten nur darum, ihn auch mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Es geht um eine Gremienbesetzung, eine übliche Nachbesetzung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 17.11?

Martin Börschel (SPD): Ja, ich glaube, das wäre dann der Tagesordnungspunkt, der frei wäre.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann stimmen wir gleich, nachdem wir die Dringlichkeitsfragen besprochen haben, über die Tagesordnung ab, und zwar unter der Maßgabe der von Ihnen erwähnten Einbringung dieses Tagesordnungspunktes. Okay.

Jetzt bitte ich noch einmal um weitere Wortmeldungen zu der bisher vorliegenden Tagesordnung.

(Zuruf)

- Wir kommen noch zur Dringlichkeit. Da sind wir noch nicht. Ich frage immer noch, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Eben gab es ja auch von Herrn Börschel noch eine Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Oder können wir jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen kommen? Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen.

Heute, und zwar gerade erst, ist ein Antrag der Fraktionen CDU, Grüne und FDP eingegangen. Er betrifft die Sonntagsöffnung. Wir würden ihn unter TOP 3.1.5 einsortieren. Er ist auch verfügbar.

Ich frage jetzt - ich frage das hier einzeln ab -: Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Beratung? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Eben ist ein weiterer Dringlichkeitsantrag zur Besetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke eingegangen. Diesen Antrag würden wir unter TOP 17.10 einordnen.

Herr Dr. Krupp hat eben schon dagegengesprochen. Jetzt hat einer der Antragsteller die Möglichkeit zur Begründung.

<Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich spricht die Sache ja für sich. Wir haben heute eine Ratssitzung. Die nächste Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke findet am 29. Juni 2018 statt. Die nächste Ratssitzung ist am 5. Juli dieses Jahres. Dann würden wir den Aufsichtsrat nicht mehr erreichen. Das erklärt natürlich schon die Dringlichkeit, weil die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden dann ja vakant ist.

Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte aber darum bitten, dass wir diesen Antrag, wie bei Dringlichkeitsanträgen üblich, unter TOP 3.1.6 einsortieren und nicht erst unter TOP 17. Denn wir verstehen das als Dringlichkeitsantrag und nicht als normale Wahlhandlung, wie wir sie sonst bei Anträgen der Fraktionen hier vollziehen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann lasse ich zu diesem zweiten Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Stimmen gegen die Dringlichkeit? - Der SPD-Fraktion. Enthält sich jemand? - Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Jetzt frage ich noch einmal insgesamt, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. Zur Reihenfolge der Tagesordnung hat Herr Sterck eben schon gesprochen, was seinen Dringlichkeitsantrag angeht. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung?

(Zuruf)

- Nein, es wurde nur über die Aufnahme in die Tagesordnung abgestimmt.

(Zuruf)

- Wir sprechen über die Tagesordnung. Wir sind bei der Festlegung der Tagesordnung.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Genau. Dabei bin ich ja gerade. Ich spreche jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Wir könnten hier ja auch ein Laufband aufstellen. Dann wüssten wir alle immer genau, wo wir gerade sind. Es müsste dann natürlich auch für uns auf dem Podium sichtbar sein.

Dann frage ich: Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung, also zur Einordnung der bisherigen Tagesordnungspunkte bzw. dazu, wie Herr Börschel seinen Antrag einordnen wollte und wie Herr Sterck seinen Antrag einordnen wollte? Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenanschläge? - Gegenstimmen? - Herr Weisenstein.

<Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir den Antrag gestellt haben, den Antrag unter Punkt 3.1.1 vor Eintritt in die Tagesordnung an den Fachausschuss zu überweisen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das haben wir, glaube ich, alle zur Kenntnis genommen. Darüber lasse ich ja gerade abstimmen.

Die Festlegung der Tagesordnung scheint heute schwierig zu sein. Aber wir schaffen es.

Ich lasse jetzt, damit es besonders deutlich wird, über den Verweisungsantrag von Herrn Weisenstein separat abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen den Verweisungsantrag von Herrn Weisenstein? - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Gruppe GUT und Herr Wortmann stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Verweisungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Jetzt würde ich gerne Herrn Greitemann als neuem Beigeordneten das Wort geben. Ich begrüße Sie ganz herzlich in unserer Mitte, Herr Greitemann!

(Beifall)

<Beigeordneter Markus Greitemann: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Nach fünf Arbeitstagen im Amt ein paar erste Gedanken:

Am vergangenen Samstagmorgen auf dem Chlodwigplatz stehend, habe ich wieder festgestellt, welch ein Privileg es ist, in dieser Stadt zu leben, und welch eine Freude es war, in den letzten acht Jahren im Quartier der Universität die Entwicklung mitgestalten zu dürfen.

Wenn man durch diese Stadt geht, staunt man vor allem über die Vielseitigkeit und über die Art und Weise, wie sie beginnt, sich in das eigene Bewusstsein einzugraben. Diese Stadt zu erleben, ist wie eine Geschichte zu lesen - eine Geschichte, deren Worte und Buchstaben aus Gebäuden, Straßen, Plätzen und Grünanlagen, aber, meine Damen und Herren, vor allen Dingen aus Menschen bestehen - vor allem aus Menschen.

In den nächsten Jahren habe ich dann nicht nur das Privileg, sondern die Ehre, an der Gestaltung dieser Stadt mitwirken zu dürfen. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Planen und Bauen in dieser Stadt zu sein, ist eine Herausforderung, auf die ich mich freue - wohl wissend, dass große Aufgaben auf uns alle warten, mit Rahmenbedingungen, die, wie ich in den ersten fünf Tagen erfahren durfte, mit Sicherheit nicht immer einfach sein werden. Aber genau das ist es, was mich reizt und herausfordert.

Stadtentwicklung, Planen und Bauen: Ich verstehe mich in erster Linie als Baudezement für die nächsten Jahre - entscheidungsfreudig, umsetzungsstark, qualitätsbewusst.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bauen in einer Millionenstadt braucht große Projekte. Große Projekte sind etwas Gutes. Gerade in dieser Stadt sollten wir den notwendigen Respekt bei der Herangehensweise an solche Projekte haben, aber bitte keine Angst.

In den Jahren an der Universität habe ich den Eindruck gewonnen, dass es jetzt nicht in erster Linie darum gehen kann, noch eine Vielzahl weiterer Vorhaben zu erfinden und auf den Plan zu rufen. Die großen Projekte haben Sie in den letzten Jahren auf Grundlage des Masterplans von Albert Speer definiert. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Es handelt sich um große Projekte wie Historische Mitte, Parkstadt Süd, Deutzer Hafen, Mülheim-Süd, Stadtarchiv usw. Ich will das jetzt nicht alles herunterrasseln; ich denke, dass Sie wissen, wovon wir reden.

Jetzt geht es darum, diese großen Projekte auch umzusetzen. Um diese Aufgabe zielgerecht vor-

ranreiben zu können, werden wir gemeinsam Prioritäten setzen und strategische Partner suchen müssen, so wie Sie es bereits im Deutzer Hafen mit dem Partner moderne Stadt gemacht haben.

Es geht aber nicht nur um die prominenten und zentralen Räume der Stadt. Wir müssen den Fokus ebenso auf andere Bereiche der Stadt legen. Die Tatsache, dass Menschen wieder in der Stadt leben wollen, ist eine Chance, die wir ergreifen müssen. Davon profitieren nicht nur die zentralen Lagen, sondern, wenn wir es geschickt anstellen, die ganze Stadt.

Das Wohnen ist eine konstituierende Größe in der Stadt. Neben allen Quantitäten, um die wir uns in den kommenden Jahren kümmern, geht es mir auch um die Frage von Qualität.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Ziele sind klar. Die Oberbürgermeisterin hat mit den Protagonisten der Wohnungswirtschaft in 2017 das Kölner Wohnbündnis erneuert. Diese Ziele gilt es zu verfolgen, so schwer sich das auf Basis der aktuellsten Zahlen auch darstellt. Gute Projekte sind bereits aufgegleist - wie Mülheim-Süd, Parkstadt Süd, Deutzer Hafen, Kreuzfeld, woran wir noch eine Menge tun müssen, Neue Mitte Porz und Rondorf. Wenn ich etwas ausgelassen habe, sehen Sie es mir nach; ich bin ja gerade erst fünf Tage im Amt.

Lassen Sie mich hier bitte einen Exkurs zu mir persönlich machen. Ziele und Entscheidungen, die einmal gesetzt oder getroffen worden sind, sei es durch die Oberbürgermeisterin oder/und durch den Rat, werden von mir stringent verfolgt. Meine Aufgabe sehe ich darin, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insoweit zu unterstützen, dass die Ziele und Entscheidungen ohne Wenn und Aber umzusetzen sind.

Meine Damen und Herren, in gleicher Weise ist es meine Aufgabe, auf Chancen und Risiken hinzuweisen und dieses transparent zu machen. Das ist manchmal unangenehm und tut auch weh.

Verbindlichkeit, Aufrichtigkeit und Loyalität sind für mich persönlich unverzichtbare Bestandteile einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit. Diese können Sie jederzeit von mir erwarten. Das erwarte ich im Gegenzug in gleicher Weise aber auch von jedem, der mit mir zusammenarbeitet.

Worum geht es in letzter Konsequenz aus städtebaulicher Sicht und Sicht der Stadtentwicklung? Es geht um Dichten und Höhen, um Infrastruktur und um die verkehrlichen Lösungen. Es geht natürlich auch um Flächenbereitstellung und -verbrauch. Die Zahlen, die ich in den letzten Wochen lesen durfte, zeigen, dass Kölner eher heute als morgen wachsen muss; ja, ich glaube, dass wir Wachstumssprünge machen müssen.

Meine Damen und Herren, neben dem Mengengerüst geht es aber auch um Qualität und Nachhaltigkeit. Wir haben die große Aufgabe, jetzt schnell Lösungen zu finden, die auch in 20 und 30 Jahren noch tragen.

Voraussetzung dafür ist eine fundierte und respektvolle Bürgerbeteiligung, die das Wissen und Können der Menschen, die sich ja gerade in Köln immer wieder gerne einbringen, ernst nimmt und für die eigene Planung nutzt.

Sie können von mir und, ich glaube, auch von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwarten, dass wir die notwendigen Instrumentarien und Verfahren nutzen werden.

Zusätzlich sehe ich aber auch, dass wir Kooperationspartner zum Beispiel für die Entwicklung von ganzen Quartieren werden suchen müssen. Kooperatives Baulandmodell, Konzeptvergaben und Bauleitverfahren sind methodische Standards, die ich in den letzten fünf Tagen lesen und auch lernen konnte - insbesondere das Kooperative Baulandmodell. Zusätzlich werden wir über Markterkundungsverfahren Kooperationspartner für die Entwicklung von Wohnbauflächen inklusive der gesamten Infrastruktur wie Schulen etc. suchen müssen. Der Wohnungsbauleitstelle, die dankenswerterweise eingerichtet worden ist, kommt nicht nur in dieser Hinsicht eine besondere Rolle zu.

Wir sollten aber auch gemeinsam den Mut zum Wachstum haben, und dies bitte vorurteilsfrei. Das ist eine ehrliche Bitte auch an Sie. Die Entscheidung zur Umsetzung, ob methodisch oder qualitativ, werden Sie treffen. Mich verstehen Sie in dieser Hinsicht gemeinsam mit den Fachleuten aus meinem Dezernat bitte als Berater und Umsetzer.

Ergänzende Wege und Methoden werden wir auch im Bereich der Schul- und Kulturbauten anwenden müssen, beispielsweise Bauen in Kooperation und Partnerschaft mit der Bauwirtschaft - Schlagwort: TU-/GU-Verfahren. Diese Wege werde ich fördern, aber in gleicher Weise kritisch begleiten.

Wenn wir das Bauvolumen im Bereich der Schulbau- und Kulturbaumaßnahmen nur annähernd unseren Vorstellungen entsprechend stemmen wollen, sind wir im Lichte der aktuellen Rahmenbedingungen - das sind Vergaberecht, vorhandene Personalressourcen und aktuelle Marktlage im Baugewerbe - verpflichtet, hier gemeinsam Prioritäten zu setzen und nicht den Eindruck zu erwecken, alles gehe gleichzeitig.

Gemeinsames Umsetzen funktioniert nur in Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Dezernaten, ohne deren eindeutige Anforderungen keine guten Schul-, Kultur- und Verwaltungsbauten entwickelt und gebaut werden können.

Ich persönlich bin ein erklärter Freund von Standards für Schulbauten - ich komme daher - und ein glühender Verfechter der Einhaltung von Bausolls. Die Umsetzung wird dann einfacher, schneller und in letzter Konsequenz wirtschaftlicher. Qualitätvolles Bauen muss darunter nicht leiden, wenn die richtigen Instrumentarien zur Qualitätskontrolle benutzt werden.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ein Beigeordneter wird von seinen Mitarbeitern getragen. Das gilt nach meinem Verständnis allerdings für jede Führungskraft. Dies ist der eine Grund, warum ich zuallererst die größte Aufmerksamkeit meinen Mitarbeitern schenke.

Der andere Grund ist - ich sage Ihnen das ehrlich -: Ich freue mich auf die Menschen und die Erfahrungen, die ich mit ihnen machen kann und darf.

In der Gebäudewirtschaft möchte ich Abläufe gemeinsam mit der Betriebsleitung, dem Interimsmanager und der Projektgruppe analysieren und nach Möglichkeit einfacher gestalten. Wichtig ist mir hier nicht die Aufbau-, sondern die Ablauforganisation. Wichtig sind mir also die Prozesse und Schnittstellen über die Ämter, die Dezernate und auch die Gremien hinweg. Hier werden wir eng mit Ihnen zusammen die Abläufe einfacher gestalten wollen und Mut zur Delegation von Verantwortung haben müssen.

Ich bin überzeugt, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gute Arbeit leisten, wenn die Rahmenbedingungen passen. In den bisherigen Jahren, die ich hier in Köln arbeite, habe ich keine andere Erfahrung gemacht.

In diesem Zusammenhang ist es mir vor allem wichtig, vor, hinter und neben meinen Mitarbei-

tern zu stehen, damit diese die Freiheit haben, ihre Aufgabe mutig wahrzunehmen. Das können Sie von mir erwarten.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, liebe Stadtverordnete, stellen wir uns einmal die Situation an einem Samstag in 2026 am Chlodwigplatz vor. Keine Sorge: Ich stehe nicht die nächsten acht Jahre am Chlodwigplatz; mit dann 66 Jahren sitzt man eher im Café und genießt ein Stück Käsekuchen. In der Hoffnung, dass ich dann immer noch das Privileg habe, in dieser großartigen Stadt zu leben und diese mitgestalten zu dürfen, schaue ich aber einmal, wo wir stehen sollten.

Das Köln des 21. Jahrhunderts ist in seinen wesentlichen Zügen meiner Auffassung nach schon jetzt gebaut - in seinen wesentlichen Zügen; trotz aller baulichen, freiräumlichen und infrastrukturellen Ergänzungen, die es braucht. Eine zentrale und wesentliche Aufgabe in den nächsten acht Jahren wird es sein, die bestehende Stadt instand zu halten und instand zu setzen. In acht Jahren ist Köln, so hoffe ich, dann immer noch in seiner Struktur und seinem Herz unverwechselbar Köln; allerdings ist es ein wenig strukturierter, und die Fehlstellen sind beseitigt.

Es gibt dann einen Entwicklungsplan auf Grundlage der Kölner Perspektiven 2030, die in einen bilanzierten und revidierten Masterplan der Stadt Köln eingeflossen sind.

Wir haben dann hoffentlich einige Jahre lang gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen in den ihnen wichtigen Projekten Erfolge gefeiert. Glauben Sie mir: Ich feiere unheimlich gerne, vor allen Dingen Erfolge.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen die Stadt bereichern und weiterentwickeln zu können. Besonders freue ich mich auf die Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten darf - auf die Menschen in der Verwaltung, auf Sie in der Politik und vor allem auf die Bürger dieser Stadt.

Herzlichen Dank dafür, dass Sie mir diese Möglichkeit geben, und für das Vertrauen, das Sie mir schenken! - Danke schön.

(Lebhafter Beifall)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir in die Aktuelle Stunde eintreten, gestatten Sie mir eine Bemerkung zum Antragstext. Es ist ja üblich, dass man als Verwaltungschefin und

Oberbürgermeisterin im Fokus der Kritik steht. Ich möchte mich aber ausdrücklich vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung stellen, die sich tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einbringen und engagierte und gute Arbeit leisten.

(Beifall)

Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal sagen.

Ich rufe jetzt die Aktuelle Stunde auf:

1 Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion betr. „Menschen am Neumarkt nicht hängen lassen - Drogenkonsumraum schnell realisieren“ AN/0896/2018

Als Erster hat Herr Paetzold das Wort.

<Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dezernent Dr. Rau! Mir liegt es fern, Vorgänge zu skandalisieren oder gar das Verwaltungshandeln anzuprangern. Solche sprachlichen Eskalierungen überlasse ich gerne anderen. Aber ich bleibe dabei: Es ist eine Blamage für die Metropole Köln, wenn Sie, sehr geehrter Herr Dr. Rau, im „Kölner Stadt-Anzeiger“ feststellen müssen: In Sachen Drogenhilfekonzept am Neumarkt fangen wir wieder bei null an - und das ziemlich genau zwei Jahre, nachdem der Rat in einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grünen, LINKEN und FDP beschlossen hat: Wir richten Drogenkonsumräume am Neumarkt, aber auch in Kalk und in Mülheim ein. - Mit dem gleichem Beschluss hat der Rat auch erhebliche Mittel bereitgestellt: 400 000 Euro für 2016 und 800 000 Euro für 2017 ff.

Und heute fangen wir wieder bei null an - und das zum zweiten Mal. Der erste Standort für einen Drogenkonsumraum am Neumarkt scheiterte daran, dass die Polizei nicht in das Konzept eingebunden war. Dass die Träger, die den Drogenkonsumraum betreiben sollten, auch nicht ausreichend beteiligt waren, war ein weiterer Fehler, der sich später leider noch einmal wiederholen sollte. Und heute fangen wir wieder bei null an - und jetzt richtig.

Zwar haben wir letztes Jahr noch einmal hier im Rat Drogenkonsumräume am Neumarkt, in Mülheim und in Kalk gemeinsam beschlossen und Geld dafür bewilligt. Was seither im Ergebnis - trotz Ihrer zahlreichen Ankündigungen, sehr geehrter Herr Dr. Rau - passiert ist, lässt sich aber in zwei Worten zusammenfassen: leider nichts. Der Drogenkonsumraum am Neumarkt ist gescheitert, weil Sie das Verfahren wohl nicht ganz optimal gesteuert haben und die Sorgen der Anwohner vielleicht nicht ernst genug genommen haben.

Das Schlimmste ist aber, dass wir neben dem Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof keinen weiteren Drogenkonsumraum in dieser Stadt haben - nirgendwo. Als sich abzeichnete, dass die Realisierung eines DKR am Neumarkt mehr Zeit als von der Verwaltung prognostiziert benötigen würde, hat meine Fraktion vorgeschlagen, die bereitgestellten Mittel doch dazu zu verwenden, schon einmal in Kalk und Mülheim mit der Einrichtung von Drogenkonsumräumen zu beginnen. Nicht nur ich hatte Ideen für Standorte dort ins Gespräch gebracht - leider ohne jeden Wiederhall.

Im Ergebnis heißt das: Der Drogenkonsumraum in Mülheim - Stillstand. Der Drogenkonsumraum in Kalk - Fehlanzeige. Deshalb bleibe ich dabei: Das ist eine Blamage für Köln.

Aber wenn es denn nur eine Blamage für Köln wäre! Damit könnte ich leben. Daran haben wir uns ja mittlerweile gewöhnt. Wir reden hier aber über Menschen, über Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Sie gestatten mir als Arzt, zunächst einmal auf die Drogenabhängigen zu schauen. Drogensucht ist eine Krankheit. Drogenabhängige sind zuallererst einmal Menschen mit einer schweren Krankheit, Menschen, denen die Fürsorgepflicht ihrer Stadt ebenso zusteht wie jedem anderen Bürger, jeder anderen Bürgerin.

Genauso wenig, wie wir die Drogensüchtigen mit ihrer Krankheit alleine lassen dürfen, dürfen wir die Anwohnerinnen und Anwohner, die Passanten und Geschäftsleute rund um den Neumarkt im Regen stehen lassen. Das dürfen wir auch nicht tun; denn auch sie haben ein Recht darauf, mit einem guten Gefühl durch ihr Viertel und über ihre Plätze zu gehen.

Genau deshalb ist der DKR am Neumarkt so wichtig. Er sorgt dafür, dass der Konsum kontrolliert und geschützt und eben nicht auf offener Straße stattfindet. Das hilft den Drogensüchtigen

und den Bürgern. Aber Junkies vom Neumarkt schaffen es nun einmal nicht zum Hauptbahnhof. Das hat uns die Verwaltung ja schon vor Jahren erklärt. Und wir alle wissen: Von Kalk und von Mülheim aus schaffen sie es erst recht nicht.

Sie nehmen also billigend in Kauf, dass Schwerkranken sich ihren Schuss in dreckigen Gebäuschen oder irgendwelchen Schlupflöchern setzen oder zur Not auch irgendwo im Straßenbild - ohne jeden medizinischen Support, vor den Augen von Anwohnerinnen und Anwohnern, von Passanten und von Kindern. Erklären Sie denen das einmal. Wenn Sie wissen wollen, wozu das führt, dann fragen Sie doch einmal unsere Rettungskräfte, die im Stundentakt komatösen Junkies das Leben retten.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, aus Ihrer Zeit als Gesundheitsdezernentin kann ich mich gut daran erinnern, dass Ihnen die Sorge um die Drogenkranken in der Stadt mindestens ebenso am Herzen liegt wie mir und vielen anderen in diesem Haus.

Im August 2015 haben Sie noch vor Ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin gesagt, dass Sie ein Konzept für Aufenthaltsräume für obdachlose und drogenabhängige Menschen in der Schublade hätten, dass die Umsetzung aber an der Bereitstellung von ausreichenden Mitteln scheitern würde.

Das Geld haben wir mittlerweile bereitgestellt. An Aufenthaltsräumen und DKRs mangelt es aber bis heute.

Mir ist völlig bewusst, liebe Frau Oberbürgermeisterin, dass sich die Oberbürgermeisterin einer Metropole nicht um alles persönlich kümmern kann. Dennoch stelle ich aber die Frage: Was ist aus Ihrer Ankündigung geworden, und wo sind die Ergebnisse?

Heute fangen wir wieder bei null an. Jetzt wollen Sie, sehr geehrter Herr Dezernent, eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe einrichten, die sich des Problems annehmen soll. Für mich klingt das ein bisschen wie: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich 'nen Arbeitskreis.

In einem haben Sie sicher recht: Sie müssen jetzt mit Hochdruck an einer neuen Lösung arbeiten. Zwei Jahre ohne Ergebnis sind genug. Wir erwarten, dass Sie die Sorgen und Nöte der Bürger endlich ernst nehmen - ich komme zum Ende; Entschuldigung -, dass jetzt kreative Lösungen auf den Tisch kommen und dass wir nicht erneut zwei Jahre warten müssen, um dann

wieder bei null anzufangen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [DIE LINKE])>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Strahl das Wort.

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürger auf der Zuschauertribüne! Dieser Tage war ein Zeitungskommentar zum Drogenkonsumraum mit „Druck machen“ überschrieben. Abgesehen von dem vielleicht schwierigen Wortspiel ist Druck machen vielleicht nicht die allerbeste Lösung; denn bekanntlich erzeugt Druck auch Gegendruck.

Genau das haben wir jetzt am Neumarkt beobachtet. So ist es Herrn Dr. Rau und allen Beteiligten mit dem Drogenkonsumraum ergangen. Natürlich handelt es sich hierbei um ein sensibles und schwer umzusetzendes Vorhaben, bei dem viele Protagonisten wie Polizei und Bezirksregierung mit eingebunden werden müssen, aber auch die Anwohner, Geschäftsleute und Angestellten rund um den Neumarkt.

Selbstverständlich besteht der Druck, dass wir den abhängigen Menschen helfen müssen. Da gibt es kein Wenn und Aber. Es besteht aber genauso ein Druck, dass wir den Menschen, die am Neumarkt wohnen, arbeiten und einkaufen gehen, eine schnelle Lösung schuldig sind.

Dafür brauchen wir allerdings eine Akzeptanz vor Ort, also eine von allen akzeptierte Lösung. Da ist es schon sehr fadenscheinig, Folgendes zu schreiben - ich gestatte mir, aus der Begründung der Beantragung dieser Aktuellen Stunde vorzulesen -:

Das Scheitern des Projektes Drogenkonsumraum steht beispielhaft für den Umgang der Stadtverwaltung mit den drängenden Problemen der Bürger dieser Stadt. Der Rat der Stadt Köln ist deshalb gefordert, Stellung zu der Frage zu beziehen, wie in Köln mit Problemen der Bürger umgegangen wird.

Ja, hallo! Was soll das denn? Das ist ja eine Anmutung bzw. eine Zumutung. Das ist fadenscheinig hoch drei. Das ist Populismus.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Ersten wird unsere Verwaltung schwer beschädigt. Das scheint Ihnen ganz egal zu sein. Bis vor kurzem sah das ja noch anders aus.

Zum Zweiten ist es doch nicht so, als wenn wir respektlos und nicht der Sache angemessen damit umgingen. Vor zwei Jahren hatten wir eine Lokalität, die hoch geeignet war, bei der alles stimmte und wo das Ganze unterschrittsbereit dalag. Im Zuge der Ordnungspartnerschaft hat der Polizeipräsident dieser Maßnahme dann nicht zugestimmt, weil den Bürgern, die den Neumarkt täglich benutzen, nicht zuzumuten sei, dass eine solche Stelle quasi in Sichtweite liegen könne. Das kann man meinen; das kann man aber auch nicht meinen.

Das heißt: Wir scheiterten an dieser Stelle. Und das kann man, verdammt noch mal, keinem der Politiker und keinem der Verwaltungsangehörigen hier in der Stadt aufbürden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann gingen wir um die Ecke und fanden ein zweites Ladenlokal, das sicherlich nicht derart geeignet ist. Es liegt in einer Gasse, die Thieboldsgasse heißt. Im Französischen hieß sie einmal Rue Thibault. Seitdem hat sich an der Breite dieser Straße überhaupt nichts geändert. Dass man dort eine andere Nachbarschaft hat und dass dort wieder andere Probleme auf die Verwaltung zukamen, ist evident. Das geht gar nicht anders, wenn so eng aneinander gelebt wird.

Man muss eben Folgendes sehen: Das sind ja nicht nur Geschäftsleute. Das sind Leute, die eine Wirtschaft haben. Das sind Anwohner. Das sind Ärzte, die da ihre Praxen haben. Und das sind nicht zuletzt 400 000 Bürger dieser Stadt, die jeden Tag in irgendeiner Weise über den Neumarkt gehen und ihn erreichen. Alle diese Leute müssen von diesem Konzept zumindest mehrheitlich überzeugt werden.

Letztendlich ging es dann um die Frage, ob man wegen der Enge der Straße dauerhaft eine Sicherheitsperson vor dieser Lokalität hätte platzieren sollen. Damit wäre das Ganze ja im Prinzip ad absurdum geführt worden, auch ohne dass sich der Vermieter zurückzieht. Denn an einer Sicherheitsperson geht kein Junkie vorbei und setzt sich dann in einem solchen Raum einen Schuss.

Der Druck aller Beteiligten war in den vergangenen Wochen und Monaten also hoch. So wurden Fehler gemacht. Herr Rau hat diese Fehler hoffentlich analysiert; denn wir müssen aus diesen Fehlern lernen.

Die Aktuelle Stunde bietet uns allen jetzt die Gelegenheit, einmal innezuhalten und den Druck etwas herauszunehmen. Danach sollten wir aber wieder zu einer zielgerichteten Sachpolitik zurückkehren und im Sinne aller Betroffenen eine lösungsorientierte Marschrichtung einschlagen.

Wir halten dabei nach wie vor an unseren Beschlüssen fest. Wir brauchen ein Drogenhilfeeinrichtung mit Konsumraum im Umfeld des Neumarktes.

Jetzt habe ich noch genau drei Sätze: Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind jetzt in einer Sackgasse und müssen einen neuen Weg einschlagen. Darin liegt auch eine verdammt große Chance. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Unna das Wort.

<Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Paetzold, der Polizeipräsident konnte doch nur gegen ein Vorhaben sein - nämlich den Drogenkonsumraum am Neumarkt -, in das er eingebunden war. Wenn Sie sagen, dass der Polizeipräsident nicht eingebunden war, müssen Sie mir einmal erklären, wie er davon Wind bekommen hat und das Ganze gestoppt hat. Der damalige Polizeipräsident hat gefordert: Wir brauchen einen Drogenkonsumraum am Neumarkt, der nicht am Neumarkt liegt. - Das war eine gewisse Schwierigkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir beide und noch etliche andere, die hier im Raum sind, sind in unseren Sommerferien in den besagten Raum gegangen und haben ihn uns angeschaut. Wir haben uns da Sorgen gemacht und uns - zusammen mit der Leiterin des Gesundheitsamtes und ihrem Stellvertreter - einen Kopf gemacht. Der Polizeipräsident hat das nicht gewollt und es gestoppt. Ich nehme das zur Kenntnis. Zu sagen, er sei nicht eingebunden gewesen, ist schlichter Unfug.

Der dann gefundene Raum in der Nebenstraße hat offensichtlich das Plazet unseres derzeitigen Polizeipräsidenten gefunden, aber nicht unbedingt das Plazet der Anwohner. Wie wir alle wissen, gab es eine Bürgerinitiative. Diese Bürgerinitiative gibt es immer noch. Ich will sie jetzt nicht pauschal abqualifizieren. Aber einige ihrer Vertreter sind doch - wie soll ich sagen? - schwierig im Umgang.

Ich erinnere einmal daran - da Sie bei den öffentlichen Veranstaltungen und runden Tischen ja nicht dabei waren, Herr Paetzold, erkläre ich es Ihnen gerne -, dass diese Bürgerinitiative unter anderem von - ich zitiere - „Zombies“, „menschlichem Abschaum“ und „die müssen weg“ sprach. Das war der Ton bei den öffentlichen Veranstaltungen, an denen ich teilgenommen habe, in der Stadtbibliothek und teilweise auch am runden Tisch.

Nicht alle diese Menschen, die dort waren und ihre Sorgen zum Ausdruck gebracht haben, haben so geredet. Ein Teil hat das aber getan. Leider hat sich dieser Teil offensichtlich an die Spitze dieser Bürgerinitiative gesetzt. Mir kam das immer vor wie eine Mischung aus Egoisten, Egozentriern und Egomanen, die da ihre wirtschaftlichen Partikularinteressen vertreten haben.

(Michael Paetzold [SPD]: Hui, hui, hui!)

- Entschuldigung. Ich war da. Ich habe mir das angehört, was die Leute vorgebracht haben. Da waren Bürger dabei, die sehr berechnete Anliegen vorgetragen haben. Es waren aber auch Bürger dabei, die vollständig die Contenance verloren haben und derart über diese - und in dem Punkt teile ich Ihre Ansicht, Herr Paetzold - schwer kranken Menschen gesprochen haben, die auch Teil dieser Stadtgesellschaft sind. Ob mir oder Ihnen oder den Vertretern der BI das jetzt passt, sei dahingestellt. Fakt ist: So war es damals.

Ich sehe es nicht so, dass wir bei null anfangen. Ich sehe es so, dass die Bürgerinitiative aufgrund der geschilderten Interessenlagen hier dazu gekommen ist, uns einen Raum sozusagen kaputt zu machen. Der Druck auf die Vermieter - das wissen wir alle hier im Raum - ist ab einem bestimmten Punkt so groß geworden, dass die Vermieter diesem Druck dann nicht mehr standhalten konnten und wollten und letztlich aufgegeben haben.

Ob das eine Blamage für Köln ist, weiß ich nicht. Vielleicht ist es auch eine Blamage für die BI und

für die Bürger, die alle in der Diagnose übereinstimmen, dass wir hier einen unerträglichen Zustand haben, der auch noch progressiv ist und sich verschlechtert, die aber nicht bereit sind, an Lösungen konstruktiv mitzuarbeiten - selbst dann nicht, wenn der Beigeordnete völlig neue Formen der Bürgerbeteiligung wie runde Tische einführt. Es ist mir unerklärlich, wie man sich da nicht positiv einbringen kann, wenn man einen solchen Leidensdruck hat. Das ist doch das Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seien Sie mir nicht böse, wenn ich noch etwas sage - übrigens einmal ganz abgesehen von der Reihenfolge, in der die Menschen in Ihrem Antrag genannt worden sind. Dort heißt es - man beachte die Reihenfolge -:

... sowohl für Passanten, Anwohner wie auch für die drogenkranken Menschen selbst.

In meiner Welt geht die Reihenfolge genau andersherum. Aber das sei einmal dahingestellt.

Wenn die SPD hier über Blamagen für diese Stadt sprechen will, muss ich sagen: Ich habe wenig Verständnis dafür, dass wir im Juni 2018 dies als Blamage für die Stadt Köln bundesweit hinstellen wollen. Mir fallen da völlig andere Vorgänge ein; Stichwort: Stadtwerke-Konzern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

<Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vor zwei Jahren, Ende 2016, hat der Rat der Stadt Köln einen Beschluss zum Drogenkonsumraum am Neumarkt gefasst. Heute sieht es so aus, als sei diese Idee gescheitert. Doch wir sind der Meinung: Der Drogenkonsumraum am Neumarkt muss kommen. Es wäre mir wichtig, dass wir uns da vielleicht auch einig sind.

(Beifall)

Er muss kommen, um die elende Situation der Drogensüchtigen zu verbessern. Wir dürfen den rasanten Verfall ihrer Gesundheit, die Verelendung und den drohenden Tod durch eine Überdosis nicht hinnehmen. Er muss auch kommen

wegen der Anwohnerinnen und Anwohner, der Passanten und der Mitarbeiter der Geschäfte dort. Sie fühlen sich vom offenen Konsum bedroht und hilflos.

Ich möchte noch etwas Grundsätzliches dazu sagen, wie die Polizei das sieht, damit wir uns da verstehen und auch einig sind. Die Kölner Polizei äußert sich konkret dazu. Es ist ein längeres Zitat:

Der Verelendung der Drogen-, Alkoholiker- und Obdachlosenszene am Neumarkt kann mit ordnungsrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen nicht wirksam begegnet werden. ... Ein Drogenkonsumraum mit zusätzlichen Hilfsangeboten sowie sanitären Einrichtungen und einem Kontaktladen kann zu einer erheblichen Verbesserung der Situation der Drogenkonsumenten beitragen und den bekannten und hinreichend beschriebenen negativen Auswirkungen der aktuellen Szene am Neumarkt entgegenwirken.

(Beifall von Elfi Scho-Antwerpes [SPD])

Ich halte das für eine gute und richtige Aussage. Als LINKER kann ich hinter diesem Zitat der Polizei stehen.

(Zuruf)

- Ja, das sage ich noch einmal ausdrücklich.

Deswegen müssen wir aus dem Scheitern des Standorts Thieboldsgasse lernen und es besser machen.

Der erste Grund für das Scheitern ist die schlechte Kommunikation seitens der Polizei unter Herrn Mathies. Die Polizei hat den Standort direkt am Neumarkt, bevor das Objekt in der Thieboldsgasse gefunden wurde, abgelehnt. Die Begründung war die zu große Nähe zur Substitutionsambulanz in der Lungengasse.

Diese Äußerung der Polizei oder, besser gesagt, diese Maßnahme der Polizei war für uns schmerzhaft, weil die Polizei natürlich in diesen Prozess eingebunden war. Wir können nur mit der Polizei gemeinsam ein solches Projekt stemmen. Ohne sie geht es nicht. Deswegen waren wir damals, obwohl wir uns alle in der Arbeitsgruppe einig waren, total sauer auf die Polizei und haben gesagt: Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt den Bären loszumachen; wir müssen schauen, dass wir einen neuen Weg finden.

Dieses Eingreifen von Herrn Mathies hat natürlich zu Verunsicherung geführt. Das muss man ganz klar sagen. Es hat zu einem Prozess der Verunsicherung insbesondere bei den Einwohnerinnen und Einwohnern geführt und den Eindruck hinterlassen, dass man diesen Drogenkonsumraum eigentlich gar nicht braucht. Diesen Eindruck hat es hinterlassen. Das war von der Polizei nicht beabsichtigt. Aber das war das Ergebnis der ganzen Sache.

Der zweite Grund für die schlechte Situation ist die Vernachlässigung der Stadtbezirke. Die Angebote in Kalk, Mülheim und Chorweiler sollten parallel entwickelt werden und 2019, 2020 und 2021 starten. Doch die Einrichtungen wurden später - lapidar in einer Mitteilung zum Konsumraum am Hauptbahnhof angemerkt - mit einer zweijährigen Erfahrung aus dem Raum am Neumarkt verknüpft.

Wir LINKE und die SPD hatten damals einen Änderungsantrag gegen diese Koppelung gestellt. Aber Jamaika wollte in den Stadtbezirken abwarten und damit Geld sparen. Wenn wir es anders beschlossen hätten, meine Damen und Herren, hätten wir zumindest eine kleine Entlastung in dieser Situation - zwar nicht unmittelbar, weil es ja auch eine Frage des Standorts ist; eine kleine Verbesserung und Entlastung hätten wir aber.

Der dritte Grund scheint eine Fehleinschätzung der Verwaltung zu sein. Mit dem Vermieter wurde lediglich ein Zwischenmietvertrag geschlossen, der ab Juli 2017 monatlich kündbar war. Natürlich mussten noch viele Details - der Umbau, das Konzept etc. - verhandelt werden. Das wäre aber normalerweise in aller Stille passiert.

Doch der Standort wurde faktisch verraten, und der Vermieter war einem erheblichen Druck seitens der Anwohner und Geschäftsleute ausgesetzt. Da hätte die Verwaltung wahrscheinlich - ich komme zum Ende - entgegen ihren Gepflogenheiten einen dauerhaften Mietvertrag über einen längeren Zeitraum abschließen müssen.

Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir das kritisch reflektieren.

Ein Punkt wäre mir noch wichtig, Herr Strahl; denn mir ist das in Ihrer Rede nicht ganz klar geworden: Stehen wir weiter zum Neumarkt? Oder wie sehen Sie das? Ich habe Herrn Unna so verstanden, dass er weiter zum Neumarkt steht.

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: 100 Prozent!)

- 100 Prozent. Okay. Da sind wir uns doch einig, dass wir sagen: Wir wollen auf jeden Fall diesen Raum am Neumarkt.

Wir haben natürlich eine Zeitdifferenz darin. Sie ist gigantisch und schlimm. Aber lassen Sie uns gemeinsam an dem Prozess arbeiten, und lassen Sie uns überlegen, ob wir die Standorte in den Stadtbezirken mit dazunehmen, um eine gewisse Entlastung zu bekommen. Das wäre mir wichtig. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

<Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Dieses Thema eignet sich wahrlich nicht zum Schwarze-Peter-Spielen. Aber bevor ich zum eigentlichen Thema komme, muss ich trotzdem noch einmal die Informationspolitik vonseiten der Verwaltung ein bisschen kritisch beleuchten. Wir haben am Dienstagabend vonseiten der Bürgerinitiative auf der Website erfahren, dass das Projekt Drogenkonsumraum gescheitert ist. Erst danach ist die Verwaltung an die Öffentlichkeit gegangen und hat weiter informiert. Die Politik war somit in der wunderbaren Situation, sich die Informationen aus der Presse zu holen. Ich finde, das ist keine Art und Weise, wie man miteinander umgeht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Liebe Kollegin Gärtner, Sie haben in der letzten Debatte zum Drogenkonsumraum Folgendes gesagt - ich zitiere Sie gerne -:

Wir sind bisher einbezogen gewesen, und wir vertrauen der Verwaltung, dass wir bei allen wichtigen Schritten auch weiter einbezogen werden.

Ich halte es nicht für einen Vertrauensbeweis, wenn man aus der Zeitung erfahren muss, dass der Drogenkonsumraum deshalb gescheitert ist, weil man sich mit dem Vermieter wegen des Sicherheitskonzeptes nicht einigen konnte. Ich weiß nicht, ob andere Fraktionen da früher informiert waren - die FDP jedenfalls nicht.

Meine Damen und Herren, die FDP hat sich seit Beginn der Diskussion um einen Drogenkonsumraum am Neumarkt für ein transparentes Verfahren eingesetzt, an dem alle Akteure beteiligt

werden. Ich kann mich gut an die Kritik erinnern, als wir im September letzten Jahres dieses Thema hier im Rat diskutiert haben. Der FDP wurde vorgeworfen, wir als Politik meinten, wir seien die bessere Verwaltung. Vonseiten der Grünen kam auch der Vorwurf, wir wollten einen bestimmten Träger verhindern.

Die FDP ist nicht der Meinung, dass Politik die bessere Verwaltung ist. Aber das zweimalige Scheitern bei der Einrichtung eines Drogenkonsumraums ist auch kein Beweis für Qualität.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ein weiterer Vorwurf, dem wir ausgesetzt waren, lautete, zu viel Transparenz würde nur schaden und die Eröffnung des Drogenkonsumraums verzögern.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, eine größere Verzögerung als eine Nichteröffnung kann ich mir gar nicht vorstellen.

Auch unser Wunsch, die Anwohner mit einzubeziehen, wurde von der Mehrheit des Rates abgelehnt. Einzig die SPD hat sich unserem Anliegen angeschlossen.

Wer einer so sensiblen Einrichtung wie einem Drogenkonsumraum zum Erfolg verhelfen will, muss in den Dialog gehen. Er muss Leute mitnehmen, die auch schwierig sind. Das ist ja richtig, Herr Dr. Unna; das sind auch schwierige Personen. Aber Sie müssen mit ihnen reden und mit ihnen den Kompromiss suchen - und vielleicht auch hin und wieder einmal Abstriche am eigenen Konzept machen, weil sonst das ganze Unternehmen zum Scheitern verurteilt ist.

(Beifall bei der FDP)

Das sehen wir ja gerade.

Ich hoffe, dass sich bei den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung die Erkenntnis durchsetzt, dass wir hier andere Wege gehen müssen. Dann wäre das Lehrgeld von 45 000 Euro für den Zwischenmietvertrag und 85 000 Euro für Planung und Vorbereitung zumindest für etwas nutz gewesen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zur Historie. Ja, auch wir stehen zum Drogenkonsumraum am Neumarkt. Herr Dr. Strahl, Sie sagten eben aber: Das erste Projekt ist gescheitert, weil die Polizei Einwände dagegen gehabt hat; das kann man so sehen oder so sehen. - Ich sage für meine Partei: Wenn die Polizei Einwände hat, nehmen wir das ernst

und finden es richtig, dass man auch dement-sprechend darauf reagiert.

(Beifall bei der FDP)

Wir erfahren, dass es in der Tat schwierig ist, ge-eignete Räume zu finden. Es ist ja klar, dass es auch immer Widerstände gibt. Vielleicht ist es wirklich schwierig, dort mit einem privaten Ver-mieter entsprechend in Kontakt zu treten. Die FDP würde sich wirklich wünschen, dass man auch noch einmal die Idee aufgreift, zu prüfen, inwieweit sich städtische Liegenschaften in der Nähe des Neumarktes vielleicht auch für einen Drogenkonsumraum anbieten würden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen, Sie haben gesagt, wir sollten uns al-le hier zu dem Drogenkonsumraum am Neu-markt committen. Die FDP kann sich dazu com-mitten. An dieser Haltung hat sich bei uns über-haupt nichts geändert.

Wir fordern aber auch weiterhin mehr Transpa-renz und Offenheit in dem Verfahren. Auch an dieser Haltung hat sich nichts geändert. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

<Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein gutes Thema - obwohl ich mir heute durchaus auch noch ein anderes interessantes Thema hätte vorstellen können. Wie auch immer!

Wie oft wir uns alleine in dieser Wahlperiode über das Thema „Drogenkonsumraum und Dro-genprobleme am Neumarkt“ unterhalten haben, kann ich kaum noch zählen. Aber ein bisschen möchte ich es doch machen.

2015 gab es Anfragen, Sachstandsabfragen und Bedarfsermittlungen, auch in den Bezirksvertre-tungen - unter anderem eine Ratsanfrage von uns im Dezember 2015, als die öffentliche Toilet-te in der Krebsgasse aufgrund des Drogenkon-sums schließen musste. In der Antwort der Ver-waltung wurde klargemacht, dass andere Stand-orte von Drogenkonsumräumen keinen Einfluss auf die Szene am Neumarkt haben. Es war also

damals schon klar, dass wir einen Drogenkon-sumraum am Standort Neumarkt brauchen und nicht einfach woanders einen Raum anbieten können.

Weiter ging es 2016 mit Anträgen, Anfragen, Ak-tuellen Stunden, Mitteilungen, Vorlagen und Dringlichkeitsanträgen. Sie drehten sich immer um die Frage, wie es mit dem Drogenkonsum-raum am Neumarkt weitergeht - zum Beispiel die SPD-Anfrage im Sozialausschuss nach Drogen-hilfeangeboten. Im Juni 2016 beschloss dann der Rat einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, geeignete Räumlichkeiten anzumieten.

Im Januar 2017 teilte die Verwaltung unter ande-rem dem Gesundheitsausschuss mit, dass noch kein geeigneter Raum gefunden wurde. Im Sep-tember 2017 wurde schließlich das Drogenhilfe-konzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 durch den Rat angenommen. Im De-zember 2017 erklärte die Verwaltung in einer Mit-teilung, dass die Ausschreibungsunterlagen im ersten Quartal 2018 fertiggestellt werden. - So viel einmal im Schweinsgalopp auf die Schnelle.

Aktuell kann der Presse entnommen werden, ein Vermieter der für den Drogenkonsumraum vor-gesehenen Immobilie in der Thieboldsgasse ha-be die Verhandlungen überraschend abgebro-chen. Der „Express“ weiß zu berichten, dass die Stadt kein ausreichendes Sicherheitskonzept für den Betrieb des Drogenkonsumraums vorgelegt habe.

An dieser Stelle sollte man, wie Herr Dr. Strahl schon sagte, ruhig auch einmal innehalten. Denn es ist doch schon verrückt, wie lange auch auf den ersten Blick relativ einfache Entscheidungen manchmal dauern und dann am Ende nicht ge-lingen. Wir reden hier nicht über einen Opern-bau, einen neuen Stadtteil oder eine Ost-West-Achse; wir reden über einen Drogenkonsum-raum. Wenn schon kleine, überschaubare Pro-jekte nicht funktionieren, was soll dann erst mit wirklichen Visionen in unserer Stadt im Bereich der Verkehrspolitik oder des Wohnungsbaus passieren?

Nein, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Oberbürgermeisterin, das ist keine Vereinfachung, sondern leider genau der Ein-druck, den wir bei vielen Kölnerinnen und Köl-nern hinterlassen. Und ich bin es manchmal ver-dammt leid, als Ratspolitiker ständig im Verteidi-gungsmodus durch die Stadt zu laufen. Die durchaus gute Arbeit der Verwaltung geht dann aber unter, wenn bei den drängendsten Proble-men keine Lösungen in Sicht sind - wobei ich

beim Stichwort „Lösungen“ betonen muss, womit ich wieder zum eigentlichen Thema zurückkomme, dass auch ein Drogenkonsumraum am Neumarkt das eigentliche Problem rund um Drogen nicht beseitigen wird.

Meine Ratsgruppe und meine Person fragten übrigens schon 2016 nach Drogenabgabestellen und betonten in Debatten stets, dass die Legalisierung von Drogen der beste Weg ist, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Alles andere ist Symptombekämpfung und hat in den letzten Jahrzehnten nur zur Verstärkung des Drogenproblems geführt.

Es wird zukünftig leider nicht weniger Probleme mit den Menschen geben, die hier nicht klar kommen, die entfliehen wollen, die süchtig sind. Ja, wir können das alles den Sicherheitsbehörden überlassen; klar. Die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft wird dies aber nicht lösen. Und hier sind gerade auch die Kommunen in der Pflicht.

Die beste Lösung für die Drogenprobleme und ihre Erscheinungen - Schwarzmarkt, Folgeerkrankungen, Beschaffungskriminalität usw. - wäre, wie wir das auch in der Anfrage „Was spricht gegen Drogenabgabestellen in Köln?“ vorschlagen, Drogen legal abzugeben. Denn mit einer Heroinsucht kann man alt werden. Das sehen wir nicht nur an einigen Rockstars der 60er- und 70er-Jahre, sondern auch an vielen internationalen Beispielen in den Kommunen, in denen mutige und weitreichende Schritte in der Drogenpolitik gegangen werden.

Man kann nur nicht mit den elendigen Bedingungen leben, die entstehen, weil man sich die Drogen illegal auf dem Schwarzmarkt beschaffen muss. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Herrn Dr. Rau, kurz Stellung zu nehmen.

<Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas zur Wichtigkeit sagen. Ich bin froh darüber, dass die sehr große Mehrheit dieses Rates und die Verwaltung darin übereinstimmen, dass dieser Drogenkonsumraum am Neumarkt - und übrigens auch an den beiden anderen Standorten - notwendig ist. Wir haben die Erkenntnis, dass das zwar nicht ursächlich

wirksam sein wird. Aber in der Symptomatik ist es sehr hilfreich, diese Drogenkonsumräume zu haben. Insofern ein ganz klares Bekenntnis dafür! Ich habe das übrigens zu jedem Zeitpunkt gesagt. Es hat eine hohe Wichtigkeit und ist bedeutsam. Wir setzen auch alle Energie daran, genau diesen Drogenkonsumraum zu realisieren.

Mehrfach ist hier betont worden, dass es bereits zwei Versuche gab, die aus unterschiedlichen Gründen gescheitert sind. Ich möchte aber eines hervorheben - insbesondere in Ihre Richtung, Frau Hoyer -: Mangelnde Information und Einbeziehung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner und Geschäftstreibenden kann nicht der Grund für das Scheitern gewesen sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist sehr klar. Wir haben drei große Bürgerveranstaltungen mit externer Moderation, teilweise auch mit Fachleuten aus anderen Drogenkonsumräumen - Düsseldorf, Frankfurt und auch Zürich -, durchgeführt. Außerdem hatten wir zwei Veranstaltungen eines ebenfalls sorgfältig vorbereiteten runden Tisches.

Mehrfach waren sogar Akteure dieser Bürgerinitiative bei mir im Büro. Wir haben mit ihnen mehr als nur Informationsaustausch betrieben. Wir haben auch versucht, Kompromisse zu finden. Nur: Wenn der Kompromiss auf der einen Seite lediglich möglich wäre, indem man auf diesen Drogenkonsumraum verzichtet, ist uns nicht gedient. Deshalb war es ein Problem, mit dieser Gruppe Kompromisse zu machen. Wir haben es versucht. Das ist uns so nicht gelungen.

Ich streite nicht ab, dass unsere Informationsversuche offensichtlich nicht hinreichend waren. Sie waren aber sehr intensiv. Ich wüsste auch gar nicht, wie sie an Intensität zu vergrößern sein könnten.

Jetzt müssen wir aber in die Zukunft schauen. Wie ich angekündigt habe, gibt es jetzt eine Lenkungsgruppe. Das ist kein irgendwie verschämter Arbeitskreis, der hier entsteht, sondern wirklich eine Lenkungsgruppe, die morgen ihren Auftakt haben wird. Diese Lenkungsgruppe wird ämterübergreifend und dezernatsübergreifend tätig sein.

Sie wird übrigens zum Glück dann doch nicht bei null anfangen, sondern schon ein paar Optionen bearbeiten. Ich bin relativ zuversichtlich, dass wir mit solchen Optionen weiterkommen und Ihnen hoffentlich bald Lösungen präsentieren können.

Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, dass wir wahrscheinlich doch wieder mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Die Bürgerinitiative ist weiterhin nicht davon überzeugt, dass ein Drogenkonsumraum hilfreich ist. Sie ist im Gegenteil davon überzeugt, dass er schädlich ist. Wir werden diese Widerstände wahrscheinlich leider weiterhin haben und mit diesen Widerständen irgendwie arbeiten müssen.

Deshalb ist es mir aber auch so wichtig, dass ich bei Ihnen hier diesen großen Rückhalt dafür verspüre.

Wir werden in dieser Lenkungsgruppe nicht nur den Drogenkonsumraum am Neumarkt bearbeiten, sondern auch die beiden Drogenkonsumräume in Kalk und in Mülheim, die in unserer Zusage übrigens für 2019 und 2020 angekündigt sind. Wir sind hier also absolut im Fahrplan und nicht etwa irgendwie verzögernd oder aussitzend unterwegs. Ganz das Gegenteil ist ja der Fall.

Ich möchte noch kurz etwas zum Sicherheitskonzept, das die Vermieter in der Thieboldsgasse als den Grund des Scheiterns genannt haben, ausführen. Schon die Landesverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen sieht ein relativ umfangreiches - und übrigens an anderen Standorten wie an unserem Hauptbahnhof und in Frankfurt sich bewährendes - Sicherheitskonzept vor. Dieses Sicherheitskonzept lautet, dass es eine strukturierte und intensiv gepflegte Sicherheitspartnerschaft zwischen Betreiber, Ordnungsbehörden und Polizei geben muss. Es muss unter anderem auch eine tägliche und dauerhafte Ansprechperson aus dem Drogenkonsumraum für die Nachbarschaft etc. geben.

Wir haben darüber hinaus sogar in unserem Konzept dargestellt, dass sämtliche Mitarbeitende des Drogenkonsumraums in der Deeskalation und im Umgehen mit Notsituationen bzw. Bedrängnissituationen geschult sind.

Unser Sicherheitskonzept, das übrigens auch die Polizei befürwortet hat - sie stand mit dafür -, war den Vermietern nicht hinreichend. Sie wollten die ständige Präsenz und auch sichtbare Präsenz eines Sicherheitsdienstes. Sowohl aus fachlicher Sicht - das ist genannt worden - als auch aus wirtschaftlicher Sicht als auch mangels entsprechender Erfahrungen erschien es uns nicht geeignet, darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt mit Nachdruck darangehen. Diese Lenkungsgruppe hat die entscheidende Aufgabe, eine Immobilie

zu finden. Ich bin allen dankbar, die eine solche Immobilien finden und uns zuführen.

In Sachen Informationspolitik möchte ich auch daran erinnern, dass dann, wenn wir frühzeitig eine in Aussicht zu nehmende Immobilie von der Adresse her benennen, möglicherweise recht schnell wieder Aktivitäten auf mögliche Vermieter wirksam werden könnten. Deshalb müssen wir hier bei der Informationspolitik ein richtiges Maß finden. Denn wir sollten so weit entscheidungsfähig sein, dass wir dann auch wirklich entscheiden können und nicht vorher wieder irgendwie gehindert werden.

Ich stehe jederzeit zu weiteren Auskünften etc. zur Verfügung und hoffe, dass wir mit Informationstransparenz und mit starker Kraft jetzt wirklich bald zu einer Lösung kommen werden. Ich werde das Meinige dazu beitragen. Das sage ich hiermit zu. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, die Antragstellerin hat mitgeteilt, dass nach Abschluss der Aktuellen Stunde die Sache zur Behandlung in den zuständigen Fachausschuss weiterverwiesen werden soll. Das ist der Gesundheitsausschuss.

Über diesen Verweisungsantrag möchte ich jetzt abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen, und die Sache wird zur weiteren Behandlung in den Gesundheitsausschuss verwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betr. „Energetische Erneuerungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung und Unterführungen“ AN/0824/2018

Das Wort hat Frau Welcker.

<Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauer! Jetzt kommen wir zurück zur täglichen Politik oder zu einem ganz anderen Thema, das uns aber genauso bewegt.

Bei diesem Thema kann man sich natürlich fragen, wie Herr Weisenstein das gemacht hat: Könnte man es nicht relativ geräuschlos in einem Ausschuss, zum Beispiel im Umweltausschuss, beraten?

Ja, das kann man; gar keine Frage. Es ist aber nun einmal auch ein wichtiges Thema, über das die Stadtgesellschaft auch informiert sein sollte und über das wir uns auch einmal Gedanken machen sollten. Umweltpolitik ist eben nicht etwas, was man mal eben im Ausschuss abarbeitet und was dann erledigt ist, sondern etwas, was uns in dieser Stadt mehr und mehr beschäftigen muss und auch beschäftigt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen hier zum Beispiel die Klimaveränderungen vor unserer Haustüre - Starkregen in Wuppertal und andere Dinge. Natürlich ist der Gegenstand dieses Antrags nichts, womit man das alles bekämpfen kann. Aber es ist ein kleiner und wesentlicher Baustein, mit dem wir auch daran arbeiten, die Klimawandelprobleme in dieser Stadt zumindest anzugehen. Damit machen wir zwar nur kleine Schritte, weil die großen Schritte in der Kommunalpolitik vielleicht auch nicht möglich sind, versuchen aber, die Dinge, die wir bewegen können, auch zu bewegen.

Dazu gehört ein Beleuchtungskonzept, bei dem wir viel Energie und viel CO₂ einsparen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die entsprechenden Maßnahmen nicht nur einmal im Jahr 2018 stattfinden, weil es in diesem Jahr zufälligerweise Fördermittel vom Bund gibt, sondern auch eine Verstetigung erreichen, die in dieser Stadt dann hoffentlich auch ein ganz klein wenig dazu beiträgt, den Klimawandel zu begrenzen und den CO₂-Ausstoß zu vermindern.

Gleichzeitig möchten wir mit der Beleuchtungspolitik, die wir machen, auch Angsträume verringern, die die Menschen fühlen - mögen sie tatsächlich da sein oder nur gefühlt sein; das ist egal -, um zu zeigen: Wir tun da etwas; wir lassen euch mit diesen Problemen und diesen Ängsten in unserer Stadt nicht alleine.

Wir versuchen aber auch, diese Probleme ökologisch zu lösen, indem wir eben nicht das Weltall beleuchten, damit Herr Gerst da oben mehr

sieht, sondern sagen: Da, wo es nötig ist, ja; aber da, wo es nicht nötig ist, möglichst wenig.

Das sind die Gründe, warum dieser Antrag heute im Rat beschlossen werden soll und warum sich ihm auch so viele angeschlossen haben. Es ist ja ein sehr breites und sehr buntes Bündnis, das diesen Antrag stellt. Ich bin stolz darauf, hier als Erste reden zu dürfen, denke aber, dass auch die anderen noch ihre Akzente in dieser Richtung setzen werden.

Ich halte es für wichtig, dass wir das hier ganz offen kommunizieren und zeigen: Wir tun da etwas. Uns ist diese Umweltpolitik tatsächlich auch wichtig. - Das möchten wir in die Öffentlichkeit getragen wissen. Deswegen bitte ich auch diejenigen, die nicht mit auf dem Antrag stehen: Schließen Sie sich uns an, und machen Sie mit. Es kann nicht schaden. - Danke.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe.

<Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz vom Platz aus. - Frau Welcker, ich nehme Ihnen die Angst. Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Wie der Kollege Weisenstein schon zu Beginn der TO-Debatte völlig richtig gesagt hat, ist das wirklich ein Thema für den Fachausschuss. Ich weiß nicht, warum wir das jetzt hier in aller epischen Breite diskutieren.

Sie alle wissen, dass es zu den Themen, die Sie hier ansprechen, schon seit Jahren Gespräche zwischen allen Fraktionen gibt - sei es die energiesparende Beleuchtung, sei es die umweltfreundliche Beleuchtung im Sinne von Vermeidung von Lichtverschmutzung etc.

Sie haben mit der Haushaltsmehrheit - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe, verzeihen Sie. Ich hatte das als Zwischenruf verstanden.

Rafael Struwe (SPD): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe nämlich eine Rednerliste, auf der Sie nicht vorkommen.

Rafael Struwe (SPD): Ach so. Entschuldigung. Wollen denn jetzt alle Antragsteller dazu reden?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Deshalb wundere ich mich ein bisschen. Ich hatte das wirklich als Zwischenruf oder als Geschäftsordnungsantrag oder so verstanden.

Rafael Struwe (SPD): Ja, dann bitte schön; gerne. Natürlich sollen alle Antragsteller dazu reden. Ich spreche dann gleich weiter.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Es tut mir leid. Das musste ja jetzt irgendwie aufgeklärt werden. - Frau Bercher-Hiss hat das Wort.

<Susanne Bercher-Hiss (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat! Es ist schon interessant, zu sehen, dass ein Antrag, der hier einen inhaltlichen Akzent setzt, heute schon zu einer so großen Debatte darüber führt, ob er denn nun für eine Diskussion im Rat geeignet sei oder nicht.

Neben der Frage, ob das inhaltlich hier einen Platz hat, finde ich es wichtig, auch noch einmal zu erwähnen, dass es schließlich darum geht, Haushaltsmittel für die kommenden Jahre bereitzustellen, um diesem ganzen Konzept die Bedeutung zu geben, die es hat, nämlich CO₂ einzusparen und damit einen wichtigen Beitrag für den lokalen Klimaschutz zu leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Für uns Grüne ist dieser Antrag tatsächlich ein Herzensanliegen; denn das ist eine konkrete Maßnahme, die zur Einsparung von Energie und damit zur Einsparung von CO₂ führt, und zwar durch eine, technisch gesehen, relativ einfache Maßnahme, nämlich durch die Umrüstung von Straßenbeleuchtung.

Dies ist ein Antrag, mit dem Fakten geschaffen werden. Es werden keine neuen Prüfaufträge erteilt. Es werden keine neuen Konzepte beauftragt. Vielmehr wird eine konkrete Handlung eingeleitet, für die wir in diesem Haushalt Mittel bereitstellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das klingt vielleicht unspektakulär, ist es im Resultat allerdings gar nicht. 85 000 Straßenlaternen befinden sich in Kölns Straßen, auf den Plätzen und in den Unterführungen. Nur 10 000 davon sind bislang auf die moderne LED-Technologie umgerüstet. Die RheinEnergie erneuert die Lampen turnusgemäß. Ungefähr 3 Prozent aller Lampen werden pro Jahr erneuert. Man kann sich nun ausrechnen, wie lange es dauern würde, bis alle Lampen auf die neue Technologie umgestellt wären, würde man weiter in diesem Tempo voranschreiten.

Mit dieser Maßnahme werden wir zumindest in diesem Jahr den Anteil der Umstellung von Straßenlaternen auf LED-Technologie auf 6 Prozent verdoppeln können. Wir hoffen, in den zukünftigen Haushalten auch die Mittel dafür bereitstellen zu können, um bei diesem Tempo zu bleiben. Möglich wäre dies allein schon dadurch, dass die Kosten, die entstehen, um die Lampen zu betreiben, deutlich sinken. Denn wir brauchen weniger Strom und erzielen damit natürlich Einsparungen, die wir dann reinvestieren können.

Zu den Lichtpassagen hat Frau Welcker das Wichtigste bereits gesagt. Es geht darum, einige Räume, die nicht anschaulich sind, durch die Umgestaltung mit Licht attraktiver zu machen. So können vielleicht in dieser Stadt einige attraktiver gestaltet werden.

Besonders wichtig ist in diesem Antrag für uns, die Grünen, allerdings der Punkt 4. „Uns fehlt das Dunkel“ ist ein Zitat des Kölner Astrologen und Astronomen Harald Bardenhagen. Denn wir Menschen benötigen das Hormon Melatonin, das nur in der Dunkelheit produziert werden kann. Mediziner warnen vor der zunehmenden Lichtverschmutzung; denn sie ist nicht nur für Tiere, sondern auch für Menschen eine Bedrohung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Auswahl der Leuchten ist in diesem Zusammenhang essenziell. Die Verwaltung hat für dieses Jahr die Neufassung des Leuchten-Konzepts angekündigt. In diesem muss die Vermeidung von Lichtverschmutzung die oberste Priorität haben. Denn die Lichtverschmutzung nimmt in

Deutschlands Städten rasant zu - durch Leucht-reklame, durch beleuchtete Sehenswürdigkeiten, durch Flutlichtanlagen, aber auch durch Straßenbeleuchtung, die nicht adäquat ausgerichtet wurde.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Lichtmenge, sondern auch die Lichtfarbe entscheidend für die Gesundheit und das Wohlbefinden von Mensch und Tier. Denn ein hoher Anteil von blauem und weißem Licht ist für den Körper schädlich. Er signalisiert Mensch und Tier, dass es Tag wird. Daher sollte darauf geachtet werden, dass der Gelbanteil in den Lampen erhöht wird.

Für die biologische Vielfalt sind die Auswirkungen von schlechter Straßenbeleuchtung ebenfalls fatal. Insekten verenden, Vögel prallen gegen hell erleuchtete Häuser, und andere Tiere wie Frösche oder Fledermäuse verlieren ihre Orientierung. Insekten können sich nicht gegen das Kunstlicht wehren. Sie kreisen nachts in Schwärmen um die Laternen und verbrennen oder verenden durch die Erschöpfung aufgrund der Rundflüge.

Künstliche Lichtquellen sind ein wichtiger Faktor für Artenschwund. NABU-Schätzungen zufolge ist alleine durch deutsche Straßenlaternen ein Schwund von bis zu 150 Billionen Insekten pro Jahr zu verzeichnen. Das ist eine Zahl, die ungeheuerlich ist und uns Anlass zum Handeln geben sollte.

Für die Leuchten bedeutet dies konkret: weniger hell und mehr Gelbanteile. Es muss darauf geachtet werden, dass nur der zu beleuchtende Straßenabschnitt nach unten hin erleuchtet wird, nicht jedoch der Nachthimmel oder die umliegenden Gebiete. Häuser, Schlafzimmer und der Nachthimmel müssen also geschützt werden.

In diesem Sinne wollen wir mit dem Antrag einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz für Köln leisten, aber auch zum Erhalt der Gesundheit von Mensch und Tier beitragen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

<Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Struwe, Ihren Einwurf, der Rat sei

nicht der passende Ort für die Debatte, sondern der Umweltausschuss, finde ich schon ein bisschen kess. Ich erinnere mich daran, dass wir einen Antrag zur Verbesserung des Klimas - einen Antrag der SPD; ich gebe zu, dass wir auch daran beteiligt waren - dreimal hier im Rat besprochen haben, zur Freude aller anderen Kollegen und Kolleginnen, und eine Sitzungsunterbrechung hatten. Aufgrund dieser Erfahrung wäre ich ganz vorsichtig, anderen zu sagen, sie sollten einen solchen Antrag hier nicht stellen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, meine Vorrednerinnen haben den ökologischen Aspekt ja schon ausführlich begründet. Wir erkennen ihn als FDP natürlich absolut an und unterstützen ihn auch.

Ich möchte hier aber noch einmal auf den Aspekt der Sicherheit eingehen. Der vorgelegte Antrag greift ja im Grunde genommen eine Diskussion aus der letzten Ratssitzung zum Thema Angsträume auf. Dass das in diesem Antrag nicht nur auf theoretischer Ebene, sondern auch praktisch umgesetzt wird, gefällt mir ausgesprochen gut. Es sollen Mittel im Haushalt dafür bereitgestellt werden, dass jährlich mindestens eine Unterführung im Rahmen des Projektes „Schaffung von Lichtpassagen“ umgerüstet wird. Das ist ein wirklich guter Schritt.

Meine Damen und Herren, die FDP steht seit jeher für die Beseitigung von Angsträumen. Die unzureichende Beleuchtung der Unterführung Maybachstraße war bei der Kommunalwahl 2009 sogar explizit Plakatmotiv der FDP. Die FDP forderte damals viel mehr Licht und hellere Farben in dunkleren Unterführungen. Marzellenstraße, Maybachstraße und Trankgasse sind wahrlich Erfolgsgeschichten und auch unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten echte Hingucker.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang freut es mich auch, dass die RheinEnergie sich in diesem Zusammenhang den Zielen der Sicherheit und Stadtgestaltung verpflichtet fühlt. So heißt es in einem Blog des Unternehmens - ich zitiere -:

Als Kölner Unternehmen mit entsprechendem Know-how tragen wir gerne dazu bei, unsere Stadt ... sicherer und schöner zu machen. ... Wir müssen verstehen, dass Licht auch ein gestalte-

risches Element ist, mit dem wir Passagen aufwerten können.

Dem mag ich gar nichts hinzufügen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der heutige Antrag trägt Aspekten der Nachhaltigkeit, der Energieeffizienz, der Stadtgestaltung und der Sicherheit Rechnung. Deshalb können wir ihn von ganzem Herzen unterstützen. Denn das ist gut für die Umwelt, gut für die Finanzen der Stadt und gut für das Erscheinungsbild der Stadt. Last, but not least trägt es auch zum Sicherheitsgefühl der Bürger und Bürgerinnen bei. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe, wenn Sie fortführen mögen.

<Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, sehr gerne noch. - Ich möchte mich noch einmal in aller Form bei den Antragstellerinnen und Antragstellern entschuldigen. Mir war nicht klar, dass wir an dieser Stelle noch so interessante und detailreiche fachliche Ausführungen zu diesem Thema genießen könnten. Ich glaube, da ist uns allen im positiven Sinne wirklich noch einmal ein Licht aufgegangen. Dafür noch einmal vielen Dank - und entschuldigen Sie bitte, dass ich davon ausgegangen war, dass es genügen würde, wenn eine Fraktion diesen Antrag stellt.

In der Sache sind wir selbstverständlich bei Ihnen. Das ist ja klar. Wer ist denn schon gegen Ausleuchtung von Angsträumen oder gegen Energiesparen oder gegen die Beseitigung von Lichtverschmutzung?

Ich bin selbst begeisterter Hobby-Astronom. Das Problem ist nur, dass man in unserer Stadt ja kaum etwas vom Sternenhimmel sieht. Das betrifft natürlich auch viele andere Ballungsräume.

Zur Sache habe ich ja schon etwas gesagt. Das will ich jetzt auch gar nicht alles noch einmal wiederholen.

Die RheinEnergie hat uns dankenswerterweise ja auch schon zugesichert, die Erneuerungsrate auf 5,6 Prozent zu erhöhen. Insofern sind wir hier, glaube ich, sowieso schon auf einem guten

Weg. Es hätte also wirklich dieses Antrags - - Aber okay. Lassen wir das jetzt.

Als konstruktive Opposition stimmen wir dem Antrag selbstverständlich zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Es ist alles gesagt worden!)

- Es ist alles gesagt worden. Okay.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Flächen für neue weiterführende Schulen ausweisen - Schulbaunotstand wirksam angehen“ AN/0781/2018

Ich gebe Frau Halberstadt-Kausch das Wort.

<Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Greitemann, das ist ja heute Ihr Debüt als neuer Baudezernent. Ich habe Ihrer Rede eben entnommen, dass Sie auch den Schulbau besonders im Fokus haben, was mich sehr freut. Heute haben wir gleich einen ersten Antrag zu diesem Thema.

Leider konnten wir der Presse allerdings schon entnehmen, dass die Kolleginnen von CDU und Grünen unseren Antrag wohl ablehnen wollen.

Falls es bei dieser ablehnenden Haltung bleiben sollte, möchte ich Sie, Herr Greitemann, trotzdem bitten, diesen Antrag als einen Aufruf zu einer verbindlichen Flächenplanung für den dringend benötigten Schulbau zu verstehen - und auch als verbindliche Erklärung der SPD-Fraktion, dass wir das Mögliche dazu beitragen werden, gute Flächen für neue Schulgebäude zu finden und diese dann auch zügig zu beschließen. Da sind wir sicher an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD - Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwal-

tung hat längst den entsprechenden Auftrag!)

Werte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben ja schon im Vorfeld klargestellt, dass Sie unsere Argumente schlicht ignorieren wollen, ja bewusst verdrehen.

(Dr. Birgitt Killersreiter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würden wir nie machen!)

- Hören Sie bitte zu. - Sie behaupten, der Antrag sei überflüssig, da eine Priorisierung bereits in der März-Sitzung beschlossen wurde. In der März-Sitzung wurde Ihr Antrag beschlossen, der eine Prioritätenliste für Schulbauten fordert, also eine Priorisierung einzelner Schulen. Wir fordern aber inzwischen schon mantraartig eine Priorisierung des Schulbaus allgemein auf allen Ebenen. Zwar fangen beide Wörter mit „Priori“ an. Aber es sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe. Insofern ist das nicht erledigt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gerd Brust, du hast mich gefragt, welche Bauten wir bei einer Priorisierung des Schulbaus denn einstellen wollten, und als Beispiel die Feuerwachen oder das Archiv genannt. Wir fordern doch nicht, dass nur noch Schulen gebaut werden und sonst nichts. Aber bei knappen Personalressourcen - vor allem bei der Gebäudewirtschaft, aber auch an anderen Stellen - muss doch der Schulbau an erster Stelle stehen.

Ich glaube, ganz viele im Raum haben noch nicht verstanden, dass Schulbau eine Pflichtaufgabe ist.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Pflichtaufgabe müssen wir an erster Stelle nachkommen. Oder wollen Sie den Eltern weiterhin erklären: „Einen Gesamtschulplatz können wir Ihrem Kind zwar nicht bieten; dafür kann es aber demnächst in unsere schönen Museen gehen; das ist ja auch Bildung“?

Ich möchte nun noch zum Thema Flächen kommen. Sie hören leider nicht nur uns nicht zu, sondern ignorieren auch die Mahnungen der Schuldezernentin. Frau Dr. Klein hat immer wieder deutlich gemacht - nicht nur in der letzten Ausschusssitzung -, dass wir in den kommenden Jahren rund 40 neue Schulen in Köln brauchen und dass alleine durch die Umstellung von G8 auf G9 fünf bis acht neue Gymnasien gebraucht werden.

Gerade in der letzten Schulausschusssitzung - die Kollegen, die dabei waren, sollten sich erinnern - hat die Verwaltung noch einmal sehr nachdrücklich erklärt, dass für den Schulbau vor allem Flächen fehlen und die Schulen in ständiger Konkurrenz zu anderen Interessen wie Wohnen und Gewerbe stehen.

Deshalb ist dieser Antrag auch nur ein erster Aufschlag. Weitere Flächen müssen dann mit Sicherheit folgen. Wir dürfen hier doch nicht immer nur lamentieren, sondern müssen endlich einmal zügig loslegen.

Mit diesem Antrag wollen wir die Verwaltung beauftragen, bis zum Ende dieses Jahres einen fachübergreifend abgestimmten Vorschlag mit baureifen Grundstücken zur Errichtung von fünf neuen Gesamtschulen und fünf Gymnasien vorzulegen, auf denen zügig Schulgebäude realisiert werden können.

Lieber Helge Schlieben, 1 000 abgelehnte Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen in diesem Jahr! Müssen wir da wirklich noch lange den Bedarf prüfen? Wir legen mit diesem Antrag auch keine Grundstücke fest. Das soll ja gerade die Verwaltung machen, und zwar fachübergreifend.

Daher können wir nicht verstehen, warum wir erst einmal abwarten sollen, bis die Schulverwaltung irgendwann nach den Ferien eine Vorlage zur Verfügung stellt und uns sagt, wo genau die Bedarfe sind, und wir dann erst der Verwaltung sagen sollen: Jetzt fangt einmal in Ruhe an, Grundstücke zu suchen.

Wollen wir so lange politische Schleifen drehen, bis auch der letzte Schulhof derart mit Containern zugestellt ist, dass die Kinder frische Luft nur noch virtuell erleben können?

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssten Sie -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Halberstadt-Kausch, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

ich komme jetzt zum Ende -, wenn Sie heute weder mit Sicherheit sagen können, auf welchen Flächen wir die benötigten Schulen bauen können, noch sagen können, dass an allen Stellen in der Verwaltung der Schulbau auf einer Schnellstraße läuft, dann müssten Sie eigentlich dem Antrag zustimmen.

Das Thema ist nämlich wirklich zu wichtig für politische Spielchen à la: Das kommt ja nicht aus meinem Sandkasten; dann ist das bäh!

Lassen Sie uns doch lieber gemeinsame Sache machen - für die Schülerinnen und Schüler dieser Stadt. Sie haben nämlich ausreichend gute Schulen verdient. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

<Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich mir diesen Antrag der SPD angeschaut habe, fiel mir direkt das 1988 erschienene siebte Album von Herbert Grönemeyer ein. Es hieß „Ö“ und enthielt ganz verschiedene Themen.

(Zurufe)

- Nein, ich will Sie nicht enttäuschen; heute singe ich einmal nicht. - Das erste Lied dieses Albums heißt: „Was soll das?“ Das passt sehr gut zu Ihrem Antrag.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, was soll das? Wir haben hier eine willkürliche Festlegung auf fünf Gymnasien. Nehmen wir sieben? Nehmen wir acht? Nehmen wir zwölf? Nehmen wir 50? Wir brauchen aber 40 neue Schulen. Das hat uns die Frau Dezernentin auch schon erklärt. Also haben Sie diese Zahl erst einmal völlig willkürlich herausgegriffen.

Außerdem geht es hier nicht ausschließlich um die Darstellung von baureifen Grundstücken. Wir haben einen Schulentwicklungsplan. Die Verwaltung hat uns mehrfach gesagt, dass sie uns nach den Ferien eine überarbeitete Version vorlegen wird. Darin steht der Bedarf, auch räumlich identifiziert, für Schulerweiterung und Schulneubauten.

Deshalb stelle ich fest, meine sehr verehrten Damen und Herren, um bei Herbert Grönemeyer zu bleiben: Als Sie den Antrag geschrieben haben, waren Sie sicherlich der Meinung: „Mit Gott auf unserer Seite“ und „Jesus in einem Boot“.

Aber als ich ihn gelesen habe, kam es mir vor, als ob Sie ihn bei „Vollmond“ geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Denn er bleibt deutlich hinter den Forderungen zurück, die wir bisher beschlossen haben. Und wir haben mehrere Maßnahmen und Maßnahmenpakete beschlossen: 2017 das erste Maßnahmenpaket mit TU und GU, das wir jetzt noch ein bisschen überarbeiten, und dann im März dieses Jahres das weitere Maßnahmenpaket mit Zeit-Maßnahmenplan und Priorisierung. Die SPD hat es übrigens abgelehnt. Es ist aber schön, dass sie dann heute mit ähnlichen Sachen kommt.

Das heißt: Hier sind Dinge auf den Weg gebracht worden, bei denen wir auch wollen und hoffen, dass sie endlich umgesetzt werden. Aber man holt in zwei, drei und vier Jahren natürlich auch nicht fehlende Schulsanierungen von 20 Jahren auf. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem ich mir gestern Abend den Antrag noch einmal kurz durchgelesen hatte, habe ich zu meiner Frau gesagt: „Oh, halt mich, dass ich schlafen kann.“

(Beifall bei der CDU)

Ich habe jetzt ja noch etwas Zeit, und Sie sind auch noch wach. Lassen Sie mich deshalb auch auf die Gebäudewirtschaft eingehen, die Inge gerade schon angesprochen hat. Das klingt so, als habe die Gebäudewirtschaft Schulen gar nicht zur Priorität erkoren. Drei Viertel des aktuellen Projektportfolios der Gebäudewirtschaft bestehen aus Schulbau! Wie viel Priorität wollen Sie denn noch mehr? Drei Viertel des Projektportfolios!

Ich gebe Ihnen recht: Hätten Sie schon vor zehn Jahren beschlossen, dass wir diesen Weg gehen, wären wir heute weiter. Einverstanden!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Neuorganisation der Gebäudewirtschaft hat das Reker-Bündnis schon 2017 beschlossen. Wir haben die Stärkung der Gebäudewirtschaft auf den Weg gebracht und zusätzliches Personal zugesetzt. Das läuft also.

Jetzt komme ich noch einmal zum Dezernat IV; denn bei dir hörte es sich auch so an, Inge, als werde das Ganze überhaupt nicht verzahnt und als spreche man gar nicht miteinander. Es gibt ein Aktionsbündnis Schulbau. Darin wirken mit -

ich habe es noch einmal nachgeguckt - das OB-Büro und die Ämter 11, 14, 20, 23, 30, 26, 27, 40, 52, 57, 61, 63, 66, 67 und 80 unter Federführung des Dezernates IV. Wenn das nicht ämterübergreifend ist, dann weiß ich es auch nicht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die 30. Sitzung hat stattgefunden. Wir können ja die Schuldezernentin befragen. Ich muss das nicht. Ist bei 30 ämterübergreifenden Sitzungen also nichts herausgekommen? Ich habe den Eindruck - wir bekommen ja auch über jede Sitzung den Bericht -, dass da etwas passiert. Ja, es geht mir auch nicht schnell genug; das gebe ich gerne zu. Aber man kann doch nicht sagen, hier werde nicht ämterübergreifend gearbeitet und die Gebäudewirtschaft habe das nicht priorisiert. Das kann ich beim besten Willen nicht erkennen.

Ich räume gerne ein, dass dieses Gremium unter Leitung des Dezernates IV nach meiner Ansicht auch die Kompetenz haben muss, Flächenkonkurrenzen zu entscheiden und Dinge festzulegen. Denn dass es Flächenkonkurrenzen zwischen Gewerbeflächen, höchstmöglichen Grundstückserlösen, Flüchtlingsunterkünften, Schulbauten usw. gibt, sehe ich auch. Dann muss dieses Gremium vielleicht die Kompetenz haben, so etwas auch final zu entscheiden.

Ich habe noch eine halbe Minute. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, es ist klar geworden, dass das Reker-Bündnis mit der Frau Oberbürgermeisterin an der Spitze Schulbau schon zur Cheffinnsache gemacht hat. Der Antrag, den wir heute hier vorliegen haben, enthält nichts Neues. Er wiederholt höchstens das, was wir schon auf den Weg gebracht haben.

Deshalb habe ich, um auch mit Herbert Grönmeyer zu enden, eher ein bisschen das Gefühl, liebe Kollegen der SPD, dass Sie „Keine [innere] Heimat“ mehr haben. Daher frage ich Sie noch einmal: „Was soll das?“ - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage von Frau Halberstadt-Kausch.

<Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Ich habe eine Nachfrage an den Kollegen Schlieben. Lieber Helge, du hast ja eben eine Reihe von Dingen

aufgezählt, die im Schulbau passieren, und beispielsweise TU-/GU-Pakete genannt. Das ist alles klar.

Aber du bist ja auch Vorsitzender des Schulausschusses. Bei der letzten Sitzung hast du sicher gehört, dass Frau Dr. Klein beklagt hat, in welcher dramatischen Art und Weise Flächen fehlen. Es gibt also Riesenprobleme, Flächen für neue Schulen zu finden. Man muss sie ja zuerst einmal finden.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Noch einmal die letzte Frage, bitte. Den Anfang habe ich verstanden. Wie war das am Schluss?

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Warum stimmt ihr nicht zu, dass die Verwaltung sich jetzt schon einmal fachübergreifend zusammensetzt? Denn ich gehe davon aus, dass Frau Dr. Klein und Herr Greitemann sicher kommunizieren -

Dr. Helge Schlieben (CDU): Ja, das tun sie nach meiner Kenntnis - es sei denn, die Dezernentin erklärt jetzt, dass - -

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): - und jetzt schon einmal anfangen können, nach Grundstücken zu suchen, damit sie sie uns im Herbst vorlegen können.>

<Dr. Helge Schlieben (CDU): Entschuldigung. Es ist die Aufgabe der Verwaltung und derjenigen, die einen Schulentwicklungsplan erarbeiten und für uns die Priorisierung und den Zeit-Maßnahmenkatalog aufstellen - das sind das Dezernat IV, Frau Klein, und die Gebäudewirtschaft -, uns im Herbst oder im Sommer dieses Jahres im Rahmen der Überarbeitung des Schulentwicklungsplans zeit-maßnahmentechnisch vorzulegen: Wo muss welche Schule hin, auf welche Fläche, und wann starten wir damit? - So verstehen wir die Aufträge, die wir vergeben haben.

Wenn die Dezernate erklären, sie seien dazu nicht in der Lage, kann man uns das gerne einmal öffentlich mitteilen. Dann müssen wir uns vielleicht ein Mediationsprogramm für die beiden Dezernate überlegen.

Ich gehe aber davon aus, dass das in der Verwaltung geklärt wird, und sage: Wir haben hier kein Beschlussproblem.

Durch Ihren Antrag kommen wir dem Schulbau auch gar nicht näher. Ich möchte, dass die Verwaltung das umsetzt, was wir schon beschlossen haben und bei dem wir uns ja im Ziel einig sind. Das soll auch passieren.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ein Mediationsprogramm halte ich nach fünf Arbeitstagen von Herrn Greitemann noch für unnötig. - Herr Brust hat das Wort.

<Dr. Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Inge, was deine gerade gestellte Frage angeht, möchte ich einmal aus dem Ratsbeschluss vom März dieses Jahres zitieren. Damals haben wir beschlossen:

Für die priorisierten Schulbaumaßnahmen ist ein entsprechender Zeit-Maßnahmenplan zu erarbeiten. Schwerpunkte des Zeit-Maßnahmenplans bilden die Grundstücksklärungen in Kombination mit erforderlichem Planungsrecht.

Das haben wir im März 2018 hier beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist an eurem Antrag jetzt neu, außer Willkür, nämlich der Festlegung auf fünf Grundstücke? „Was soll das?“ Da kann ich mich nur anschließen.

Frau Dr. Klein hat uns gesagt, dass wir im Sommer eine Liste der Verwaltung bekommen werden, in der alle Schulen und alle Grundstücke aufgelistet sind. Dann wissen wir genau: Brauchen wir fünf Grundstücke? Oder brauchen wir 40 Grundstücke?

Ich bin der gleichen Meinung wie Helge Schlieben: Es ist eigentlich nicht Aufgabe des Rates, diese Grundstücke zu suchen. Das ist Arbeit der Verwaltung.

Trotzdem haben wir das, weil ihr im März 2018 diesen Antrag eingebracht habt, damals noch einmal extra beschlossen. Aber es muss nicht heute schon wieder beschlossen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich denke, wir alle hier im Saal sind uns einig, dass forcierter Schulbau in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt Köln ist. Deswegen hat die Oberbürgermeisterin ja auch gleich zum Anfang ihrer Oberbürgermeisterinnenzeit eine Projektgruppe ins Leben gerufen, die Vorschläge zur Reform der Gebäudewirtschaft machen sollte.

Wir haben im September 2017 einen Ratsantrag mit den Vorschlägen dieser Projektgruppe beschlossen. Wir haben mittlerweile einen neuen Dezernenten. Herzlich willkommen, Herr Greitemann! Wir haben auch den zweiten Geschäftsführer für die Gebäudewirtschaft ausgesucht. Wir haben einen Interimsmanager eingestellt.

(Zuruf)

- Ich muss es ja nur wiederholen, weil hier dauernd gesagt wird, es passiere nichts. - Es ist alles beschlossen. Es ist alles auf dem Weg. Und jetzt sollten wir endlich einmal die Verwaltung arbeiten lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Es ist doch nicht so, dass durch noch mehr Anträge und noch mehr Anfragen Schulen gebaut würden. Schulen können nur die Mitarbeiter der Verwaltung planen und bauen. Dafür muss man ihnen auch die notwendige Zeit lassen und darf sie nicht ständig zuschmeißen mit neuen Anträgen, die keine neuen Inhalte haben.

Euch fällt sowieso nichts Neues mehr ein. Euer Punkt 3 ist ja fast wortgleich mit dem Antrag, den ihr in der März-Sitzung schon einmal gestellt habt. Eigentlich müsste man ihn aus formalen Gründen hier ablehnen, weil es ein Wiederholungsantrag ist.

Wir haben im März dieses Jahres alles beschlossen, was dazu beschlossen werden muss.

Noch einmal zur Priorisierung, liebe Inge: Wir haben schon verstanden, dass ihr mit Priorisierung etwas anderes meint. Aber ihr habt vielleicht noch nicht mitbekommen, dass die Gebäudewirtschaft und die Verwaltung schon seit Jahren Prioritäten gesetzt haben.

Zum Beispiel haben wir den Kitabau ganz eingestellt, damit die Verwaltung sich auf den Schulbau konzentrieren kann. Der Kitabau wird heute ausschließlich von Investoren durchgeführt. Das ist nicht schön, weil es für die Verwaltung und für die Stadt teurer wird. Aber diese Maßnahme ist leider notwendig gewesen.

Wir führen zurzeit auch Verhandlungen über die Vergabe der Prüfung und Wartung von Aufzügen usw. an externe Dienstleister.

Wo soll noch mehr priorisiert werden? Helge hat schon darauf hingewiesen, dass es sich bei drei Vierteln der Projekte der Gebäudewirtschaft um Schulbau handelt. Alles, was darüber hinaus von der Gebäudewirtschaft gemacht worden ist, hat die Politik beschlossen und habt ihr mit beschlossen.

Wenn ihr der Meinung seid, dass ein Projekt davon überflüssig war, solltet ihr dieses Projekt nennen; dann können wir es aus der Prioritätenliste herausstreichen. Aber solange die Politik Maßnahmen beschließt, hat die Gebäudewirtschaft auch die Verpflichtung, sie umzusetzen. Versteckt euch also nicht hinter so einem Begriff, sondern sagt konkret, was ihr streichen wollt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

<Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Thema Schulbau scheint der Rat ein bisschen im Dauer-Wahlkampfmodus zu sein. Da schlagen die Wellen bei einem Antrag der SPD hoch. Die Jamaika-Koalition fühlt sich angegriffen und hat offenbar Angst, dass der Druck, der angesichts des Schulbaunotstandes tatsächlich auf der Stadt lastet, unerfreuliche Dinge für sie beschert.

Was ist denn neu an dem Antrag der SPD? Der Antrag der SPD nennt jetzt - das wurde bemängelt - scheinbar willkürlich Zielzahlen, und zwar, mit Frist bis Ende dieses Jahres für fünf Gesamtschulen und fünf Gymnasien Vorschläge mitsamt Grundstück vorzulegen.

Die SPD behauptet nicht, dass der Schulbaunotstand damit beseitigt ist. Sie behauptet auch nicht, dass in den letzten Jahren nichts passiert sei. Sie sagt nur, dass solche Zielzahlen jetzt eine sinnvolle Maßnahme sein könnten.

Ich muss sagen: Zielzahlen haben oft etwas Schematisches. Sie haben vielleicht auch ein bisschen etwas Gewalttames. Denn natürlich hat jede Schule, die gebaut werden muss, ihre eigenen Bedingungen und ihr eigenes Problem. Trotzdem können solche Zielzahlen nötig und

sinnvoll sein. Ich finde, dass das in diesem Fall ein nötiger und sinnvoller Impuls ist. Deshalb werden wir es unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es freut mich ja, dass die SPD nach langen Jahren, in denen bei der Stadt Köln in puncto Gesamtschulen nicht viel passiert ist, jetzt vorschlägt, bis Ende dieses Jahres Vorschläge für fünf Gesamtschulen vorzulegen. Das halte ich für sehr gut. Wir wissen auch, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen fünf Gymnasien nötig sind.

Ich hoffe, dass der Elan der SPD bei diesem Thema anhält. Der bereits angesprochene Notstand bei Gesamtschulen ist ja nicht neu. In den letzten zehn Jahren sind rund 10 000 Kinder in Köln nicht an einer Gesamtschule aufgenommen worden. Über zehn Jahre lang konnte jeweils nur rund 70 Prozent der Anmeldungen entsprochen werden.

Deshalb halte ich diesen Impuls, Zielzahlen vorzugeben, durchaus für notwendig, damit da etwas passieren kann.

Im zweiten Hauptpunkt des SPD-Antrags geht es darum, der Verwaltung Priorität für den Schulbau vorzugeben - inklusive Flächensuche, Flächenankauf und Verwendung von Flächen. Wenn wir wissen, wie schwierig es offenbar ist, die Ämter der Stadt zu koordinieren - Herr Schlieben, Sie haben die große Zahl der Sitzungen genannt -, dann ist es vielleicht doch sinnvoll, dass das politische Gremium der Stadt, der Rat, auch hier eine klare Ansage macht. Die Schulverwaltung, die sich bemüht, und die Gebäudewirtschaft, die sich bemüht, sind bei ihren Bemühungen für den Schulbau unbedingt zu unterstützen. Der Schulbau soll allerhöchste Priorität haben. Auch deshalb halten wir diesen Punkt des Antrags für sinnvoll und richtig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es ist gesagt worden, Schulbau habe doch schon Priorität. Da sind die Fraktionen hier unterschiedlicher Meinung. DIE LINKE sagt: Nein, durchaus nicht.

Sehr schnell ist die Stadtverwaltung - und ich meine das jetzt nicht abwertend - in der Gefahr, sich bei vielen Aufgaben zu verzetteln. Ich kenne dieses Problem in meiner Arbeitsorganisation selbst auch. Für eine so große und wichtige Organisation wie die Stadtverwaltung gilt das erst recht.

Wir denken zum Beispiel: Das Projekt Historische Mitte ist keine Pflichtaufgabe. Aber der Schulbau ist nach dem Schulgesetz des Landes NRW eine Pflichtaufgabe. Deshalb müssen wir diesem Fakt unbedingt Geltung verschaffen.

Wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg hat das Wort.

<Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat gerade gesagt, er wünsche sich weiterhin so viel Elan der SPD, und in diesem Zusammenhang ausgeführt, dass bereits seit zehn Jahren der Notstand an unseren Gesamtschulen und Gymnasien vorhanden ist. Dementsprechend hätte ich mir den Elan der SPD in den letzten zehn Jahren gewünscht, in denen Sie jeden Tag regiert haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Helge Schlieben vollumfänglich anschließen. Was er gesagt hat, ist vollkommen richtig. Auch die Freien Demokraten halten diesen Antrag für ein bisschen willkürlich, was die Zahlen angeht. Sie schreiben hier, dass Sie fünf Gesamtschulen und fünf Gymnasien gerne als Flächen deklariert haben möchten.

Der Kollege von den LINKEN sprach gerade davon, dass Zielzahlen sinnvoll sein können. Das finden wir Freien Demokraten auch richtig. Deswegen haben wir grundsätzlich nichts gegen Zielzahlen.

Aber Zielzahlen, die jetzt im Vorfeld festgelegt werden, obwohl der Schulentwicklungsplan gerade in den Endzügen zur Evaluierung steht, können wir nicht gutheißen. Schließlich sollen wir den Schulentwicklungsplan nach den Sommerferien vorgelegt bekommen. Dann haben wir eine komplette Prioritätenliste auf Grundlage der Flächen und der gesamten Schulstruktur in Köln.

Vor diesem Hintergrund können wir nicht nachvollziehen, heute bereits fünf Gesamtschulen und fünf Gymnasien hier auf den Weg zu geben. Ich glaube, es ist sinnvoller, diese Liste abzuwar-

ten und dann im Rat oder im Schulausschuss eine ganz kleine Priorisierung vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine verehrten Damen und Herren, die Freien Demokraten haben immer im Schulausschuss und insgesamt in ihrer Schulpolitik gesagt - auch heute hat unsere Schulministerin, Frau Yvonne Gebauer, das noch einmal betont -, dass wir keine Schulformen gegeneinander ausspielen. Dementsprechend vermissen wir hier die Realschulen. Sie sind nicht in Ihrem Antrag vorgesehen, meine liebe SPD. Wir möchten trotzdem das Schulsystem erhalten, also Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen.

Auch deshalb, weil Sie die fünf Gesamtschulen an erster Stelle in Ihren Antrag geschrieben haben, zuckte ich ein bisschen. Denn in der Antragsbegründung gehen Sie nicht mehr wirklich auf die Gymnasien ein. Zwar ist es richtig, dass wir viele Plätze an den Gesamtschulen brauchen. Aber auch der Notstand an den Gymnasien ist ganz klar gegeben. Außerdem gibt es viele Realschulen, die erhalten bleiben müssen und eigentlich auch weiter ausgebaut werden müssen.

Dementsprechend ist es richtig, dass wir auf das Gesamtpaket der Verwaltung nach der Sommerpause warten. Meine liebe SPD, da möchte ich auch noch einmal an Sie appellieren: Vertrauen Sie Ihrer eigenen Schuldezernentin. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte.

<Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es vom Platz aus. - Ich muss schon sagen, dass ich entsetzt darüber bin, wie hier zum Teil mit diesem Thema umgegangen wird. Das ist kein Thema, das sich eignet, um Witzchen zu machen. Schließlich haben wir ein ernstes Problem mit dem Schulbaunotstand - seit langer, langer Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Greitemann, wie Frau Halberstadt-Kausch schon gesagt hat, setzen wir große Hoffnungen in Sie. Ich sage das hier ganz klar. Für Ihre bei-

den Vorgänger, Herrn Höing und auch Herrn Streitberger, war der Schulbau nicht gerade ein besonderes Thema.

(Bernd Petelkau [CDU]: Was Sie hier machen, ist unanständig!)

Dabei handelt es sich beim Schulbau - das ist gerade noch einmal gesagt worden - um eine Pflichtaufgabe der Kommune. Deshalb muss er vor die Klammer gezogen werden.

Unser Antrag ist als Initialzündung gedacht. Wir wissen, dass wir mehr Schulen brauchen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ihr habt jahrelang versagt!)

Aber lassen Sie uns doch einmal mit fünf Gymnasien und fünf Gesamtschulen anfangen. Wir brauchen durch die Umstellung von G8 auf G9 mindestens fünf neue Gymnasien. Wenn wir 1 000 Ablehnungen haben, bräuchten wir eigentlich neun bis zehn Gesamtschulen. Das wissen wir auch. Lassen Sie uns doch einmal anfangen, konkret „Butter bei die Fische“ zu geben.

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Die Leute wollen keine Prüfungen mehr und keine Listen mehr; die Leute wollen Schulplätze für ihre Kinder. Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und ziehen Sie dieses Thema nicht durch den Kakao. Dafür ist es viel zu ernst.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe noch eine Wortmeldung von Frau Scho-Antwerpes. Bitte, Frau Bürgermeisterin.

<Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Nur ganz kurz: Es handelt sich hier um einen Schul**ba**unotstand, Herr Petelkau. Auf „bau“ liegt die Betonung.

Sie weisen auf unsere Dezernentin hin. Das ist nicht unsere Dezernentin - es sei denn, Sie meinen die „polis“. Es geht also um das Thema Bauen und nicht um das Dezernat von Frau Dr. Klein. Das will ich hier noch einmal ganz deutlich sagen.

Herr Schlieben, da stimmen Sie mir wohl zu. Darüber diskutieren wir in jeder Schulausschusssitzung ganz stoisch. Wir fordern eigentlich übergreifend alle immer dasselbe.

Jetzt freuen wir uns darüber, dass Herr Greitemann da ist. Er wird bei der nächsten Sitzung dabei sein. Ich bin sicher, dass wir dann alle gemeinsam das Thema voranbringen können.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir - - Herr Petelkau.

<Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Bürgermeisterin, wir können das hier nicht so stehen lassen. Es ist Ihre Dezernentin, nämlich Frau Dr. Klein, die seit Jahren hier die Koordinationsverantwortung gehabt hat. In den Jahren, in denen Sie Verantwortung in Köln getragen haben, ist nichts passiert. Wir räumen jetzt das auf, was Sie seit Jahren verursacht haben.

Ehemalige Dezernenten hier vorzuführen, ist etwas, was wir nicht brauchen.

Wir haben in den letzten Jahren ganz konkrete Vorschläge beschlossen und fangen an, all die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben, systematisch aufzuräumen. Herr Greitemann wird hierzu sicherlich seinen weiteren Beitrag leisten.

Ich erwarte aber auch von der Schuldezernentin, dass sie ihren Beitrag leistet. Ich möchte nur einmal an das Beispiel im Stadtbezirk Lindenthal erinnern. Dort waren Sie nicht in der Lage, ein Grundstück zu sichern. Am Ende wird dort jetzt Wohnungsbau errichtet. Damit wurde an einer zentralen Stelle eine Chance vertan. Das war Ihre Dezernentin. Darauf bestehe ich auch. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT enthält sich. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend „Rückkehr zu

den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung“
AN/0826/2018

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

<Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT möchten über eine neue Phase der Unterbringung für Geflüchtete in Köln mit den demokratischen Parteien im Rat der Stadt Köln, mit der Verwaltung, mit dem Integrationsrat und insbesondere mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen diskutieren.

In den Turbulenzen in den letzten Jahren habe ich immer wieder herausgehört, dass wir uns eigentlich darüber einig sind, uns langfristig wieder an den Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln aus dem Jahre 2004 zu orientieren.

Diese Diskussion können wir vor dem Hintergrund führen, dass Köln in Spitzenzeiten mit 14 000 Geflüchteten zusammengelebt hat. Wir betrachten das als einen Beginn der Diskussion.

Deshalb schlagen wir Ihnen fünf Punkte vor, die zusammengefasst wie folgt lauten:

- Die Stadt Köln sollte auf die Unterbringung von Geflüchteten eingestellt sein.
- Sie darf sich nicht abhängig machen lassen.
- Wir müssen agieren und nicht reagieren, um in Zukunft nicht auf andere soziale Strukturen wie zum Beispiel Turnhallen zuzugreifen.
- Wir brauchen eigene, kompatible Ressourcen.
- Wir brauchen mehr sozialen Wohnraum für Geflüchtete.

Ein Beispiel für diese Diskussion ist die Unterbringung von Geflüchteten in Hotels. Hier gibt es einen aktuellen Skandal. Frau Horitzky hat nicht nur die CDU umgetrieben, sondern uns und insbesondere die Verwaltung. Herr Petelkau, ich habe gehört, dass sogar noch mehr CDU-Personen in diesem Bereich agieren sollen.

Der strategische Fehler bei der Hotelunterbringung liegt aber darin, meine Damen und Herren, dass bereits vor 2015 im Verhältnis viele Geflüchtete in Hotels untergebracht waren und seit 2015 dann, andersherum gedacht, zwar mehr Flüchtlinge da waren, aber weniger Hotelunterbringungen stattgefunden haben. Es ist meines

Erachtens ein Unding, dass wir 2 000 Geflüchtete in Hotels und 2 000 Geflüchtete in Wohnungen unterbringen. Dieses Verhältnis kann doch einfach nicht stimmen.

Das hat ja dazu beigetragen, Glücksritter und Spekulanten nach Köln zu locken, um Geld zu machen. Frau Horitzky hat schamlos gehandelt. Aber sie hat sich frei auf dem kapitalistischen Markt bewegt.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Ja, doch. Sie hat sich frei auf dem kapitalistischen Markt bewegt. Für den Mietvertrag mit der Stadt Köln hat sie sogar noch ein Darlehen bei der Sparkasse erhalten und dafür dann das Hotel gekauft. Das ist ja die Realität.

Da sich der kapitalistische Markt, Herr Breite, vorerst nicht ändern wird, sollte die Stadt Köln sich auf diesen kapitalistischen Markt einstellen und gegenüber diesem kapitalistischen Markt gewappnet sein. Das ist unser Vorschlag.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu diesem Vorschlag, nämlich die Hotels zu kaufen, haben wir in den letzten Wochen relativ viel Zuspruch in der Öffentlichkeit erhalten.

Wir schlagen Ihnen aber auch vor, das Amt für Wohnungswesen zu stärken und eine Wohnbebauung mit integrativer Belegung zu stärken. Uns ist völlig klar, dass das nur langfristig wirken wird. Es wirkt in den nächsten Jahrzehnten aber nachhaltig.

Das Amt für Wohnungswesen hat in den letzten Monaten einige geförderte Wohnprojekte auf die Schiene gebracht. Wir brauchen mehr solcher Projekte und möchten das Amt bitten, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Auszugsmanagement leistet sehr gute Arbeit. Diesen Kölner Weg müssen wir stärken, stabilisieren und langfristig betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kölner Sportvereine und die Schulen haben die Unterbringung der Geflüchteten unterstützt. Sehr aktiv waren die Willkommens-Initiativen. Deswegen sollten wir ein Zeichen setzen, meine Damen und Herren. Wir sollten gegenüber den Willkommens-Initiativen ein Zeichen setzen und sie anerkennen.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag: Lassen Sie uns eine klare Position zu den Ankerzentren und den sogenannten Schwerpunkteinrichtungen entwickeln. Diese wollen wir nicht auf dem Kölner Gebiet haben.

Dazu sollten wir uns ganz klar positionieren, indem wir sagen: Wir wollen Flüchtlinge nicht kasernieren. Wir wollen erreichen, dass die Flüchtlinge in Köln mit der Gesellschaft leben. Hier gilt mein alter Spruch „Gemeinsam sind wir Köln“. Das ist der richtige Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

<Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den detaillierten Ausführungen von Jörg Detjen nur zustimmen. Wir sind uns im Bereich der Flüchtlingspolitik auch weitestgehend einig. Deswegen unterstützen wir den heute vorliegenden Antrag „Rückkehr zu den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung“ auch gerne.

Ich möchte aber doch noch einige etwas allgemeinere Feststellungen zu Dingen ergänzen, die mir und uns in den letzten Wochen hier in Köln aufgefallen sind. Was war denn schlagzeilentechnisch in Köln wieder los? Da wurden Familien auf 35 Quadratmetern in Hotelzimmern untergebracht und horrenden Gebühren bezahlt. Die Debatte in den sozialen Medien drehte sich darum, warum die Familie ein siebtes Kind erwartet. Da werden die Gebühren für die Unterbringung seitens der Verwaltung drastisch erhöht und dabei zumindest vorübergehend die Selbstzahlerinnen und Selbstzahler vergessen, die mit ihrem oftmals kleinen Gehalt keine 50 Euro pro Quadratmeter zahlen können.

Ich finde es auch fatal, dass diese viel zu hohen Mietpreise für Flüchtlingsunterkünfte bei den Steuerzahlern so ankommen, als würde die Versorgung von Schutzsuchenden so hohe Kosten verursachen.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)

Ich denke übrigens auch, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In einem anderen Bundesland, in Bayern, hat nämlich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Bayerische

Staatsregierung verpflichtet, Mieten und Nebenkosten für Flüchtlinge in den Asylunterkünften des Freistaates von Grund auf neu zu berechnen. Und es sieht schwer danach aus, als würde das - in einem anderen Zusammenhang - auch auf NRW und dann auch auf die Stadt Köln zukommen.

Jetzt möchte noch etwas zum Punkt 5 unseres Antrags sagen, und zwar zu den geplanten Ankerzentren. Man hört ja nun ständig den Begriff „schlechte Bleibeperspektive“. Ich möchte hier darstellen, dass es so etwas einfach nicht gibt. Das Asylrecht ist ein Individualrecht. Daher kann nicht zum Beispiel nur allein das Herkunftsland über die Asylberechtigung entscheiden.

Es ist fatal, dass wir Asylverfahren von Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern nur in Schnellverfahren prüfen und sie über Monate in riesigen Unterkünften festhalten. Das passiert übrigens in NRW schon seit Anfang 2016, also noch zu Zeiten einer anderen Landesregierung, als sogenannte Westbalkan-Lager oder - unter dieser Bezeichnung kennt man sie eher - Schwerpunkteinrichtungen errichtet wurden.

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr bedauerlich, wohin die Wege in der Flüchtlingspolitik geführt haben. 2015 wurde noch positiv über Schutzsuchende und ihre Helfer berichtet. Heute heißt es „Anti-Abschiebe-Industrie“ und „Bahnhofs-Klatscher“, und fast jede Talkshows beschäftigt sich mit „Flüchtlings und Kriminalität“ oder „Islam und Terror“.

Über die vielen Erfolge - zum Beispiel darüber, dass ein Viertel aller Schutzsuchenden mittlerweile Arbeit gefunden hat und dass es in Nordrhein-Westfalen Hunderttausende und Millionen gibt, die sich mit diesen Menschen gemeinsam einsetzen - wird kaum geschrieben und kaum berichtet.

An dieser Stelle auch heute noch einmal einen dicken Dank dafür, dass ihr da seid und am Ball bleibt!

Vielleicht noch ein letztes Wort zu der PM von den Grünen - ich glaube, Marion Heuser hat sie geschrieben -, in der uns Populismus vorgeworfen wird: Das glaube ich nicht. Ihr habt euch ganz offensichtlich von einer progressiven Flüchtlingspolitik verabschiedet, wenn ihr uns lediglich den Hinweis gebt, es müssten doch nur Beschlüsse und Planungen umgesetzt werden. Wo passiert das denn an dieser Stelle, bitte schön? Genau das ist doch der Grund, warum

wir solche Anträge hier einstellen: weil das eben nicht passiert, weil hier nichts umgesetzt wird. - Danke für die Aufmerksamkeit. Das war es.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

<Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe LINKE, liebe BUNTE, euren Antrag findet meine Fraktion weitgehend gut. Ich glaube nur, dass wir ihn nicht hier diskutieren sollten, weil fünf Minuten pro Redner für einen so umfangreichen, so kleinteiligen und so detaillierten Antrag nicht ausreichen.

Ich werde deshalb gleich den Antrag stellen, euren Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen. Er tagt am 14. dieses Monats. Dort haben wir ausreichend Zeit, uns damit auseinanderzusetzen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Macht ihr das sonst nie?)

- Doch. Aber diesen Antrag bekommen wir ja dann erst, Herr Frank.

Ganz kurz zu den einzelnen Punkten:

Die Präambel, die ihr geschrieben habt, finden wir gut. Genau das steht auch im 20. Bericht der Verwaltung zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, den ich immer wieder lobe, was ich hier auch gerne noch einmal tue. Es kann aber überhaupt nichts schaden, wenn wir die Verwaltung mit einem Beschluss, der das Ganze noch einmal bekräftigt, unterstützen.

Die Leitlinien, die uns vorliegen, stammen aus 2004. Jetzt haben wir 2018. Dazwischen liegen 14 Jahre. Da hat sich die Welt ein paar Mal gedreht; da haben sich Dinge geändert. Deshalb muss man sie in der Tat anpassen und überarbeiten. Das finde ich also gut.

Punkt 1: Hotelankauf. Diesen Punkt sehen wir sehr kritisch. Ich nenne nur das Bonotel. Damit sind wir ziemlich auf die Nase gefallen. Deswegen würde ich das wirklich gerne noch einmal in Ruhe im Sozialausschuss diskutieren.

Punkt 2: Verzicht auf Großeinrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung und Gemeinschaftssanitäranlagen. D'accord! Das finden wir auch gut.

Dem würden wir gerne zustimmen - wobei wir natürlich die Unterbringungsreserve von 1 500 Plätzen, die die Verwaltung vorsieht, davon ausnehmen wollen. Da sind wir aber auch einer Meinung, glaube ich.

Punkt 3: Amt für Wohnungswesen. Wir glauben nicht, dieses Amt ausbauen zu müssen. Schon gar nicht halten wir es für notwendig, einen Eigenbetrieb daraus zu machen. Aber auch darüber könnten wir im Sozialausschuss gut reden.

Im gleichen Punkt schreibt ihr, dass es weiterhin Systembauten geben solle, wenn nötig. Das sehen wir ebenfalls so. Die von euch genannte Größe von bis zu 80 Plätzen finden wir auch gut.

Punkt 4: Auszugsmanagement. Das Auszugsmanagement zu entfristen, fänden wir gut. Das haben wir hier schon einmal gefordert und diskutiert, aber leider keine Mehrheit dafür bekommen. Wir glauben allerdings nicht, dass es gut ist, das Ganze zu zentralisieren, sondern denken, dass die Aufteilung auf verschiedene Träger durchaus Vorteile hat. Darüber könnten wir aber, wenn der Rat meinem Vorschlag folgt, im Sozialausschuss auch noch einmal trefflich diskutieren.

Punkt 5: Ankerzentren. Da sind wir ganz bei den Antragstellern. Ankerzentren lehnt meine Fraktion für den Boden der Stadt Köln ab.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wie gesagt, Frau Oberbürgermeisterin, möchte ich jetzt den Antrag stellen, den Antrag der Kollegen von der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe BUNT in den Sozialausschuss zu verweisen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe hier noch eine Rednerliste. Aber ich möchte direkt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen, um zu wissen, wohin die Reise dann geht.

Wer dem Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT, DIE LINKE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Damit ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Dann machen wir mit der Rednerliste weiter. - Herr Paetzold, Sie haben sich noch einmal gemeldet. Bitte.

Michael Paetzold (SPD): Dann würden wir nachher, wenn es zur Abstimmung kommt, gerne punktweise abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Nun gebe ich Frau Gärtner das Wort.

<Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Vorredner von der SPD-Fraktion sind wir der Auffassung, dass die Antragsteller einen rabenschwarzen Tag erwischt haben müssen, als sie diesen Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der CDU und von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Der Titel dieses Antrags klingt ja erst einmal gut. Nur: Der Titel und der Inhalt haben fast überhaupt nichts miteinander zu tun; denn darin stehen völlig andere Dinge.

Im Übrigen - darauf werde ich gleich im Einzelnen eingehen - ist fast alles, was in diesem Antrag steht, schon Beschlusslage. Insofern erinnert das sehr an den Antrag, den wir unter dem vorigen Tagesordnungspunkt behandelt haben.

Aber ich komme jetzt zu den einzelnen Punkten.

Unter Punkt 1 wird das Stichwort „aktive Liegenschaftspolitik“ genannt. Das klingt hochtrabend. Aber was wird da gefordert? Hotels zu kaufen und wieder zu verkaufen! Wir haben uns als CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, dass die Hotelunterbringungen sukzessive beendet werden, weil wir das nicht für die richtige Unterbringungsform halten. Die Stadtverwaltung hält noch einige Hotels für die Flüchtlinge im Angebot - ich sage einmal, für besondere Zielgruppen, die wir anderweitig nicht vernünftig versorgen können, solange wir noch keinen ausreichenden Wohnraum haben. Das ist also eine Notreserve.

(Michael Paetzold [SPD]: 20 Prozent!)

Es kann aber nicht Ziel sein, Hotels zu kaufen, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

Im Übrigen kann man sie auch nicht einfach mal so kaufen und wieder verkaufen. So einfach ist das ja auch nicht. Erst einmal muss man einen Verkäufer finden. Das Hotel dann ohne wirtschaftlichen Schaden wieder zu verkaufen, halten wir auch für völlig unrealistisch.

Dieser Vorschlag ist also weder fachlich noch wirtschaftlich vertretbar und völlig daneben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Detjen, vor dem Hintergrund Ihrer sonstigen Ausführungen zum Kapitalismus finde ich es auch interessant, dass die Stadt jetzt der Großkapitalist werden soll. Es ist doch sehr seltsam, so etwas von den LINKEN zu hören.

Der Punkt 2 bezieht sich auf die Planung weiterer Großeinrichtungen. Wer diskutiert denn überhaupt so etwas? Wir haben längst in allen Gremien Beschlüsse gefasst, dass wir das nicht wollen. Das ist auch gar nicht geplant. Daher stellen wir uns die Frage, ob Sie eigentlich in den Fachausschuss- und Ratssitzungen überhaupt aufpassen oder ob Sie vergesslich sind. Denn Sie müssten sich doch wenigstens an Ihre eigenen Beschlüsse noch erinnern. Deshalb ist es völlig überflüssig, diesen Punkt 2 hier aufzuführen.

Zum Punkt 3: Umwandlung des Amtes für Wohnungswesen in einen Eigenbetrieb. Wir sind der Auffassung, dass ein Eigenbetrieb überhaupt keinen Sinn machen würde. Aufgrund der Vernetzung des Amtes mit den anderen Dienststellen und Dezernaten würde uns ein Eigenbetrieb hier nämlich nicht weiterhelfen.

Auch die Errichtung von weiteren Systembauten können wir nicht nachvollziehen; denn wir wollen als Ziel reguläre Wohnungen. Die Stadt hält zwar immer noch Systembauten als Unterbringungsreserven vor. Wir haben aber nicht vor, weitere Systembauten zu beschließen.

Nun komme ich zum Punkt 4, dem Auszugsmanagement. Das Auszugsmanagement funktioniert gut. Warum sollte man etwas, was gut vernetzt und vielfältig ist, auf einmal an einer Stelle zusammenfassen? Das kann doch nur ein Rückschritt sein.

Außerdem thematisieren Sie in diesem Punkt die Entfristung von Stellen. Wir haben ja schon einige Stellen entfristet und werden ganz genau beobachten, wie viele Stellen wir auf Dauer benötigen und wie hoch der Bedarf ist.

Wie gesagt, sind wir nach wie vor der Auffassung, dass Vielfalt gut ist und eine Zusammenführung nicht erforderlich ist.

Im Punkt 5 geht es um Schwerpunkt- und Anker-einrichtungen. Das steht hier doch überhaupt nicht zur Diskussion. Wer soll das denn hier bei der Stadtverwaltung beantragen? Es gibt auch niemanden auf Landes- oder Bundesebene, der uns als Stadt angesprochen hat. Insofern stellt sich die Frage: Warum sollen wir dazu überhaupt einen Beschluss fassen?

Was ist also insgesamt zu diesem Antrag zu sagen? Das ist ein wildes Sammelsurium von Einzelpunkten ohne Bezug zur aktuellen Situation. Wir hatten gedacht, Sie hätten vielleicht den letzten Bericht im Sozialausschuss gelesen. Darin sind alle Maßnahmen aufgeführt. Sie sind vielfältig. Es ist nicht so, dass da nicht agiert wird. Vielmehr wird sehr vielfältig agiert - und nicht so dürrig, wie das in Ihrem Antrag aufgeführt ist. Da passiert nämlich sehr viel. Darüber sind wir sehr froh. Wir begleiten das als zuständige Ausschüsse ja auch sehr intensiv.

Was halten wir jetzt von dem Antrag? Für uns ist er ein populistischer Versuch, das Thema der Flüchtlingspolitik an sich zu reißen, und zwar ohne Anlass und ohne Not. Denn es läuft alles so, wie in den Berichten dargestellt. In den Fachausschüssen können wir ja auch kritisch nachfragen, wenn wir der Auffassung sind, dass irgendetwas nicht läuft, und dort auch Anträge stellen.

Deshalb werden wir keinem einzigen Punkt Ihres Antrags zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

<Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Jörg Detjen, als ich diesen Antrag zum ersten Mal gesehen habe, habe ich gedacht: Ich weiß gar nicht, wo ich mit den Fragezeichen vor meinem geistigen Auge anfangen soll.

Schon der erste Satz hat mich gewurmt. Er lautet:

Die Verwaltung leitet die Rückkehr zu den weiterhin gültigen Leitlinien zur dezentralen Unterbringung ein.

Da frage ich mich doch: Kennen die Antragsteller denn die Beschlusslage nicht? Was ist mit dem 4-Phasen-Modell zur Unterbringung von Flüchtlingen in Köln aus dem Oktober 2015, das bereits den Weg hin zur angestrebten Unterbringung nach den Leitlinien skizziert? Was ist mit den 20 Berichten, die wir inzwischen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Köln erhalten haben? Was ist mit dem Ressourcenmanagement? Was mit dem entsprechenden

Sachstandsbericht, der uns vor kurzem für das erste Quartal 2018 vorgelegt worden ist? Was ist mit den inzwischen zehn Beschlussvorlagen für Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau bzw. in konventioneller Bauweise, um Wohnraum nicht nur für Geflüchtete zu schaffen?

All dieses beinhaltet den Weg, die Strategie, den Prozess hin zu den Leitlinien. Die Rückkehr ist eingeleitet. Ich frage mich: Ist davon nichts bei den Antragstellern angekommen, trotz Mitgliedschaft beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen, im Integrationsrat, im Sozialausschuss und schließlich im Rat?

Mit diesem Antrag führt man nicht nur die Verwaltung vor, finde ich, sondern, mit Verlaub, auch uns als Politikerinnen und Politiker.

Wieso sollen wir übrigens ständig das Gleiche beschließen? Wenn Sie Publicity wollen, können Sie doch eine Pressemitteilung herausgeben.

Ich zitiere weiter aus dem vorliegenden Ratsantrag:

Dazu entwickelt sie

- gemeint ist die Verwaltung -

in Diskussion und enger Abstimmung mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen neue Ansätze zur Unterbringung, Versorgung der Geflüchteten. Zur Konzeptentwicklung soll sie folgende Maßnahmen prüfen ...

Wie meine Kollegin ja schon gesagt hatte, folgt dieser Einleitung ein Sammelsurium von Vorschlägen.

Was aktive Liegenschaftspolitik angeht, kann ich mich gut daran erinnern, dass die Verwaltung von Anfang an Flächen und Gebäude aufgekauft hat - auch Hotels. Das beste Beispiel wurde ja schon genannt, das Bonotel. Darüber kann man zwar noch reden, meine ich; aber trotzdem.

Großeinrichtungen mit zentralen Essensversorgungen oder Gemeinschaftssanitäranlagen sollen nicht mehr geplant werden. Hier ist die Beschlusslage eindeutig. Ein aufmerksamer Blick in das Ressourcenmanagement und den Bericht zur Umsetzung für das erste Quartal 2018 wäre hilfreich gewesen.

Das Amt für Wohnungswesen soll gestärkt und ausgebaut werden; es soll ein Eigenbetrieb werden. Diese Forderung zielt auf eine schnellere Umsetzung ab. Dazu ist aber zum einen anzu-

merken, dass nicht die Organisationsform das Problem ist, sondern der Mangel an bebaubaren Flächen. Zum anderen besteht nach wie vor die Baupriorisierung von Schulen in Köln. Wollen Sie das vielleicht ändern? Dann können Sie sich ja einmal mit Frau Halberstadt-Kausch auseinandersetzen.

Ich erinnere auch noch einmal an den Dringlichkeitsantrag in der Ratssitzung vom 10. September 2015, bei dem sowohl DIE LINKE als auch die Gruppe BUNT - damals noch Piraten - Mittragsteller waren und mit dem wir unter anderem die Verstärkung des Amtes für Wohnungswesen beschlossen haben.

Weitere Forderungen von Ihnen sind die Entfristung aller Stellen sowie die Zusetzung einer Koordinierungsstelle beim Auszugsmanagement. Hier verweise ich auf den Ratsbeschluss von November 2017. Die Verwaltung hat auf Nachfrage die Auskunft gegeben, dass die Entwicklung beobachtet wird und gegebenenfalls eine eventuell notwendige Anpassung erfolgt.

Zum Schluss Ihres Antrags wird der Betrieb von sogenannten Ankerzentren für Köln abgelehnt. Dieser Punkt ist zwar richtig. Aufgrund des Leitlinien-Beschlusses ist das aber bereits heute für uns ausgeschlossen.

Zusammenfassend stelle ich fest: Das ist ein absolut überflüssiger Antrag, für den allerhöchstens das heiße Wetter als Entschuldigung herhalten kann. Die grüne Fraktion wird den Antrag ablehnen, genauso wie die Verweisung in den Sozialausschuss, die ja schon abgelehnt wurde. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

<Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist das dritte und letzte Mal, dass ich heute hier oben stehe - es sei denn, Sie reizen mich. Das kann natürlich auch noch passieren.

Liebe Antragsteller, ganz ehrlich: Ich war schon ziemlich verwundert, als ich die Überschrift Ihres Antrags gelesen habe. Mit der Überschrift „Rückkehr zu den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung“ suggerieren Sie ja, dass Sie die Einzigen sind, die die Rückkehr zu den Leitlinien

fordern, und die anderen Fraktionen von dieser Forderung überzeugen müssen. Das ist doch falsch. Wir sind alle für die Rückkehr zu den Leitlinien. Das müssen wir doch nicht erst von Ihnen noch einmal ins Stammbuch geschrieben bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Abweichen von den Leitlinien war im wahrsten Sinne des Wortes der Not geschuldet. Es ist jedem von uns schwergefallen, wurde aber von uns allen getragen. Über Fraktionsgrenzen hinweg galt aber auch: Wenn bei den Flüchtlingszahlen Entspannung eintritt, müssen wir zu den Leitlinien zurückkehren.

Wer sich das Handeln der Verwaltung ganz aktuell anschaut, sieht doch, dass auch hier alle Bemühungen darauf ausgerichtet sind, zu diesen Leitlinien zurückzukehren.

In diesem Zusammenhang verstehe ich auch Ihren Punkt 2 nicht. Die Verwaltung hat mehrfach betont, dass sie zurzeit keine weiteren Großeinrichtungen plant und bis zum Ende des Jahres nur noch die Herkulesstraße als Notunterkunft betreiben will.

Meine Damen und Herren, es darf jetzt allerdings nicht geschehen, dass wir uns aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen entspannt zurücklehnen. Selbstkritisch müssen wir einräumen, dass wir auf den Flüchtlingszustrom im Jahr 2015 nur unzureichend vorbereitet waren und schließlich, um eine Zeltunterbringung zu vermeiden, Turnhallen nutzen mussten. Was wir in diesem Zusammenhang Schülern, Eltern, Lehrern, Sportvereinen und vor allen Dingen Geflüchteten zumuten mussten, gilt es in der Zukunft auf jeden Fall zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP und von Kirsten
Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Deshalb bin ich der Verwaltung auch sehr dankbar dafür, dass sie im Rahmen des Ressourcenmanagements 1 500 Plätze in Notunterkünften vorhalten will, die bei einem möglichen Anstieg der Flüchtlingszahlen wieder belegt werden können.

Die FDP begrüßt, dass diese Plätze als Reserve vorgehalten werden, ist aber auch der Meinung, dass überlegt werden muss, ob auf diesen Grundstücken in der Zwischenzeit nicht eine andere Nutzung möglich ist. Diese Idee wollen wir gerne noch einmal in den Sozialausschuss einbringen und darüber noch etwas intensiver diskutieren.

Meine Damen und Herren, die Liberalen wollen aus der Hotelunterbringung heraus, und zwar so schnell wie möglich. Darum reicht es uns auch nicht, dass die Verwaltung im letzten Flüchtlingsbericht mitteilt, dass sie für 2018 den Abbau von 300 Hotelplätzen anstrebt. Auf Nachfrage von mir haben Sie, Herr Dezernent Rau, ja eingeräumt, dass man in diesem Jahr aufgrund des Auslaufens von vertraglichen Verpflichtungen rund 500 Plätze abbauen könnte. Das ist die Zahl, an der sich die FDP orientiert. Daran werden wir auch die Verwaltung messen.

Die Idee der Antragsteller, die Hotels möglicherweise nicht zu mieten, sondern zu kaufen, ist nach den Diskussionen, die wir in den vergangenen Wochen geführt haben, schon ziemlich bemerkenswert. „Unverhältnismäßig lange Laufzeiten“, „Belegungsgarantien“ und „kaum Kündigungsmöglichkeiten“ waren da die Stichworte. Das sind doch alles Belege dafür, dass viele Hotelbesitzer die Notlage der Stadt ausgenutzt haben. Sie konnten sie auch ausnutzen, weil der Bedarf so enorm gewesen ist.

Soll das jetzt anders werden, wenn man Hotels kauft? In Ihrem Antrag steht wortwörtlich:

Sie soll darin bestehen, Hotels, die man schnell zu einer Geflüchtetenunterkunft herrichten kann, bei Bedarf zu kaufen und in einer entspannteren Unterkunftssituation eventuell wieder zu verkaufen.

Bei einem Ankauf von Hotels gilt doch genau das Gleiche wie bei der Anmietung: Bei Bedarf steigen die Preise, und bei Entspannung sinken sie.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Das ist der kapitalistische Markt. Herr Detjen, deswegen würde die Stadt ein ganz schlechtes Geschäft machen, wenn wir Hotels kaufen würden. Das wäre wirklich nicht sinnvoll.

Der letzte Punkt, auf den ich zu sprechen komme, sind die Ankerzentren. Dieses Thema wurde hier von einigen schon angesprochen. Wir haben diese Diskussion im Moment ja auf allen Ebenen.

Herr Paetzold, im Koalitionsvertrag, den die SPD mit unterschrieben hat, stehen nun einmal die Ankerzentren drin. Das muss man hier fairerweise auch sagen. Sie mögen ja auf Kölner Ebene anderer Meinung sein. Ich weiß auch, dass Herr Pistorius anderer Meinung ist.

Aber Ankerzentren werden jetzt im Wahlkampf in Bayern als tolle Systeme bezeichnet. Herr Söder und Herr Seehofer wollen diese Zentren sofort umsetzen, ganz ohne Rücksicht auf die Schwesterpartei - vielleicht noch mit einem Kreuz über dem Eingang; das weiß ich nicht; es ist ja Wahlkampf.

Wir als FDP erwarten erst einmal eine Antwort von der Bundesregierung, wie diese Ankerzentren überhaupt aussehen sollen. Darüber ist ja überhaupt noch nichts gesagt worden und nicht diskutiert worden. Deswegen haben wir dazu noch gar keine Position.

Wir haben aber eine klare Position zu diesem Antrag: Wir lehnen ihn ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

<Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist im Grunde genommen ein Stück aus dem Tollhaus.

Im Punkt 1 fordern Sie, Hotels zu kaufen und damit über Jahre Mietzahlungen zu vermeiden. Das kann man eigentlich nur vor dem Hintergrund der Causa Horitzky verstehen. Aber machen Sie sich da keine Illusionen! Wenn die Stadt als Hotelmanager auftritt, wird es kompliziert, langwierig und damit teuer. Das Bonotel lässt grüßen. Das ist also mit Sicherheit keine Lösung.

Punkt 2: keine Einrichtungen mit gemeinschaftlicher Essensversorgung und gemeinschaftlichen Sanitärräumen. Sie schreiben weiter im Antrag, eine Kasernierung solle vermieden werden. Ich frage Sie: Ist es für Menschen, die knapp Tod und Verfolgung entkommen sind, denn unzumutbar, für eine gewisse Zeit, Wochen oder Monate, in Sammelunterkünften zu leben? Ich glaube, dass das zumutbar ist.

Oder ist vielleicht die Reinigung wieder ein Problem? Herr Sozialdezernent Rau kann mir ja bis heute nicht erklären, warum es nicht möglich ist, dass Migranten ihre Unterkünfte selber reinigen.

Meine Frau und ich haben drei Kinder durch Kölner Grundschulen gebracht. Wir haben mehr als einmal in heruntergewirtschafteten Klassenräumen gestanden - in der rechten Hand den Pinsel,

in der linken Hand das Lösungsmittel - und sie wieder auf Vordermann gebracht. Das kann man uns zumuten. Ja, beide Eltern können das machen. Steuerzahler können das machen.

Aber einem Migranten einen Putzlappen in die Hand zu drücken, ist angeblich nicht zumutbar. Herr Dr. Rau, das können Sie vielleicht irgendwelchen Teddywerfern am Bahnhof erklären.

(Michael Paetzold [SPD]: Jetzt hört es aber auf!)

Mir können Sie das nicht erklären.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Buh!)

Den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt und in diesem Land können Sie das nicht erklären.

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Das gehört nicht hierher!)

- Doch, das gehört genau hierher. Das ist das Ergebnis von verfehlter Politik der SPD, die die Schulen hat verkommen lassen. Dieses Versäumnis führt genau dazu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bleiben Sie bitte beim Thema, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Im Punkt 3 fordern Sie, das Amt für Wohnungswesen in einen Eigenbetrieb umzuwandeln. Sie verfestigen also Strukturen, die wir jetzt vorübergehend aufgebaut haben, aber dann irgendwann nicht mehr brauchen werden. Damit schaffen Sie im Grunde genommen eine zweite Kreditanstalt für Wiederaufbau, die es auch 50 Jahre nach Beendigung des Wiederaufbaus noch gibt. Sie sucht sich dann neue Aufgaben.

Im Punkt 4 fordern Sie, das Auszugsmanagement zu entfristen. Hier tun Sie doch Folgendes: Sie schaffen dauerhafte Beschäftigung für Ihre Klientel. - Mehr kann man dazu nicht sagen.

Im Punkt 5 geht es um die Ankerzentren. Aus Ihrer Sicht ist es natürlich logisch, dass Sie keine Ankerzentren wollen, weil sie genau Ihrer Klientel den Nährboden entziehen. Ich sage Ihnen aber: Nicht die Ankerzentren sind inhuman. Inhuman ist es, Menschen über Wochen und Monate in quälender Ungewissheit zu halten. Das ist das, was inhuman ist. Ankerzentren werden dazu dienen, dass die Bescheide schnell und effektiv erteilt werden und damit Klarheit herrscht.

An einer Stelle gebe ich Ihnen allerdings recht. Die Stadt Köln sollte es sich sicher nicht noch antun, auf ihrem Stadtgebiet ein Ankerzentrum einzurichten. Wir sind ja schon damit überfordert, eine vernünftige Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen. Wir können doch noch nicht einmal die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Ich weiß nicht, ob Sie gesehen haben, dass von den 28 No-go-Areas in Nordrhein-Westfalen 15 auf die Stadt Köln entfallen. Da müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Die Ankerzentren brauchen wir dringend. Aber wir müssen sie nicht zwingend hier in Köln haben.

Kurzum: Ihr Antrag ist ein Manifest rot-grünen falsch verstandenen Gutmenschentums. Hier gilt einmal mehr: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. - Danke.

(Beifall bei der AfD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Es ist Einzelabstimmung beantragt - Sonderabstimmung über den ersten Absatz und dann Abstimmung über die folgenden fünf Ziffern. Zusammen mit der Gesamtabstimmung sind das sieben Abstimmungsprozesse.

Ich beginne mit der Abstimmung und lasse zunächst über den ersten Absatz des Beschlusstextes abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse nun über den Beschlusspunkt 1 abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Beschlusspunkt 2. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das abgelehnt.

Beschlusspunkt 3. Zustimmung? - Der Ratsgruppen BUNT und GUT und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Beschlusspunkt 4. Wer wünscht, zustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen BUNT und

GUT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Beschlusspunkt 5. Wer wünscht, zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen BUNT und GUT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer wünscht, zuzustimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Task-Force Wohnen“ AN/0827/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0901/2018

Ich gebe Herrn Frenzel das Wort.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Gerne, Herr Detjen. Wir hatten vorher leider keine Wortmeldung von Ihnen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Frau Oberbürgermeisterin, wir sind ja der Antragsteller!)

Das können wir aber nachholen. Das ist ja kein Problem. Bitte schön. Sie haben das Wort.

<Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Als wir den Antrag zur Taskforce Wohnen gestellt haben, gab es Ihre Aussage im Rahmen Ihrer Halbezeitbilanz zur Wohnbebauung von Kreuzfeld noch nicht. Diese Positionierung begrüßen wir ausdrücklich.

Man muss Kreuzfeld auch im Zusammenhang sehen. - Herr Breite, da sind wir uns doch einig; nur, wir haben noch keine Mehrheit dafür. - Ich möchte ein aktuelles Beispiel nennen: Das Deutsche Institut für Urbanistik, das Stadtforschungsinstitut der Kommunen, kurz: DifU, hat das Projekt „Bahnstadt Heidelberg“ untersucht und kam zu folgenden Ergebnissen: zusätzliche Wertschöpfung und positive fiskalische Effekte für den Haushalt der Stadt Heidelberg, jährliche Erträge höher als die Aufwendungen, positive Auswirkungen auf Wohn- und Arbeitsmarkt, dauerhafte Steuereinnahmen und positive Auswirkungen für die Region. Das Fazit war: Das Projekt

„Bahnstadt“ ist für Heidelberg ein Gewinn. - Das, finde ich, ist eine interessante Untersuchung; denn sie beweist, dass es Sinn machen würde, Kreuzfeld zu bearbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin, Wohnungsbau ist der Schlüssel für die soziale Zukunft Kölns. Der Kölner Mieterverein, aber auch die Fraktion DIE LINKE appellieren an Sie: Schaffen Sie eine Taskforce Wohnen, damit endlich Wohnungen geplant und gebaut werden!

Der DGB erklärt in seiner aktuellen Erklärung vom April: Es kommt - Zitat - „auf die Stadtspitze an, das Menschenrecht auf Wohnen zu verwirklichen.“ Die Bündelung von Ämtern in einer Taskforce Wohnen hat sich bei der Beseitigung der Probleme mit der Unterbringung von Flüchtlingen bewährt. Es war richtig, damals diesen Schritt zu machen. Wir meinen, dass er auch beim Wohnen gemacht werden sollte.

Wir appellieren aber auch an Sie, Ratsfrauen und -männer: Lassen Sie uns die neuen strategischen Herausforderungen diskutieren! Wenn der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef kürzlich erklärte - Zitat -: „Wir haben eine Bodenkrisse“, sollte uns das wachrütteln, meine Damen und Herren; denn die haben wir auch in Köln. Die Frage ist: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Die frühere Münchner Stadtbaurätin Christine Thalgott, auch hier in Köln bekannt, erklärte kürzlich in der Zeitschrift *StadtBauwelt* - ich zitiere -:

Aus heutiger Sicht ist es richtig, keine Grundstücke ganz aus der Hand zu geben.

Weiter weist sie darauf hin, dass die Stadt München einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, Grundstücke in Erbbaurecht zu vergeben.

In dieser Zeitschrift, Frau Jahn, schreibt auch die frühere grüne Bundestagsabgeordnete, Franziska Eichstädt-Bohlig - ich zitiere -:

Wir brauchen einen politischen Neuanfang. ... Die gesellschaftliche Debatte über die Sozialverpflichtung des Grundeigentums muss dringend neu belebt werden.

Zitatende.

Und die Bremer Senatsbaudirektorin Iris Reuter erklärte ebenda - Zitat -:

Man kann marxistisch argumentieren, aber genauso gut wertkonservativ und sagen, die Bodenrente fließt wieder in Bürgerhand zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, bei diesem Thema könnten sich eigentlich CDU und LINKE einig sein, was ja selten der Fall ist. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, zu diesem Thema eine Fachtagung durchzuführen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, Herr Kienitz, dass die Hauptabteilung Finanzen des Generalvikariats des Erzbistums ihre Erfahrungen in diesem Workshop gut darstellen kann. Da bin ich mir relativ sicher.

Meine Damen und Herren, der Sozialausschuss hat in seiner letzten Sitzung den Ausschussvorsitzenden gebeten, zu prüfen, ob es Sinn macht, die aktuellen Probleme zum Thema Wohnungspolitik gemeinsam mit dem Ausschuss Stadtentwicklung zu diskutieren. Im Sozialausschuss gibt es Stimmen, die vor einem massiven Anstieg des Sozialhaushalts warnen. Die Forcierung des Wohnungsbaus wäre eine Maßnahme, der Steigerung des Sozialhaushalts entgegenzuwirken.

Wir als LINKE hatten zu Beginn der Wahlperiode einen Wohnungsausschuss vorgeschlagen, konnten damit aber hier nicht durchdringen. Wir würden einen solchen Wohnungsausschuss, anders als der SPD-Antrag, nicht neuerlich fordern. Vielmehr sind wir der Meinung: Wir sollten solche gemeinsamen Sitzungen durchführen.

Meine Damen und Herren, es gibt Frust in der Stadtgesellschaft, sehr großen Frust über verschiedene Probleme. Deswegen sollten wir versuchen, gemeinsam an der Lösung von Problemen zu arbeiten. Wir haben bewusst keinen großen Antrag gestellt, sondern einen eher kleinteiligen, weil wir den Diskurs mit Ihnen suchen wollen. Wir können Punkt 2 des SPD-Antrags übernehmen. Die anderen Punkte sehen wir etwas anders. Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Deswegen kann ich das nicht mehr im Detail darstellen. Wie gesagt: Den Punkt 2 des SPD-Antrags übernehmen wir. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frenzel das Wort. Bitte.

<**Michael Frenzel** (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und

Herren! Um es vorwegzuschicken: Wir werden dem Antrag der LINKEN in allen Punkten zustimmen. Wir sind da völlig auf einer Linie. Wir haben allerdings in unserem Änderungsantrag noch ein paar Ergänzungen formuliert und würden uns freuen, wenn Sie diese vielleicht doch noch übernehmen können.

Die SPD hat bereits 2014 eine Taskforce Wohnen gefordert. Weil das Thema „preiswertes Wohnen“ eines der Kernthemen der SPD ist, gibt es natürlich viele Punkte, die wir hier gern noch miteinbringen möchten.

Erstens. Köln braucht mehr denn je eine aktive Liegenschaftspolitik. Wir können nicht mehr warten, bis die in Auftrag gegebene strategische Flächenmanagement-Vorlage vorliegt, sondern wir brauchen jetzt eine Strategie zum Erwerb, aber auch zur Veräußerung oder Verpachtung von Flächen für die schnelle Bereitstellung von preiswertem Wohnraum. Ich glaube, da sind wir uns weitgehend einig -; denn die aktuellen Bemühungen der Ratsmehrheit für den geförderten Wohnungsbau reichen ganz offensichtlich nicht aus.

Das ist auch der Grund, warum wir sagen: Es ist notwendig, für den geförderten Wohnungsbau zusätzliche städtische Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir in den Wohnungsbau von Bestandshaltern investieren wollen. Diese sind oft nicht mit so viel Kapital ausgestattet, wie wir uns das wünschen würden. Deshalb unsere Forderung, einen Wohnungsbaufonds in Höhe von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde Euro, für die nächsten fünf Jahre aufzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wenn wir als Stadt künftig Grundstücke verkaufen, sollten wir vorher immer noch einmal strategisch darüber nachdenken. Unabhängig vom gesetzlichen Vorkaufsrecht, das die Stadt auf Initiative der SPD nun wieder ausübt, was aber im Wesentlichen nur für unbebaute Grundstücke gilt, ist doch das Entscheidende, dass die Grundstücke, die wir heute verkaufen und die möglicherweise dann wieder in 20 oder 30 Jahren den Besitzer wechseln werden, uns für den geförderten oder preiswerten Wohnungsbau fehlen. Deshalb unser Vorschlag, in Verkaufs- oder Veräußerungsvorlagen von vorherein ein Rückkaufsrecht mitaufzunehmen; denn nur mit einem Rückkaufsrecht können wir dauerhaft die Nutzung für preiswerten Wohnraum sichern.

Des Weiteren sind wir der Ansicht, dass die Konzeptvergabe, die durch zu viele ökokonservative

Ergänzungen überfrachtet wurde und inzwischen an vielen Stellen überbürokratisch ist, deutlich verschlankt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Intention war von vornherein, den preiswerten Wohnraum zu fördern und dies verbunden mit der Konzeptvergabe als strategisches Ziel zu sehen. Das muss im Vordergrund stehen und nicht etwa die Gestaltung von Haustüren oder die Gestaltung von Dächern oder Ähnliches.

Herr Greitemann, in Ihrer Antrittsrede haben Sie Lob für die Wohnungsbauleitstelle formuliert. Ich würde dem gerne zustimmen, aber, ehrlich gesagt, ich kann es nicht. Sie sollten sich nicht von den Verlautbarungen des städtischen Presseamtes täuschen lassen, das in einer Pressemitteilung den gestiegenen Bauüberhang rühmt, also die Wohnungen, die nicht gebaut wurden. Das ist schon wirklich merkwürdig.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das liegt an den Bauzinsen!)

Der Bauüberhang ist seit Jahren relativ stabil. Er ist auch nicht hochaktuell. Was in der Tat sehr niedrig ist, Herr Kienitz, das sind die Fertigstellungszahlen, die im Jahr 2017 noch mal gesunken sind, nämlich auf nur noch 2.100 Wohnungen, obwohl wir 6.000 bräuchten. Das ist noch mal weniger als im schon schlechten ersten Amtsjahr unserer Oberbürgermeisterin. Es tut mir wirklich leid, sagen zu müssen: Das ist ein neuer Negativrekord. Es müssten in 2018 schon 14.000 Wohnungen gebaut werden, um diese Deckungslücke zu schließen, aber das ist völlig unrealistisch.

Was also tun? Neben der schnellen Besetzung, Herr Greitemann, von insgesamt 94 offenen Stellen in Ihren Ämtern - so die letzte Mitteilung - müssen wir die Probleme identifizieren, die Bauprojekte aufhalten. Genau aus diesem Grund schlagen wir den Unterausschuss Wohnen vor.

Ich möchte denkbaren Ablehnungsgründen direkt entgegentreten. Das soll kein „Labor“-Ausschuss werden, sondern ein Gremium sein, in dem die aktuellen Wohnungsbauprojekte mit konkreten Zielzahlen zu Fertigstellungsterminen und Mengen reported werden und mit dem wir auch ein Berichtswesen schaffen für das Wohnungsbauprogramm 2030. Hakt es in der Verwaltung oder hakt es in der Politik? Das soll dieser Ausschuss aufzeigen. Es soll dort diskutiert werden, wie diese Probleme gelöst werden können. Nur

wenn wir die Probleme erkennen, können wir sie auch lösen.

Derzeit - so mein Eindruck - läuft der Wohnungsbau in Köln, obwohl wir klare Zielzahlen haben, relativ ungesteuert. Wir haben nicht wirklich ein klares Ziel vor Augen, das wir jedes Jahr erreichen wollen. Wir haben zwar die Zahl 6.000 festgehalten, nicht aber den Weg, wie wir sie erreichen. Das müssen wir hinkriegen, Herr Greitemann. Es mag für einen einzelnen Mann oder eine einzelne Frau vielleicht eine zu große Aufgabe sein; aber ich glaube, es ist wichtig, dass in Köln der Wohnungsbau zur Chefsache gemacht wird. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

<Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie müssten sich vielleicht mal mit der LINKEN abstimmen, was denn jetzt wichtiger ist: der Schulbau oder der Wohnungsbau.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, genau. Aber Sie haben sich ja offenbar abgesprochen: der eine macht den Schulbau, der andere den Wohnungsbau. Was Ihnen fehlt, ist offenbar eine Strategie, hier die richtigen Prioritäten zu setzen.

Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, Sie sprechen ein durchaus wichtiges Thema an, ein Thema, das für jeden Menschen zentral ist, nämlich wo er sich aufhält, wo er wohnt, wo er ein Dach über dem Kopf hat, wie man so schön sagt. Das ist durchaus Grundlage für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Deswegen stehen Sie auch in der Verpflichtung, mit diesem Thema ordentlich und verantwortungsvoll umzugehen.

Aber das, was Sie hier tun, ist genau das Gegenteil. Sie formulieren Dinge, die den Eindruck erwecken, dass wir sofort in den Wohnungsbau einsteigen können. Sie fordern eine Taskforce Wohnen und greifen relativ hektisch diesen englischen Begriff auf. Ich muss mich schon wundern - Herr Kollege Weisenstein hat den Antrag zwar nicht begründet - über das, was Sie hier vorbringen. Das ist schon sehr oberflächlich und populistisch. Sie ignorieren einige der grundle-

genden Maßnahmen, die wir ja auch gemeinsam im Stadtentwicklungsausschuss in den letzten Jahren festgelegt haben, wenn auch in verschiedenen politischen Konstellationen. Es gibt zum Beispiel das Kooperative Baulandmodell, es gibt die Wohnungsbauleitstelle, es gibt die Lenkungsgruppe Kooperatives Baulandmodell - das ist ja im Grunde genommen das, was Sie mit Ihrer Taskforce wollen -, und es gibt als Austauschgremium zwischen denjenigen, die Wohnungen errichten, und denjenigen, die den Rahmen dazu schaffen, das Wohnungsbauforum. Ich glaube, da sind diese Themen gut aufgehoben.

Schauen wir uns einmal Ihren Änderungsantrag an, der in einen Teil A und einen Teil B gegliedert ist. Sie fordern ein Flächenkonzept, eine Fachtagung verschiedener Gremien, eine Sondersitzung der Ausschüsse, die sich mit Wohnungsbau befassen, also der Ausschuss für Soziales, der Bauausschuss, der Stadtentwicklungsausschuss, der Liegenschaftsausschuss.

Ganz ehrlich, Kolleginnen und Kollegen - ich habe gerade schon darauf hingewiesen -: Wir haben das Stadtentwicklungskonzept Wohnen vor anderthalb Jahren beschlossen. Dort sind 18.000 Wohneinheiten hinterlegt. Ein Teil dessen ist übrigens auch das Projekt Kreuzfeld, das Sie richtigerweise angesprochen haben. Wir haben das Mittel des Vorkaufsrechts. Das hat auch die CDU mitbeschlossen. Es ist durchaus Grundlage einer aktiven Flächenpolitik. Wir wenden jetzt erstmalig das Mittel der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen im Deutzer Hafen an. All dies sind Mittel, die uns das Baurecht zur Verfügung stellt.

Ehrlich gesagt, ich verstehe die Ignoranz in Ihrem Antrag nicht, in dem Sie völlig negieren, was wir hier in den letzten Jahren vorangetrieben haben. Sie binden unnötig Arbeitskapazitäten in der Verwaltung, indem Sie noch zusätzliche Gremiensitzungen kreieren, indem Sie noch zusätzliche Beratungsrunden, Fachtagungen usw. einfordern. Sie wollen eine akademische Debatte darüber führen, wem der Grund und Boden gehört. Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das kann es nicht sein. Sie schaffen mit Ihrem Antrag konkret keine einzige Wohneinheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nein, Sie drehen Runden, Sie drehen Volten und ergehen sich hier in ideologischen Ausführungen. Ganz ehrlich, ich finde es unverantwortlich, wie Sie mit diesem wichtigen Thema umgehen.

Deswegen kann ich Ihnen versichern: Wir wollen keine neuen Beratungszirkel. Wir wollen keine

neuen Gremien. Wir sind zufrieden mit den Gremien, die wir haben. Wir werden uns dafür einsetzen, den Wohnungsbau hier in Köln voranzutreiben. Dafür steht die CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Noch ganz kurz zum Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD. Sie holen wieder die halbe Milliarde Euro, die Sie schon mal in den Haushaltsplanberatungen beantragt hatten, aus der Motenkiste. Erstens erklären Sie an keiner Stelle, woher Sie dieses Geld nehmen wollen, und zweitens negieren Sie völlig, dass wir zum einen vom Land 75 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau bekommen und zum anderen dass wir noch ungefähr 20, 25, 30 Millionen Euro aus dem eigenen Budget draufsatteln müssen, wenn das Geld des Landes nicht reicht. Ganz ehrlich, Sie können doch hier nicht die Dinge permanent, immer wieder einspeisen. Auch beim Schulbau haben Sie das gerade getan, und auch das haben wir in der Debatte deutlich abgelehnt.

Auch Sie wollen ein zusätzliches Gremium einrichten, nämlich einen Unterausschuss Wohnungsbau; dazu habe ich schon ausgeführt. Herr Frenzel sprach eben davon, dass es kein „Labor“-Ausschuss sein soll. Ich glaube, wir und im Übrigen auch Sie setzen uns ernsthaft im Stadtentwicklungsausschuss mit dem Thema Wohnen auseinander. Wir brauchen in der Tat keinen Unterausschuss Wohnungsbau. Die Gremien beraten das schon jetzt sehr verantwortungsvoll. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat hat das Wort.

<Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Heute scheint der Tag zu sein, an dem Anträge vorgestellt werden zu Dingen, die wir längst diskutiert und beschlossen haben. Es werden mal wieder neue Vokabeln gesucht für Gremien, die es schon längst gibt, auch für Beschlüsse, die es längst gibt. Die Taskforce, die hier von der LINKEN gefordert wird, wird im Grunde genauso beschrieben wie die Wohnungsbauleitstelle, die wir schon vor einem Jahr beschlossen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Vielleicht haben die Kollegen und Kolleginnen von den LINKEN ein wenig unterschätzt, dass es eine gewisse Zeit braucht, um ein solches Gremium personell aufzubauen. Dieser Aufbau ist in Arbeit. Ich setze große Hoffnungen in unseren neuen Dezernenten, Herrn Greitemann, dass dieses Gremium demnächst beginnt, wirkungsvoll zu arbeiten.

Es wäre der denkbar ungünstigste Zeitpunkt, jetzt noch eine Taskforce zu beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Herr Greitemann ist gerade mal fünf Tage im Dienst, und Sie wollen ihm schon wieder ein neues Gremium vorschreiben. Nun lassen Sie den Herrn doch erst mal anfangen zu arbeiten, zu gucken, was er wirklich braucht in der Verwaltung, um solche Wohnungsbauprojekte umzusetzen! Wir werden schon erfahren, was er noch braucht. Dann können wir das auch gern beschließen. Ihm jetzt, in seinen ersten Amtstagen, solche Vorschriften zu machen, finde ich unhöflich. Das ist wirklich der falsche Zeitpunkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich möchte noch auf ein paar andere Dinge eingehen. Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben ja schon einiges gesagt. Sie haben in Teil B Punkt 1 Ihres Änderungsantrags quasi ein Vor-konzept zum Flächenmanagement gefordert; denn dort heißt es ja:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Umfang unter langfristiger Betrachtung der Ankauf von Flächen für Wohnungsbau und für Gewerbe deutlich gesteigert werden kann.

Was ist das anderes als ein strategisches Flächenmanagement, was wir auch schon längst beschlossen haben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zuruf von der LINKEN)

- Ich weiß, wir warten immer noch darauf. Das ist aber auch keine leichte Angelegenheit.

Wir haben hier kein Defizit an Beschlüssen, sondern wir haben ein Defizit an Umsetzungen und wir haben zugegebenermaßen ein Defizit an Flächen. Es gibt ganz klare Nutzungskonflikte. Nicht umsonst gab es eben diese Diskussion zu

Schulgrundstücken. Jetzt führen wir die Diskussion zu Wohnungsbaugrundstücken. Wir können auch noch die Diskussion um Sportstätten, um Sportplätze, um Freizeitparks anschließen. All das wird benötigt in einer wachsenden Stadt. Deshalb wollen wir hier genau keine Einzelbeschlüsse fassen, sondern möchten uns an einer strategischen Planung abarbeiten,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

um genau diese Nutzungskonflikte ausräumen und Einigkeit erzielen zu können.

In Teil B hat mir Punkt 4 besonders gut gefallen, nämlich:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative von „moderne stadt“, die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Nutzen durch den Ausbau des Deutzer Hafens zu untersuchen ...

Ich begrüße das auch. Meine ganze Fraktion begrüßt das. Aber dafür brauchen wir keinen Antrag, wirklich nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Noch ein letzter Satz zu den sogenannten Sondergremien wie dem Unterausschuss Wohnen und Bauen. Ich habe so meine Erfahrungen mit Unterausschüssen in Köln. Meist führt das dazu, dass die Arbeit doppelt gemacht wird: einmal im Unterausschuss und dann noch mal in den Fachausschüssen. Ich habe wirklich nicht das Gefühl, dass der Stadtentwicklungsausschuss überarbeitet oder überfordert ist mit den Ansprüchen, die an ihn gestellt werden, ebenso wenig der Liegenschaftsausschuss. Wie es beim Ausschuss für Gebäudewirtschaft ist, kann ich nicht beurteilen. Also wozu dieser Unterausschuss? Es gibt kein Thema, das wir nicht auch im Stadtentwicklungsausschuss und im Liegenschaftsausschuss besprechen können.

Aus den vielen anderen Themen will ich nur den Vorschlag einer Fachtagung herausgreifen, was ich wirklich für eine gute Idee halte. Sie sind zwar nicht die Ersten, die davon reden, aber zumindest die Ersten, die das hier im Rat anregen. Das ist sicher eine gute Sache. Ich würde mich freuen, mit Ihnen im Liegenschaftsausschuss zu diskutieren, wie das Format aussehen könnte. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

<Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe LINKE, an dieser Stelle sollten Sie sich mal wieder fragen: Habe ich ein Problem oder bin ich das Problem?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Das ist das, was sich die LINKEN hier vorhalten lassen müssen, wenn sie über Probleme im Wohnungsbau reden.

Herr Greitemann, ich kann Ihnen nur empfehlen, mal in den Ratsprotokollen nach dem Schlagwort „Wohnungsbau zum Erliegen bringen“ zu suchen. Da finden Sie bestimmt ein halbes Dutzend Reden von mir, die ich hier gehalten habe zu immer neuen Maßnahmen, die den Wohnungsbau in Köln hemmen und dennoch hier beschlossen worden sind. Gerade die LINKEN wollten nicht hören, dass immer neue Bürokratie zu beschließen, bedeutet, die Kräfte der Verwaltung unnötig zu binden.

Wir haben gehört, dass Sie das Kooperative Baulandmodell schon in den ersten fünf Tagen in Ihrem Tatendrang gehemmt hat.

Das Vorkaufsrecht der Stadt wurde eben auch schon genannt. Wir hatten jetzt im Liegenschaftsausschuss die ersten zwei Vorlagen, mit denen Einfamilienhausgrundstücke in Dellbrück und in Bocklemünd-Mengenich für die Stadt gesichert wurden, um die bösen neuen Eigentümer zu verpflichten, ihr Eigenheim auch wirklich innerhalb von drei Jahren zu bauen. Dafür haben wir dieses Instrument des Vorkaufsrechts der Stadt sicherlich nicht.

Dann haben wir noch die Konzeptvergabe, die hier auch schon genannt wurde. Ich sage mal so: Wir haben gefühlt 30 Einfamilienhausgrundstücke im Sürther Feld, über die wir uns seit Monaten im Liegenschaftsausschuss nicht einigen können - Herr Frenzel hat es auch gesagt: immer neue Forderungen, immer neue Kriterien -, statt sie an den Markt zu bringen, damit dort 30 Häuser gebaut werden können. - Das ist die Bürokratie, die Sie als Verwaltung hier hemmt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man die aktuellen Fertigstellungszahlen liest, ist das Gezeiter natürlich groß. Sie sind von 4.000 im Jahr 2015 auf 2.000 im Jahr 2017 gesunken, haben sich also halbiert. Die Bauge-

nehmungen sind von 3.800 in 2016 auf 2.600 in 2017 gesunken, also um ein Drittel.

Herr Frenzel, dazu muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie hier mit dem Finger auf die Oberbürgermeisterin zeigen, zeigen vier Finger wieder zurück auf Sie, weil Sie diese ganzen Blockaden mitbeschlossen haben,

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

weswegen wir nicht dazu kommen, in Köln so zu bauen wie vorgesehen.

Deswegen, liebe LINKE, brauchen wir hier sicher kein neues Gremium, keine neue Taskforce, sondern wir brauchen im Grunde eine Entfesselung für den Wohnungsbau in Köln.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Wir sollten diese ganzen Investitions- und Bauhemmnisse mal für fünf Jahre aussetzen, um alle Kräfte darauf zu konzentrieren, Flächen planungs- und baureif zu machen, damit wir Projekte endlich genehmigen lassen und realisieren können. Das ist das, was dem Wohnungsmarkt in Köln guttun würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der planwirtschaftlichen Wohnungsbauverhinderungsmehrheit in diesem Rat, ich kann heute nur noch einmal an Sie appellieren: Kehren Sie um! Befreien Sie unseren neuen Dezernenten von den Fesseln Ihrer gut gemeinten Investitionshemmnisse! Sonst werden die Zahlen noch weiter sinken und ich werde in einem Jahr wieder hier stehen und Ihnen das anhand der aktuellen Zahlen für 2018 beweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

<Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Dem, was Herr Kienitz, Frau Pakulat und Herr Sterck gesagt haben, möchte ich ganz kurz etwas entgegensetzen. - Herr Kienitz, es ist doch so: Sie wissen, dass wir all diese Instrumente, die der Rat beschlossen hat, mit unterstützt haben und auch weiterhin unterstützen werden. Das steht doch völlig außer Frage. So. Aber wir müssen trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass wir von dem Ziel, 6.000 Wohnungen jährlich zu bauen,

weit entfernt sind. Wir dürfen nicht nachlassen, nach den Ursachen zu forschen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sind die Ursache!)

- Herr Sterck, Sie hatten ausreichend Zeit. - Im Übrigen glaube ich nicht, dass wir die Ursache sind. Ich würde eher dazu raten, sich noch mal anzuschauen: Was sind die Ursachen? Warum kriegen wir das nicht hin? Ein Lösungsvorschlag kann sein: Die unterschiedlichen Ausschüsse, die sich mit dem Thema Wohnen befassen, prüfen in einem bestimmten Turnus - ich gebe Ihnen recht: das soll keine „Laber“-Runde sein, die alle drei Wochen tagt, sondern ein- oder zweimal im Jahr -: Woran liegt es vonseiten der Liegenschafts-, der Sozial- und der Stadtentwicklungsverwaltung, dass das eine oder andere nicht schnell genug vorangeht?

Es geht überhaupt nicht darum, gegenüber Herrn Greitemann unhöflich zu sein. Das war nicht unsere Absicht. Es würde mich auch wundern, wenn er das als unhöflichen Akt empfinden würde. Vielmehr geht es bei der Taskforce darum, einen Versuch zu starten, dass die Frage der Wohnungspolitik künftig direkt bei der Frau Oberbürgermeisterin angesiedelt ist. Wir haben bewusst einen ganz zurückhaltenden Duktus in unserem Antrag gewählt, damit klar ist, dass das der Gestaltungsraum der Frau Oberbürgermeisterin ist. Darauf lege ich Wert.

Ich möchte auch noch Folgendes sagen: Frau Pakulat, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie die Frage Fachtagung/Liegenschaftsverwaltung mit uns gemeinsam noch einmal im Liegenschaftsausschuss thematisieren wollen. Da sind wir auch gar nicht eitel. Machen Sie den Antrag! Es wäre richtig gut, wenn wir es schaffen würden, Ende des Jahres eine solche Fachtagung durchzuführen. Herr Kienitz meinte ja, da würde nur eine akademische Diskussion geführt. Nein, das ist gar nicht unser Anliegen. Aber vielleicht wäre es interessant, auch mal zu betrachten, was andere Kommunen in Sachen Liegenschaftspolitik alles machen. Es gibt in Deutschland viele Städte, die das sehr erfolgreich betreiben. Ich sage ja gar nicht, dass wir alles falsch machen. Aber man kann doch mal hinschauen und erfragen, was dort besser gemacht wird als hier. Da steckt also gar kein Aufreger dahinter.

Herr Sterck hatte ja auch noch mal

(Ralph Sterck [FDP]: Zugelangt!)

- genau. Herr Sterck - zugelangt. Sie hatten bemängelt, das Vorkaufsrecht wäre ein Bürokratiemonster, und dazu das Beispiel von Einfamilienhäusern in Dellbrück und im Kölner Süden genannt.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Okay, alles klar. - Aber es ging eben nicht darum, dass dort schon Häuser stehen, sondern es geht darum, dass dort keine Häuser stehen. Und da, finde ich, haben wir jetzt genau das richtige Instrument an der Hand, nämlich zu sagen: Bur-sche, dein Land liegt schon seit drei Jahren brach, du hast noch nicht einmal die Schaufel in die Hand genommen. Wenn das so weitergeht, kaufen wir das Land. - Damit ließe sich der Wohnungsbau beschleunigen. Also haben wir genau das richtige Instrument. Das ist kein Bürokratiemonster. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht. Dann beabsichtige ich, abstimmen zu lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD, zu dem von der Fraktion DIE LINKE Einzelabstimmung beantragt worden war, und dann über den ursprünglichen Antrag der LINKEN ergänzt um Punkt 2 des SPD-Antrags. - War das so gemeint, Herr Detjen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE.]:
Nein!)

- Nein. Sondern?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE.]: Ge-trennte Abstimmung des SPD-Antrags!)

- Und Ihr ursprüngliche Antrag? Ich hatte Herrn Detjen so verstanden, dass Sie Punkt 2 des SPD-Änderungsantrags übernehmen wollen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE.]: Ja!)

- Also doch; okay. - Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wie beantragt, lasse ich zunächst über die Punkte 1 und 3 des SPD-Änderungsantrags abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Enthaltungen von BUNT. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich Punkt 2 dieses Antrags abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich

um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die LINKEN. Enthaltungen? - Sehe ich keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Gesamtabstimmung des Änderungsantrags der SPD. Wer wünscht, dem zuzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist immer noch nur die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Von den LINKEN und der Ratsgruppe BUNT. Dann ist das so abgelehnt.

Ich lasse nun über den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen, erweitert um Punkt 2 des SPD-Antrags. Wer wünscht, dem zuzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist das abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1.5:

3.1.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend „Offenhalten von Verkaufsstellen“ AN/0928/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0941/2018

und ich gebe Herrn Strahl das Wort.

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ein Gruß auch an die tapferen Mitstreiter auf der Zuschauertribüne! Wir folgen mit unserem Antrag den Vorgaben der Landesregierung, die das Gesetz zur Regelung von Ladenöffnungszeiten neu gefasst und die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage präzisiert hat, was vom Landtag so beschlossen worden ist. Zugleich hat sie den Kommunen eine Handreichung gegeben, wie sie damit umgehen mögen.

Konsequenz dieses Vorgehens ist der Dringlichkeitsantrag, den Sie vor sich liegen haben. Er geht sehr genau darauf ein, auf welchen Wissensstand IGS gebracht werden müssen, wenn sie noch Veranstaltungen im zweiten Halbjahr dieses Jahres durchführen wollen, wie die Verwaltung ihnen diesen näherbringt, mit ihnen abgleicht und in einer überschaubaren Zeitspanne derart auf die Schiene stellt, dass Veranstaltungen im September, Oktober, November und unter Umständen auch im Dezember stattfinden

können. Dem wird dieser Antrag gerecht. Das ist das Ziel dieses Antrags.

Wir wissen auch, dass in den letzten Wochen Gespräche mit Vertretern der Interessengemeinschaften stattgefunden haben. Dort ist man sich dahin gehend einig geworden, dass man zum alten Modell der drei verkaufsoffenen Sonntage plus einem für die Innenstadt unter Beteiligung der Geschäftsleute, aber auch der gesellschaftlich relevanten Gruppen wie Gewerkschaften und Kirchen zurückkehren möchte. Dies ist ein gutes Ergebnis. Dies schlägt der Antrag vor, und wir bitten Sie, diesem zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat jetzt das Wort.

<Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Es ist tatsächlich so, dass die Vertreter des Einzelhandels in Köln, insbesondere auch des eigentümergeführten Einzelhandels auf die Fraktionen zugegangen sind, auch auf uns, weil sie durch die Gesamtlage, nämlich ein novelliertes LÖG und die höchstrichterliche Rechtsprechung und die daraus folgenden rechtlichen Konflikte, in einem gewissen Maße verunsichert sind, wie es weitergeht. Soweit wir das als Rat können, möchten wir diese Verunsicherung beseitigen. Deshalb ist das ein Dringlichkeitsantrag. Es soll möglichst schnell klargestellt werden, worum es geht.

Die zweitwichtigste Aussage in diesem Antrag ist sicherlich, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Vertreter des Einzelhandels, sofern sie Anträge stellen, sorgfältig und vor allem auch zügig zu beraten und ihnen entsprechende Hilfen zu geben, wie sie ihre Anträge formal richtig stellen. Das ist sicherlich eine wichtige Aufgabe. Auch sollen die einzelnen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, damit nicht Situationen entstehen, dass für eine Veranstaltung, die an einem Wochenende geplant ist, die Genehmigung erst ein paar Tage vorher erteilt wird, wie es heute zum Beispiel für eine Veranstaltung in Nippes der Fall war, die schon übermorgen stattfindet. Ich denke, das müsste zu bewerkstelligen sein.

Die wichtigste Aussage aus unserer Sicht findet sich sicherlich in Ziffer 1, nämlich dass wir uns darauf verständigen, maximal drei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage im Jahr in den Stadttei-

len zuzulassen. Diese Regelung hat sich bewährt. Schon im Jahre 2006 haben SPD, CDU und Grüne einen Kompromiss gefunden, um den Interessenausgleich zu gewährleisten zwischen den durchaus berechtigten Interessen des Einzelhandels und dem Sonntagsschutz; denn der Sonntagsschutz ist für uns ein sehr hohes Gut.

Neu ist auch - das sieht man schon im Antragskopf -, dass erstmals auch die FDP diesem Kompromiss beiträgt. Das werde ich als Erfolg, weil sie hinsichtlich ihrer Entfesselungspläne eigentlich andere Absichten hat. Aber wir sind ja hier in Köln und nicht im Landtag. An dem, was sich bewährt hat, soll festgehalten werden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: So tief gesunken!)

- Ich wüsste gar nicht, was da tief gesunken ist. Ich finde, es ist ein Erfolg, dass wir hier jetzt eine solide Mehrheit haben, weil auch die SPD dies genauso sieht. Ich wüsste nicht, dass die für Entfesselung ist. Es bleiben also nur noch die LINKEN übrig.

Insofern ist die Sache auf dem richtigen Weg. Aber wir können auch nicht verschweigen, dass wir bei der Anwendung des novellierten LÖG sicherlich auf Probleme stoßen werden, weil die Inhalte dieses LÖG im Konflikt stehen zu den Kernaussagen der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts. Nur, das können wir als Rat der Stadt Köln nicht lösen, sondern das wird, wenn es hart auf hart kommt, vor Gericht ausgetragen. Dies muss für uns aber auch nachvollziehbar und transparent sein, weswegen wir sagen: Die Verwaltung muss uns hier möglichst eng auf dem Laufenden halten.

Wir bekräftigen damit auch den Beschluss vom 28. September 2017. Dieser enthält eine wichtige Passage, die hier jetzt nicht noch einmal explizit zitiert wird, nämlich dass wir die Verwaltung bitten, die Konsensrunde zu reaktivieren. Diese Konsensrunde wird in nächster Zeit, glaube ich, eine viel größere Aufgabe haben, weil dort genau diese Fragestellungen diskutiert werden können: Was ist rechtlich möglich, und was ist rechtlich nicht möglich?

Ich gehe auch davon aus, dass sich die Bereitschaft von Kirchen und Gewerkschaften dahingehend ändern wird, dass auch sie sich in diese Runde begeben werden; denn das immer wieder über den Klageweg zu regeln, wird auf Dauer nicht zu halten sein. Insofern setzen wir auf einen konstruktiven Dialog. Deshalb betone ich

hier noch einmal ausdrücklich: Der Auftrag, diese Konsensrunde einzuberufen und sie zu nutzen, steht nach wie vor. Darauf setzen wir auch. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

<Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war in der Tat keine ganz einfache Geburt, aber ich denke, wir sollten uns über die Geburt dieses Antrags gemeinsam freuen. Der Vordränger der Grünen hat es schon angedeutet. Trotz verschiedener widerstreitender Interessen sind wir übereingekommen, die Verwaltung zu beauftragen, die Neuerungen dieses Ladenöffnungsgesetzes für Köln zu prüfen und umzusetzen.

Uns als Liberale, die wir primär auch eigene Vorschläge eingebracht haben, war natürlich daran gelegen, die Möglichkeiten, die das Gesetz gibt, weitestgehend auszuschöpfen. Ich freue mich, dass die CDU sich dem Thema ebenfalls angenommen hat. Wir wissen von der Schwierigkeiten der CDU aufgrund ihrer traditionellen Nähe zur katholischen, aber auch zur evangelischen Kirche.

Herr Frank, wir finden es auch sehr bemerkenswert, wie Sie versuchen, den Spagat hinzubekommen, einerseits in Düsseldorf gegen dieses Gesetz anzukämpfen zu müssen und andererseits für Köln eine pragmatische Lösung zu finden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Wir bedauern allerdings sehr, dass die SPD sich die Chance hat entgehen lassen, den großen Konsens mitzugestalten. Wir alle hier haben einen etwas beleidigt klingenden Ersetzungsantrag auf den Tischen vorgefunden. Die SPD möchte natürlich nicht am Spielfeldrand stehen, sondern doch irgendwie mittun. Aber die SPD vergibt hier eine Chance. Die SPD wird uns vermutlich gleich erzählen: Wir müssen in der Konsensrunde zwingend einen Konsens herbeiführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, es war doch gerade die Konsensrunde, die es im November nicht hinbekommen hat. Es waren doch gerade die Gewerkschaften, namentlich Verdi, die die Konsensrunde gesprengt haben.

(Beifall bei der FDP)

Mein Appell - das wäre auch Lackmustest dafür, dass Sie an einem Konsens interessiert sind - ist: Führen Sie das Gespräch mit ihren Genossen und Kollegen von Verdi und arbeiten Sie hier aktiv mit!

Der Konsens ist auch Gegenstand des Gesetzes. Wie von Kollege Strahl erwähnt, gibt es eine Handreichung des Ministeriums in Düsseldorf, namentlich eine Anwendungshilfe für die Kommunen. Darin steht auf Seite 2 - ich zitiere -:

Empfehlenswert ist eine frühzeitige Einbindung der örtlichen Akteure ...

Auf Seite 3 heißt es ausdrücklich:

Wo möglich, sollten konsensuale Lösungen verfolgt werden ... (denkbar sind Einrichtungen wie ein kommunaler Runder Tisch).

Also: Hier hat der Gesetzgeber genau das aufgenommen, was wir hier in Köln in den letzten Jahren schon gemacht haben. Deswegen können wir als Liberale mit vollem Herzen zu diesem Gesetz stehen.

(Beifall bei der FDP)

Was ist das Ziel? Das Gesetz gibt uns die Möglichkeit, die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage zu erhöhen. Ich räume ein: Meine Fraktion hätte sich mehr als drei verkaufsoffene Sonntage pro Verkaufsstelle gewünscht. Dennoch sind wir auch Pragmatiker und wissen, dass die Einzelhändler in Nippes oder in Longerich wahrscheinlich gar nicht mehr als drei verkaufsoffene Sonntage stemmen können. Deswegen können wir einstweilen auch mit drei Sonntagen sehr gut leben. - Das ist das eine.

Uns kommt es zweitens darauf an, dass den Einzelhändlern, den IGs, die uns alle ja in den letzten Wochen bearbeitet haben, eine klar definierte, anwendungsfeste Handreichung gegeben wird. Es müssen klare Vorgaben seitens der Verwaltung gemacht werden. Ich glaube, der Kollege Dr. Keller wird vollen Einsatz bringen, um es den Einzelhändlern leicht zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Last, but not least: In Richtung SPD und auch als kurze Erwiderung auf das, was Sie, Herr Frank, gesagt haben: Sie führen die Rechtssicherheit an. Sie haben vollkommen recht: Rechtssicherheit ist ein hohes Gut. Rechtssicherheit gibt den

Händlern Planungssicherheit, damit sie ihre verkaufsoffenen Sonntage durchführen können. Aber: Wir dürfen natürlich nicht vergessen, woher Rechtsunsicherheit faktisch kommt. Deswegen meine Bitte an all diejenigen in der CDU aus der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, an die Grünen und vor allem an Sie, Herr Joisten, als Vertreter von Verdi: Sprechen Sie mit Verdi! Denn: Verdi, das ist der Klageführer. Wenn Verdi mitspielt, haben wir von heute auf morgen Rechtssicherheit. Und das wäre doch ein toller Kölner Konsens. Sie haben es in der Hand.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten hat jetzt das Wort.

<Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche hier heute nicht als Verdi-Sekretär - das will ich klar betonen -, sondern als Vertreter der SPD-Fraktion, und das ist mir ganz wichtig. Wir sind zwar traditionell, aus unserer Geschichte heraus sehr eng verbunden mit den Gewerkschaften; dennoch erlauben wir uns beide, die Gewerkschaften wie auch wir als SPD, eine eigene Meinung, und die will ich Ihnen heute in Sachen Sonntagsöffnung vortragen und kann dazu vorwegnehmen: Selbstverständlich steht die SPD in Köln zu dem langjährigen Kompromiss von drei Sonntagsöffnungen pro Veedel und pro Stadtteil. Das haben wir in der Tat seit langem so vereinbart. Wir sind auch der Meinung, dass sich das bewährt hat. Verbunden mit den Festen und Veranstaltungen in den Veedeln ist das gut für Köln und gut für den Einzelhandel in Köln.

Ich bin allerdings schon ein wenig verwundert, dass Sie, Herr Görzel, hier jetzt so tun, als wäre der Weg, über die Konsensrunde Rechtssicherheit für diese verkaufsoffenen Sonntage herzustellen, in irgendeiner Weise von Ihnen intendiert, von Ihnen beabsichtigt. Ich kann dazu nur sagen: Wir haben bis eben versucht, lieber Herr Görzel, darüber mit der FDP eine Einigung zu erzielen, aber es wurde klar gesagt: Die Konsensrunde kommt da nicht rein. Insofern muss ich hinter das, was Sie hier gesagt haben, ein großes Fragezeichen setzen. Genau das war der Knackpunkt. Wir verwehren uns doch gar nicht und wären auch sehr interessiert daran gewesen - das sage ich in aller Deutlichkeit -, hier gemeinsam ein starkes Signal zu setzen.

Uns ist nicht nur wichtig, die Arbeitnehmerinteressen in den Prozess einfließen zu lassen, sondern genauso wichtig ist es - lieber Herr Görzel, das muss doch auch in Ihrem Sinne und im Sinne vieler Vorredner sein -, Rechtssicherheit zu schaffen. Man muss doch klar erkennen: Wer hat bisher im Zweifelsfall vor Gericht Recht bekommen? Das war Verdi. Das heißt: Wir haben die Rechtssicherheit hier noch nicht hinbekommen.

Den Appell, den Sie an uns gerichtet haben, nehme ich gerne auf, will Ihnen aber sagen: Wir haben längst das Gespräch gesucht und den Gesprächsfaden aufgenommen, sowohl mit den Interessengemeinschaften als auch mit Verdi, um da Brücken zu bauen. Wir sind sehr interessiert daran. Sie aber torpedieren mit Ihrer Haltung „keine Konsensrunde“ genau dieses Vorhaben, und das kann ich nur ganz klar verurteilen und ablehnen. Das ist nicht der richtige Weg für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Noch einmal: Es geht uns hier ganz klar um den Einzelhandel. Ich erlebe das ganz konkret; Sie wissen, dass ich da auch ein Porzer Streiter bin. Wenn die Planungssicherheit für die Akteure vor Ort fehlt - das haben wir ja im Wirtschaftsausschuss zuletzt erlebt -, müssen am Ende Veranstaltungen abgesagt werden. Das ist nicht im Interesse der Veedel. Das ist nicht im Interesse der Einzelhändler. Das ist auch nicht im Interesse der Vereine und Organisationen vor Ort. Insofern brauchen wir Konsens, und wir brauchen einen gemeinsamen Weg. Deswegen würde ich mich sehr freuen, Herr Görzel, wenn Sie in dem Duktus und in dem Sinne, was Sie eben gesagt haben, mit der Formulierung unseres Antrags, den wir Ihnen gerade zugestellt haben, leben könnten. Dann können wir heute noch einen breiten Konsens herstellen. Aber, wie gesagt, die Aussage Ihres Fraktionsgeschäftsführers war: Die Konsensrunde kommt da nicht rein.

Deswegen kann ich jetzt nur noch mal bei Ihnen dafür werben, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Er sieht ganz klar vor, diejenige zu beauftragen, die die Expertise hat und die die Handreichung des Landes in allen Absätzen sehr genau studiert hat, nämlich die Verwaltung, was auch vor dem Hintergrund bereits gefällter Urteile wichtig ist. Denn Ihr LÖG, Ihr Ladenöffnungsgesetz, Herr Görzel und liebe CDU, ist doch ein Rohrkrepiere. Es sorgt nicht für Verbesserungen und für Rechtssicherheit, sondern es sorgt eher für Verunsicherung. Die ersten Urteile gingen schon klar zugunsten der Gewerkschaften und zuungunsten lokaler Veranstaltungen aus.

Noch einmal: Wir brauchen dazu klare Festlegungen. Wir brauchen die Verwaltung, die das vorbereitet. Wir brauchen eine Konsensrunde. Auf Basis dessen, was dort besprochen wird, können wir hier, glaube ich, auch für die Zukunft eine gute Festlegung für Köln treffen. In diesem Sinne ist unser Änderungsantrag konstruktiv gedacht. Bringen Sie sich ein! Beschließen Sie den mit! Dann sind wir vielleicht schon in zwei oder drei Monaten weiter und können ein ganz klares Verfahren zum weiteren Umgang mit dem LÖG beschließen. Das ist unser Angebot an Sie alle hier, aber auch an den Einzelhandel da draußen in der Stadt.

In diesem Sinne freue ich mich auf Ihre Zustimmung und wünsche uns jetzt noch gute Beratungen, vor allem aber einen guten verkaufsoffenen Sonntag in Nippes, der ja unmittelbar bevorsteht. Dem haben wir ausdrücklich zugestimmt, weil wir glauben, das ist gut für Nippes. Ich hoffe, wir sehen uns alle dort am Wochenende wieder. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag von der CDU, der FDP und den Grünen ist insoweit interessant, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlags eigentlich nur eine Wiederholung ist. Heute wurde schon mehrfach gesagt, DIE LINKE würde angeblich nur Anträge stellen und beschließen lassen wollen, zu denen in der Vergangenheit schon Beschlüsse gefasst worden sind. Jetzt machen Sie dasselbe, indem Sie etwas bekräftigen, was wir schon im September letzten Jahres beschlossen haben. Wir haben damals drei verkaufsoffene Sonntage beschlossen. DIE LINKE hat dem auch zugestimmt. Insofern sehe ich keine Notwendigkeit, das hier jetzt noch einmal zu bekräftigen. Der Beschluss ist bereits gefasst. Aber schön ist, Herr Frank, dass Sie jetzt auch die FDP mit ins Boot geholt haben.

In Punkt 2 schlagen Sie vor, die Verwaltung zu beauftragen, die Interessengemeinschaften des Kölner Einzelhandels auf „die Genehmigungserfordernisse für verkaufsoffene Sonn- und Feiertage hinzuweisen und diese fachlich zu beraten.“ Mein Verständnis von Verwaltung ist, dass sie das sowieso tun muss. Es ist doch originäre Auf-

gabe von Verwaltung, auf Neuerungen hinzuweisen und dahin gehend zu beraten. Das in den Antrag mit aufzunehmen, halte ich für völlig unnötig.

In Punkt 3 geht es darum, dass bei Änderungsbedarfen für Ordnungsbehördliche Verordnungen von der Verwaltung unverzüglich entsprechende Vorlagen dem AVR vorzulegen sind. Das Problem in Nippes war doch die kurze Vorlaufzeit von nur sechs Wochen. Der Wirtschaftsausschuss musste in einer Sondersitzung darüber entscheiden. Das umzusetzen, wird ohnehin problematisch werden. Herr Dr. Keller hat in der Sitzung gesagt, ihm wäre es lieb, wenn im AVR schon am Ende des Jahres für das Folgejahr über diese ordnungsbehördlichen Veranstaltungen komplett entschieden werden könnte und nicht immer nur peu à peu, alle paar Wochen.

Ich möchte auf Punkt 1 Ihres Antrags zurückkommen. Dieser wurde, wie gesagt, aus dem alten Beschluss übernommen. Da frage ich mich, ehrlich gesagt: Liebe Antragsteller, warum haben Sie da nicht auch die Konsensrunde mitaufgenommen?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich meine, Punkt 1 ist eine Wiederholung. Dann hätten Sie doch auch Punkt 2 des Beschlusses aufnehmen können. Dann hätten wir diesen Antrag eventuell mitgetragen. Aber ohne Konsensrunde ist das nicht möglich.

Wir werden dem Änderungsantrag der SPD zustimmen, weil dieser Antrag, was die weitere Entwicklung der Sonntagsöffnung angeht, zielführender und vernünftiger ist. Man muss in Bezug auf Sonntagsöffnungen Vernunft walten lassen. Glauben Sie ernsthaft, dass ohne Konsensrunde, ohne Beteiligung der entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen Ruhe in die Sache kommt? Schauen Sie sich mal die aktuellen Entscheidungen dazu an! Ich verweise hier nur auf die Entscheidung des OVG NRW zu den Ladenöffnungszeiten der Stadt Kreuztal, die besagt: Die neuen gesetzlichen Regelungen des LÖG sind kein Freifahrtsschein, das öffentliche Interesse muss gegeben sein. Das ist ein Regel-Ausnahme-Prinzip. Sie haben aus der neuen Regel im LÖG nur die Möglichkeit der Ausweitung von Ausnahmegenehmigungen herausgelesen; Sonntagsöffnungen sind in Ordnung, der gebotene Schutz des Sonn- und Feiertags aber nicht. Aber so funktioniert das nicht. So kann keine Rechtssicherheit hergestellt werden.

Konsens ist möglich. Den muss man aber auch wollen. Ich erkenne an Ihrem Antrag: Sie sind an einem Konsens nicht interessiert. Ich lese dort heraus, dass Sie an einen Konsens auch nicht mehr glauben wollen. Ihnen geht es in Ihrem Antrag lediglich um die Unterstützung der Interessengemeinschaften des Kölner Einzelhandels. Im besten Falle prüft die Verwaltung alle Voraussetzungen und gibt dann ihre Zustimmung, oder wie darf man das verstehen? Herr Dr. Keller muss also demnächst prüfen, ob alle diese Anträge rechtssicher sind, damit Verdi nur ja nicht dagegen klagt. Aber so funktioniert das nicht.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Strahl zu?

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Bitte, ja.>

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sie beklagen, dass wir mit einer Wiederholung angefangen hätten. Ist Ihnen klar, dass der Antrag vom 28.09.2017 die Konsensrunde enthält?>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Ich habe die Frage nicht verstanden. Was war die Frage jetzt genau?>

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ob Ihnen klar ist, dass dieser Antrag die Konsensrunde im Grunde inkludiert?>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Ja, Herr Strahl, das ist es doch genau. Sie nehmen den Beschlusspunkt 1 des damaligen Beschlusses in Ihren Antrag mit auf. Dann nehmen Sie doch auch - das besagt ja der Antrag der SPD - den Beschlusspunkt 2 mit auf. Was stört Sie daran? Nehmen Sie den doch mit auf! Dann können wir Ihrem Antrag auch zustimmen. Ich weiß nicht, was Sie wollen, Herr Strahl.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)>

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): Nein, das stimmt doch so nicht.>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Genauso ist es doch. Lesen Sie doch den Beschluss, Herr Strahl!>

<Dr. Jürgen Strahl (CDU): In diesem Beschluss steht die Konsensrunde drin. Wenn wir jetzt darauf verweisen, heißt das doch nicht, dass wir dahinter zurückgehen wollen.>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Ich kenne den Beschluss, Herr Strahl. Nehmen Sie einfach den zweiten Beschlusspunkt, nämlich die Konsensrunde, in Ihren Antrag mit auf! Dann können wir dem auch zustimmen.

Ich möchte noch auf eine Sache eingehen. Herr Görzel, Sie haben hier gesagt, Verdi hätte die Konsensrunde gesprengt.

(Volker Görzel [FDP]: So ist es!)

Ganz ehrlich, Herr Görzel: Auch durch Wiederholung wird eine Behauptung wie diese nicht wahrer.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel direkt dazu.

<Volker Görzel (FDP): Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass Verdi an der letzten Konsensrunde am 4. November 2017 in Kalk nicht teilgenommen und dort unentschuldigt gefehlt hat? Ist Ihnen das bekannt?>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Herr Görzel, das ist mir bekannt.>

<Volker Görzel (FDP): Gut. Vielen Dank für die Klarstellung.>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Herr Görzel, Sie sollten nicht länger darauf herumreiten. Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Wir haben zuletzt zehn Sonntagsöffnungen beschlossen. Verdi hat sich zu allen Sonntagsöffnungen geäußert und fünf für konform gehalten. Aber das war Ihnen einfach zu wenig. Sie möchten, dass Verdi einfach über alles hinwegsieht und allen zehn zustimmt. Aber das ist eben nicht Verdi. Verdi ar-

beitet anders. Das muss man auch so akzeptieren. Sie wissen selber, dass Verdi viele Gerichtsverhandlungen gewonnen hat.

(Beifall bei der LINKEN - Volker Görzel [FDP]: Aber nicht alle!)

- Aber viele, Herr Görzel. Das wissen Sie sehr gut.

Meine Redezeit ist zwar schon abgelaufen, aber ich will zum Schluss noch sagen: Wichtig ist, dass Sie, wenn Sie in der Entwicklung der Sonntagsöffnungen wirklich weiterkommen möchten, die Konsensrunde reaktivieren. Sie müssen mit den Gewerkschaften reden. Sie müssen mit den Kirchen reden. Anders wird es nicht funktionieren.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Herr Görzel, tun Sie doch nicht so! Sie wollen das doch nicht.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Gut, wie auch immer.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen. Aber dann muss ich wirklich auf die Zeit achten. - Bitte, Herr Joisten.

<Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da ich jetzt keine Frage an Herrn Görzel stellen kann, sondern nur an Frau Tokyürek, frage ich jetzt Frau Tokyürek, nur um das noch einmal klarzustellen, ob sie sich auch daran erinnern kann, dass sich Verdi sehr wohl zu diesem Termin entschuldigt hatte ob der Kurzfristigkeit und ob dieses Termins mitten in den Herbstferien und damit den Vorschlag verbunden hatte, einen weiteren Termin einzuberufen, an dem die Kirchen und auch Verdi teilnehmen können. Können Sie sich daran erinnern, Frau Tokyürek?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

<Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Herr Joisten, ich kann mich daran erinnern. - Herr Görzel, Sie hören es. Ich appelliere an die Vernunft der Antragsteller: Nehmen Sie die Konsensrunde mit auf! Dann können wir darüber noch diskutieren. Ansonsten werden wir dem Antrag der SPD zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht mehr. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD und dann über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den ursprünglichen Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Enthaltungen von Rot-Weiß. Dann ist dem Antrag zugestimmt.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Wahl der Oberbürgermeisterin zur Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke Köln GmbH“ AN/0927/2018

Wer spricht dazu? - Herr Dr. Elster.

<Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nachdem die Dringlichkeit zu Beginn von Ralph Sterck hinlänglich begründet worden ist, möchte ich mich inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzen und zunächst noch einmal zusammenfassen, vor welcher Herausforderung wir als Rat der Stadt Köln heute stehen.

Zum einen haben wir die Pflicht, eines der wichtigsten Gremien im Stadtwerke Konzern wieder uneingeschränkt handlungsfähig zu machen. Dazu muss man festhalten, dass Stand heute drei Sitze im Aufsichtsrat nicht besetzt sind und dass dem Gremium insbesondere auch eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender fehlt. Die aktuelle Terminlage ist so - Ralph Sterck hatte es eingangs gesagt -, dass bereits am 29. Juni die nächste Aufsichtsratssitzung am Parkgürtel stattfinden wird.

Zum anderen möchte ich an die Ratssitzung am 3. Mai erinnern. Dort wurde in allen Beiträgen der Wunsch nach mehr Transparenz, nach mehr Klarheit, nach mehr Sicherheit und Nachvoll-

ziehbarkeit für die künftigen Besetzungsverfahren geäußert.

Damit liegen also zwei wesentliche Aufgaben vor uns. Die eine kann und muss jede beteiligte Partei erst einmal für sich selbst herausarbeiten. Das tut die eine Partei eher mehr - da schaue ich in die Mitte des Ratssaals -, während die andere Partei - da schaue ich ein bisschen nach links in den Ratssaal - dies eher weniger tut.

Für uns als CDU Köln kann ich jedenfalls festhalten, dass wir eine übergreifende Kommission eingerichtet haben unter Führung unseres Bürgermeisters Hans-Werner Bartsch und der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Gisela Manderla. Diese Kommission befasst sich unter anderem damit, ob der Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln so noch zeitgemäß ist oder ob er an der einen oder anderen Stelle konkreter gefasst werden muss. Sie wird sich auch damit befassen - das ist der Hauptfokus -, wie unsere parteiinternen Richtlinien sich weiterentwickeln müssen. Diese parteibezogene Aufarbeitung ist allerdings nur eine Seite der Medaille.

Die zweite wesentliche Aufgabe muss aus verständlichen Gründen vom Aufsichtsrat des Stadtwerke Konzerns selbst gestemmt werden. Deswegen müssen wir zunächst dafür sorgen, meine Damen und Herren, dass dieses Gremium sukzessive wieder uneingeschränkt handlungsfähig wird. Zwei der drei Vakanzten werden ja heute wohl unter TOP 17 nachbesetzt.

Damit rückt selbstverständlich auch der künftige Vorsitz dieses Gremiums in den Fokus. Es ist doch wohl unzweifelhaft, meine Damen und Herren, dass dieser Aufsichtsrat eine wirklich starke Führung benötigt. Diese Position kann letztlich nur unter den Mitgliedern gefunden werden, die vom Anteilseigner, also vom Rat der Stadt Köln, in den Aufsichtsrat entsendet worden sind. Vor allem in Bezug auf unsere oben erwähnte einmütige Forderung nach mehr Klarheit, Sicherheit und Transparenz gibt es dafür unseres Erachtens nur eine Alternative, nämlich die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Sie war eben nicht in dieses problematische Verfahren involviert, sondern hat entscheidend dazu beigetragen, die kritischen Vorgänge zu stoppen. Sie hat damit dem Aufsichtsrat die Möglichkeit gegeben, das gesamte Verfahren neu zu ordnen. Wenn sie dieses Gremium künftig als Vorsitzen-

de leitet und steuert, ist das nur die konsequente Fortführung ihres bisher landauf, landab unisono begrüßten Einsatzes.

Wir danken der Oberbürgermeisterin für ihre Bereitschaft, sich in dieser schwierigen Situation der Herausforderung zu stellen und den Vorsitz dieses Aufsichtsrats zu übernehmen. Sie hat dafür die volle Unterstützung und das Vertrauen der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

<**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Ich glaube, der Rat der Stadt Köln ist sich einig, dass wir uns hier in einer Sondersituation, vielleicht sogar in einer Ausnahmesituation befinden. In Sonder- oder Ausnahmesituationen braucht es auch besondere Maßnahmen. Wir alle wissen, dass die Oberbürgermeisterin dieser Stadt Schaden von uns allen und vor allem auch von der Stadt abgehalten hat, weil sie loyal, konsequent und ihren Prinzipien folgend gehandelt hat, und dafür danken wir Grüne ihr von ganzem Herzen. Ich glaube, die CDU dankt ihr auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Ich finde, mit Blick auf die aktuelle Situation ist es fast schon schändlich, dass die SPD sich diesem Dank nicht anschließen kann. Vielleicht überfordert es die SPD auch, Einsicht zu zeigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Herr Krupp hat eben die Dringlichkeit abgelehnt, weil Sie erst noch weiter aufklären wollen. Ehrlich gesagt, das sind doch einfach nur Worthülsen. Ich merke vom Aufklärungswillen bei der SPD gar nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der und der FDP - Zuruf von der SPD: Bei euch aber auch nicht!)

- Ich glaube schon, dass man den bei uns merkt. - Die SPD will am alten System festhalten. Wenn die SPD jetzt davon spricht, dass die Oberbürgermeisterin in der Börschel-Affäre auch

eine Rolle hatte, dann sage ich: Ja, sie hatte eine Rolle, eine sehr, sehr positive Rolle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Sie hat etwas verhindert, was verhindert werden musste. Sie sollte nun auch das Recht haben, die Aufklärung weiter voranzutreiben. Dabei unterstützen wir sie. Das kann sie in der Rolle als Aufsichtsratsvorsitzende am besten.

Die Prozesse bei den Stadtwerken müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Rollenverständnis von einigen Stadtwerke-Mitarbeitern muss aufgearbeitet und kritisch hinterfragt werden. Dazu braucht es einer klaren Führung an der Spitze des Aufsichtsrates. Deswegen unterstützen wir die Initiative, die von der FDP auf den Weg gebracht worden ist, dass die Oberbürgermeisterin hier Aufsichtsratsvorsitzende wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, um einmal in die Zukunft zu schauen, also nicht nur zu sagen: Wo kommen wir her?, sondern auch: Wo wollen wir hin? Das ist der wichtigste Konzern, den wir in dieser Stadt haben. Man kann es daher auch strukturell als durchaus legitim empfinden, wenn das Oberhaupt dieser Stadt auch das wichtigste kommunale Unternehmen führt. Deswegen, glaube ich, macht es strukturell Sinn in der aktuellen Situation, das Stadtoberhaupt zur Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu machen.

Ich würde mich freuen - ich glaube, das wäre ein klares Signal in die Stadtgesellschaft, die auch einen Vertrauensverlust erlitten hat -, wenn das von allen demokratischen Parteien in dieser Stadt mitgetragen wird und dies nicht zu einem Ränkespiel der Macht wird, worauf es vielleicht hinauslaufen könnte, wenn nicht alle demokratischen Parteien dem zustimmen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

<**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht doch. Ich habe die CDU und die Grünen gerne vor mir reden lassen. Ich fand die Reden auch der Sache an-

gemessen. Ich weiß, dass das ein schwieriger Gang ist. Aber wenn man einen Neuanfang machen will - und den brauchen wir -, muss man auch solche Reden halten, und dafür bedanke ich mich.

(Beifall bei der FDP)

Hier ging es um die Frage - deshalb hat die FDP auch die Initiative ergriffen -: Deal or No Deal? Es gab schon einen Deal, der dazu geführt, dass wir alle, wir Kölner Ratspolitiker, in der Öffentlichkeit nicht gut dastehen. Deshalb war die Frage, wie wir uns konstituieren und Verhandlungen führen. Wir kennen das ja auch. Wenn es um die Besetzung der Ausschussvorsitzenden geht, müssen wir auch so vorgehen, wobei uns da der Gesetzgeber hilft. In gleicher Weise müssen wir auch agieren, wenn wir Aufsichtsratsvorsitze besetzen. Das muss selbstverständlich sein, und das tragen wir in der Form auch mit. Und dennoch wurde damals ein Deal ausgehandelt.

Nach dem was passiert ist, stellen Sie sich doch bitte einmal vor, wie das in der Öffentlichkeit ankommt, dass die SPD jetzt sagt: Deal! Ihr habt uns damals den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden gegeben. Wir haben daher das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung. - Dafür werden die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir können den Menschen draußen nicht erklären: Die SPD hat das Vorschlagsrecht. Wollen Sie in Ihre Wahlkreise gehen und Ihren Wählerinnen und Wählern das sagen? Ich kann das nicht. Darum hat meine Fraktion überlegt, was sie tun kann. Ich gebe zu - man hört ja immer gern, wer mit wem telefoniert -, ich habe die Kölner Oberbürgermeisterin angerufen und sie gefragt, ob sie als die Erste Bürgerin unserer Stadt bereit wäre, dieses schwierige Amt in dieser schwierigen Zeit zu übernehmen. Ich habe das gerne gemacht, und ich freue mich, dass sie das zugesagt hat. Darum steht das im ersten Satz unseres Antrags auch so drin, liebe Presse. Ich hatte bei ihr auch nachgefragt, ob wir das in unseren Antrag mit aufnehmen können.

Das ist auch richtig; denn wir brauchen einen Neuanfang. Wir müssen aufklären, wie das vorstattgegangen ist. Ich kenne solche Sachen aus anderen Gremien nicht.

(Lachen bei der SPD)

- Da lacht die SPD. Ihr habt es immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann als Viererausschuss einem Aufsichtsrat nicht eine Tischvorlage vorlegen, nach der eine Stelle geschaffen, eine Bestellung vorgenommen und der Vertrag geschlossen werden soll. Das geht nicht. Da habe nicht nur ich ein Störgefühl; das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger so, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. So kann man nicht vorgehen.

Ich frage mich bis heute, wieso der Unterausschuss als vorberatendes Gremium den Vorschlag des Personalberaters ausgeschlagen und ihn dennoch bezahlt hat. Das muss doch im Aufsichtsrat - ich habe das nicht nur im Aufsichtsrat der RheinEnergie, damals noch unter dem Vorsitz von Herrn Klipper, erlebt - beschlossen werden. Selbstverständlich kann der Viererausschuss eine Auswahl treffen. Aber er hat keine Finanzhoheit und kann Aufträge dieser Art gar nicht erteilen und am Aufsichtsrat vorbei agieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, hier brauchen wir einen Neuanfang. Der Anfang wird nach meiner Meinung mit der Ersten Bürgerin dieser Stadt, unserer Oberbürgermeisterin, am besten gelingen; denn sie hat das rechtskonform gelöst, indem sie immer wieder diese Unterlagen eingefordert hat. Darum geht es. Lassen Sie sich nicht verwirren von irgendwelchen Artikeln in der Presse.

(Lachen bei der SPD)

- Da lacht die SPD schon wieder. Sie haben daraus immer noch nicht gelernt. Nur weil Sie immer von Ihren Deals ausgehen, heißt das nicht, dass auch anderswo Deals gemacht werden müssen. - Rechtskonform ist, wenn man die Unterlagen verlangt. Wenn man die Unterlagen nicht bekommt, legt man Widerspruch ein. Das hat die Oberbürgermeisterin getan, und das war richtig so.

(Beifall bei der FDP sowie bei Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich hoffe, unserem Aufruf, Sie, Frau Oberbürgermeisterin, zur Aufsichtsratsvorsitzenden des Stadtwerke Köln GmbH zu wählen, wird gefolgt. Das wäre der Neuanfang. Ich möchte mit dem Zitat eines früheren Oberbürgermeisters unserer Stadt enden. Konrad Adenauer hat einmal gesagt:

Man darf niemals „zu spät“ sagen. Auch in der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.

Und diesen wollen wir hiermit machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:
Wünscht die SPD das Wort? -

(Dr. Gerrit Krupp [SPD] Ja!)

Herr Börschel? -

(Martin Börschel [SPD]: Herr Krupp!)

- Herr Krupp, okay. - Dann bitte.

<Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben den Reden des Jamaika-Bündnisses sicherlich gut zugehört. Ich kann dazu nur sagen: Da hatten wohl einige etwas wiedergutzumachen. Genießen Sie den Moment! Mit diesen unsicheren Kantonisten werden Sie sicherlich noch andere Zeiten erleben. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag, die Oberbürgermeisterin als Aufsichtsvorsitzende des Stadtrats zu empfehlen, findet in der Tat nicht unsere Zustimmung. Er ist auch einigermaßen ungewöhnlich. Normalerweise mischt sich der Rat nicht ein, wer Aufsichtsvorsitzender in den Gremien wird.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Hier wurde ja eben das Hohelied der Transparenz gesungen. Ich weiß nicht, ob Sie auch mit den Arbeitnehmervertretern gesprochen haben. Die sind ja nicht ganz unwichtig. Sie sitzen nämlich auch in diesem Aufsichtsrat, und die wissen davon nichts. Entsprechend begeistert sind sie von der Transparenz, mit der dieser Antrag auf den Weg gebracht wurde. - So viel sei hier mal angemerkt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir finden aber nicht nur dieses Verfahren kritisch; wir sehen es in der Tat auch inhaltlich kritisch, die Oberbürgermeisterin jetzt, in dieser Situation zur Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu machen. Das ist keine adäquate Lösung. Die SWK sind in schwerem Fahrwasser. Daher wäre

es angebracht, eine externe Lösung zu finden, also jemanden, der an der ganzen Sache, in welcher Rolle auch immer, nicht beteiligt war.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier und heute über die Rolle der Oberbürgermeisterin in dieser Sache zu sprechen. Ich lese auch nur die Zeitungen und kann hier nur um Aufklärung bitten. Daher will ich das jetzt nicht vertiefen. Ich kann dazu nichts beitragen, sondern nur sagen: Die Beteiligten sind angehalten, die Geschehnisse aufzuklären. Das gilt auch für die Oberbürgermeisterin. Bis das nicht geschehen ist, sehe ich es nicht als adäquat an, jemanden, der in dieser Sache, sei es in einer schlechten oder in einer guten Rolle, beteiligt war, für den Aufsichtsratsvorsitz zu empfehlen. Das hat im Übrigen auch nichts mit politischen Erwägungen zu tun, sondern das dient dem Schutz der betroffenen Personen und dem Schutz des Unternehmens, das Stabilität braucht und keiner Überraschungen mehr bedarf.

Deshalb hat die SPD eben nicht irgendeinen Ratspolitiker vorgeschlagen, der hier den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen soll, sondern eine veritable Persönlichkeit - sie ist Ihnen allen bekannt -, die sich in dieser Stadt Meriten erworben hat und, glaube ich, von jedem Verdacht frei ist. Warum dieser Vorschlag hier überhaupt nicht aufgenommen wird, sondern die Gelegenheit allein dafür genutzt wird, die Frau Oberbürgermeisterin mithilfe des Reker-Bündnisses zur Aufsichtsratsvorsitzenden zu machen und das an den Arbeitnehmervertretern vorbei, das erschließt sich mir nicht ganz.

Frau Jahn, Sie hatten uns vorgeworfen, wenn wir dem hier nicht zustimmten, wäre das ein Ränkespiel. Ich finde es schon ein bisschen schwierig, uns ein Ränkespiel zu unterstellen, weil wir hier von unserem demokratischen Recht Gebrauch machen, anderer Meinung zu sein und diese auch zum Ausdruck zu bringen. Ich lese nur Zeitung. Wenn es stimmt, was Herr Baumanns geschrieben hat, hat die grüne Ratsfraktion zwei Tage vorher über die Personalie beschlossen mit zwei Gegenstimmen. Wenn dem so war,

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stimmt nicht!)

dann kann ich nur sagen: Das ist schon reichlich bigott. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie
Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage an Herrn Dr. Krupp.

<**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde Sie gern fragen, ob die Arbeitnehmerschaft denn von Ihrem Vorschlag weiß. Die Information müsste ja dann auch relativ zügig erfolgt sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

<**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Gehen Sie einmal davon aus. Herr Joisten hat ja eben beschrieben, dass wir traditionell den Gewerkschaften verbunden sind.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir sind auch mit denen verbunden!)

Ich sage nicht, dass die Arbeitnehmervertreter davon wissen. Ich sage nur: Wir werden es jedenfalls nicht an den Arbeitnehmern vorbei machen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir reden über einen Betrieb, eine Firma, den Stadtwerke Konzern, der unter die paritätische Mitbestimmung fällt. Das heißt: Im Aufsichtsrat sitzen zur Hälfte Arbeitnehmervertreter und zur Hälfte Anteilseigner. Diejenigen, die den Antrag gestellt haben, haben von den 20 Sitzen im Aufsichtsrat genau fünf. Im Übrigen sitzt man im Aufsichtsrat nicht für DIE LINKE oder für die CDU, sondern man sitzt dort für die Stadt Köln.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Genau so ist das. Deswegen ist der Antrag dieser drei Parteien in gewisser Weise eine Unverschämtheit. Man hätte Sie, Frau Oberbürgermeisterin, und alle anderen Anteilseigner, die im Aufsichtsrat sind - ich bin zum Beispiel im Aufsichtsrat des Stadtwerke Konzerns -, fragen müssen: Wie siehst du das denn? Die Arbeitnehmervertreter haben Sie nicht angerufen. Ich habe Herrn Kraus vorhin angerufen und ihn gefragt: Kennen Sie das? Darauf hat er gesagt: Nein, wir kennen das nicht und können dazu nichts sagen. - Sie schaffen also eine unmögliche Situation, indem Sie jemanden vorschlagen, ohne mit allen Anteilseignern und ohne mit den

Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen. Meine Damen und Herren, verstehen Sie das unter Transparenz? Ich würde sagen: Das ist intransparent.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, selbst wenn man Sie gefragt hätte - Herr Breite hat Sie ja anscheinend gefragt -, wäre es doch angezeigt gewesen, ihm zu sagen: „Ich überlege mir das“ und dann die Anteilseigner anzurufen und sie zu informieren: Herr Breite schlägt das vor. Wie sehen Sie das? - So wäre ich vorgegangen, so hätte ich es gehandhabt.

Sie standen aber wegen des Artikels im *Express* heute etwas unter Dampf, klar. Deswegen haben Sie diesen undiplomatischen Weg gewählt. Das, was Sie mit diesem Antrag machen, ist doch total undiplomatisch. Sie haben weder alle Anteilseigner gefragt noch haben Sie die Arbeitnehmervertreter gefragt, sondern haben einen Schnellschuss gemacht, nur um jetzt selbst die Initiative zu ergreifen. Deswegen finde ich Ihr Vorgehen unverschämt.

Der Antrag ist im Weiteren unverschämt, weil Sie sich hier jetzt sozusagen als die Saubermänner darstellen und sagen: Jawohl, jetzt muss die Oberbürgermeisterin das richten. Wir wollen, dass sie das macht. - Aber, meine Damen und Herren, es wird nur Ruhe in den Laden kommen, wenn der Deal tatsächlich auf den Tisch kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Und der Deal ist nicht auf dem Tisch. Sie tragen mit diesem Vorgehen dazu bei, dass der Deal weiter vertuscht wird. Das ist doch das, was Sie die ganze Zeit machen. Ich kann Ihnen versprechen, ich werde nicht locker lassen, bevor dieser Deal auf den Tisch kommt.

(Beifall bei der LINKEN und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Ich bitte auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin: Beteiligen Sie sich daran, dass dieser Deal wenigstens in Einzelteilen auf den Tisch kommt! Sagen Sie doch, was Sie wussten, damit wir da ein Stück weiterkommen!

Ich glaube, dieser Deal hatte verschiedene Phasen. Es gibt eine Phase, die das umfasst, was Sie wussten, Frau Reker. Es gibt eine Phase, die umfasste, was die SPD wusste. Es gibt aber noch eine dritte Phase, die noch weiter geht, nämlich das, was Herr Frank mit Herrn Petelkau ausgehandelt hat. Alle diese Phasen wollen wir

auf dem Tisch haben. Die müssen Sie offenlegen. Machen Sie das doch!

(Beifall bei der LINKEN)

Und was tun Sie? Sie sagen einfach gar nichts. Sie schweigen und schweigen und schweigen. Die ganze Sache führt dann auch noch zu Dämlichkeiten wie diesem Antrag hier. Der ist doch einfach dämlich. Er ist deshalb dämlich, weil Sie die Leute gar nicht gefragt haben, die aber in diesem Prozedere hätten gefragt werden müssen. Sie bringen die Oberbürgermeisterin auf diesem Wege wiederum in eine unmögliche Situation.

Ansonsten, Frau Oberbürgermeisterin, kann ich nur sagen: Ihre Presseerklärung zum Artikel im *Express* ist keine Erwiderung; denn auf die Frage „Was wussten Sie?“, antworten Sie in dieser Presseerklärung nicht, sondern Sie gehen auf verschiedene Sachen ein, wie was gewesen ist, wann Sie die Vorlage bekommen haben usw. usf. Aber was Sie tatsächlich wussten, das erfährt man aus diesem Statement nicht. Und Sie wussten was, das weiß ich. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der AfD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

<Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir wollen nur ganz kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern und keine Rede dazu halten. - Wir danken Ihnen ausdrücklich für Ihre bisherige Rolle in der Aufklärung und vor allem für den Stopp des Deals um die Stadtwerke. Wir sind allerdings bei diesem Antrag nicht eingebunden. Wir wissen, ehrlich gesagt, auch nicht, welche Tragweite es hätte, wenn wir dem zustimmen oder das ablehnen. Daher werden wir uns enthalten. - Vielen Dank. >

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiterhin von Ihnen das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT und Herrn Wortmann. Damit ist das beschlossen.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe BUNT betr. „Transparenz von Beauftragungen externer Gutachten / Open Government“ AN/0418/2018

Antwort der Verwaltung vom 01.06.2018 0863/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Anfrage unter TOP 4.2 wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Einstellung von Ärzten aus Syrien und dem Nicht-EU Bereich an Kölner Kliniken“ AN/0656/2018

Antwort der Verwaltung vom 07.06.2018 1696/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Anfrage unter TOP 4.4 wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Anfrage unter TOP 4.5 wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Anfrage unter TOP 4.6 wird zu einer der nächsten Sitzungen beantwortet. - Herr Hegenbarth, zu einer der nächsten Sitzungen. - Bitte.

<Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verzeihen Sie mir, dass ich doch noch eine Nachfrage zu 4.1 habe. Das ging jetzt gerade so fix, dass das nach der vorhergehenden Abstimmung untergegangen ist. Sorry, dass ich da nicht aufgepasst habe.

(Unruhe)

In der Anfrage ging es um die Transparenz bei der Beauftragung externer Gutachten. Zunächst einmal Danke dafür, dass ein Portal eingerichtet wurde, in dem Vergaben, die über 25.000 Euro hinausgehen, dargestellt werden.

Ich habe eine Nachfrage zur Prüfung der Verwaltung. In der Antwort heißt es auf Seite 2:

Die Verwaltung prüft zudem, ob durch eine zentrale Übersicht externer Gutachten eine weitergehende Transparenz des Verwaltungshandelns erreicht werden kann.

Ich hoffe, Sie können mich verstehen, Herr Dr. Keller. Es ist hier gerade so unruhig.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

<**Thomas Hegenbarth** (Ratsgruppe BUNT): In der Antwort auf Frage 2 heißt es ebenfalls:

Es wird geprüft, inwieweit rückwirkend die Kosten für extern vergebene Gutachten, Analysen oder Studien noch zentral erfasst werden können.

Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen, wie der Stand der Prüfung ist bzw. in welcher Form wir darüber informiert werden. Eine zentrale Fragestellung unsererseits war ja, was mit den zurückliegenden Gutachten an der Stelle passiert. - Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller, würden Sie die Frage bitte beantworten.

<**Beigeordneter Dr. Stephan Keller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssten uns das einfach noch mal anschauen. Ich weiß, dass Sie danach schon vor einiger Zeit gefragt haben. Aber wir werden das zeitnah zum Abschluss bringen und Ihnen dann die notwendigen Informationen dazu geben, ob das möglich ist, gerade auch im Hinblick auf die Gutachten, die in der Vergangenheit beauftragt wurden. Es ist natürlich mit einem wahnsinnigen Aufwand verbunden, zu prüfen, was in der Vergangenheit beauftragt wurde und was es gekostet hat. Aber wir werden Ihnen das so schnell wie möglich als Information nachliefern.

(Thomas Hegenbarth [BUNT]: Was heißt „zeitnah“?)

- „Zeitnah“ heißt: kurz nach der Sommerpause.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren in der Tagesordnung fort.

4.7 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Luftreinhalteplan - Höchste Priorität?“ AN/0863/2018

Antwort der Verwaltung 1985/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Da Sie schon am Mikrophon stehen, Herr Zimmermann, gehe ich davon aus, dass Sie dazu eine Nachfrage haben. Bitte.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Ja, ich habe eine Nachfrage. - Ich möchte mich zunächst ausdrücklich für die sehr schnelle, gleichzeitig sehr ausführliche und interessante Antwort bedanken. In unserer zweiten Frage ging es darum, ob durch optimierten Verkehrsfluss, etwa die Vermeidung von Stop-and-go-Verkehr, eine Verminderung von Feinstaubbelastungen erreicht werden kann. Wir hatten allerdings auch danach gefragt, ob ein solches Verkehrsmanagement den Pkw-Verkehr nicht wieder attraktiver machen könnte, sodass sich der erhoffte Effekt vielleicht wieder aufheben würde.

Wir finden leider keine Antwort auf die Frage, ob ein optimierter Verkehrsfluss eventuell dazu führen kann, dass man sich doch wieder ins Auto setzt, weil man denkt: Jetzt komme ich ja wieder durch. Es wäre daher schön, wenn wir dazu noch Informationen von Herrn Dr. Rau und von Frau Dr. Blome erhalten könnten; denn dazu gibt es nicht sehr viele Studien. - Danke schön.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß nicht, ob diese Frage hier jetzt mündlich beantwortet werden kann; denn das hat ja einen wissenschaftlichen Hintergrund. - Von Frau Blome höre ich: Das wird schriftlich beantwortet. - Haben Sie noch eine weitere Nachfrage, Herr Zimmermann? - Nein.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 6.3:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 26.03.2018 1715/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj.2017 und 2018 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzungen 2016/2017 bzw. 2018 1090/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Weiter geht es mit Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßige Mehrauszahlung im Teilfinanzplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung, Haushaltsjahr 2018 1565/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 1944/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse abstimmen wie StEA, Anlage 9. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.2 Weiterplanungsbeschluss Niehler Gürtel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze 2871/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Ja, von Herrn Pöttgen.

<Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unter TOP 10.2 ist eine Never Ending Story verortet, nämlich die Heute-wieder-nicht-Schließung des Niehler Gürtels, was, wenn das so beschlossen wird, ein Schlag ins Gesicht der Menschen

wäre, die an der Friedrich-Karl-Straße und der Merheimer Straße wohnen. Es wird heute ein Teil des schwarz-grünen Koalitionsvertrags abgearbeitet, bei dem es leider wie so oft ist: Im Verkehrsbereich ziehen die Grünen die CDU am Nasenring durch die Manege.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich möchte Sie auf eine Grafik in Anlage 5 der Vorlage hinweisen, in der sicher nicht zufällig in der Farbe Rot dargestellt ist, wie hoch die Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Nippes derzeit ist. Am Mauenheimer Gürtel sind es 21.000 Autos pro Tag. Am anderen Ende, an der Mülheimer Brücke, fahren täglich 16.800 Autos. Über das mittlere Teilstück der Friedrich-Karl-Straße, über das wir hier reden, fahren - oh Wunder - täglich 19.400 Autos. Damit ist - auch wenn der Kollege von den Grünen das gleich anders darstellen wird - der Rückbau der Friedrich-Karl-Straße unmöglich.

Das heißt: Sie entscheiden heute die Zementierung der Friedrich-Karl-Straße als Teil der autogerechten Stadt, was ein absoluter Fehler ist, weil sie zurückgebaut werden muss. Das heißt auch: Sie müssen heute - vor allem die CDU; ich glaube, die Grünen stört das nicht so sehr - den Anwohnern der Friedrich-Karl-Straße und der Merheimer Straße erklären, dass die Anzahl der Autos dort gleich bleiben wird, dass dort weiterhin Lkw durchfahren, dass sie weiter mit Abgasen und Lärm belastet werden, dass die Verkehrssicherheit im Veedel weiterhin nicht gegeben ist. Das heißt auch: Es wird weiter eine Riesentrennschleife durch das Veedel geben. Da zusammenzukommen, wird nicht einfach so möglich sein.

Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage selbst aufgezeigt, dass von einem Rückbau der Friedrich-Karl-Straße mehr Menschen profitieren, als von einer zweispurigen Autoverbindung am Niehler Gürtel betroffen wären. Die Entscheidung, die Sie hier heute treffen, ist eine Entscheidung gegen die Menschen in Mauenheim für die Menschen in Nippes. Das ist ganz einfach Ihre Ideologie an dieser Stelle.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Weniger CO₂ durch Bau einer neuen Straße?)

- Ich freue mich, Herr Wolter, dass Sie so engagiert dabei sind.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich wundere mich über die Rede und Ihre Argumente!)

- Die möchte ich Ihnen gern erklären. - Es geht doch um die Frage: Wie schaffen wir Lebensqualität in dieser Stadt? Wie schaffen wir ein lebenswertes, ein gutes Leben in dieser Stadt? Der Lückenschluss am Niehler Gürtel ist tatsächlich eine verpasste Chance der Stadtentwicklung,

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein vernünftiger Vorschlag!)

weil damit die kleine Möglichkeit verbaut wird, auch andere Veedel entwickeln zu können. Es ist dort ja alles da. Die Hochbahn fährt. Den übrigen Gürtel kann man mit Fahrrad und Auto befahren. Diese Verbindung nehme ich regelmäßig, wenn ich mit dem Fahrrad zu meiner Schwester nach Riehl fahre. Ja, es ist eine Katastrophe, mit dem Fahrrad dorthin zu fahren; das muss mir hier keiner erklären. Versuchen Sie ja nicht, gleich diesen Unterschied aufzumachen und zu unterstellen, die SPD sei die Autofahrerpartei und die Grünen - -

(Christoph Klausing [CDU]: Deine Rede stärkt Schwarz-Grün und verhindert Rot-Grün auf ewig! Dafür sind wir dankbar! - Heiterkeit)

- Ich glaube, die Befürchtungen bei den Grünen sind hier andere. Von daher weiß ich nicht, wie stark das wirklich wirkt.

Wir haben es hier zudem mit einer Besonderheit zu tun, nämlich dass Sie sich über die Zuständigkeitsordnung dieser Stadt hinwegsetzen wollen. Sie werden nämlich gleich, obgleich in Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie die Bezirke stärken wollen, einen Radweg beschließen; denn mehr beschließen Sie ja hier heute nicht. Das zu beschließen, liegt gar nicht in unserer Zuständigkeit. Wir sind für den Radwegebau in den Stadtbezirken nicht zuständig. Zuständig dafür ist die Bezirksvertretung Nippes, und die Bezirksvertretung Nippes hat einen sehr guten, wohl überlegten Beschluss zur Radwegeführung am Niehler Gürtel gefasst - mehr nicht. Und genau das ist Ihr Problem, das Sie jetzt zu lösen haben. Wie wollen Sie eigentlich erklären, dass Sie einerseits die Bezirke stärken wollen, sie Ihnen aber andererseits, wenn deren Beschlüsse nicht zu Ihrer Ideologie passen, egal sind? Wie wollen Sie erklären, dass Sie hier eine Möglichkeit verbauen, die wir brauchen?

Wir würden gern einen Konsens mit Ihnen erzielen. Wir beantragen, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Nippes heute zuerst abgestimmt wird, weil wir diese Radwegeführung für sinnvoller halten. Falls das wider Erwarten keine Mehrheit finden sollte, würden wir danach gern über die Alternative abstimmen. - Vielen Dank. - Nächstes Mal schaffe ich es bestimmt auch in der vorgegebenen Redezeit.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

<Dirk Michel (CDU): Wie schon im Verkehrsausschuss beschlossen, wollen wir den Weiterplanungsbeschluss, vor allem um endlich konkreter zu werden. Der Niehler Gürtel steht symbolisch für die Verkehrswende in unserer Stadt und wird national beachtet, auch weil Innenbereiche eher zurück- als ausgebaut werden.

Einen frühzeitigeren Beschluss hätten wir uns auch gewünscht. Dies hätte auch den Diskussionen der letzten Monate um bessere Luft sehr gutgetan. Ein Radschnellweg soll in den nächsten Schritten mitberücksichtigt werden. Aber jetzt sollten wir keine Zeit verlieren und endlich loslegen. Wir freuen uns auf die Bürgerbeteiligung in den nächsten Jahren vor Ort in Nippes. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

<Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir mit diesem Antrag heute mal wirklich etwas Neues beschließen können, nämlich den Ausbau des Niehler Gürtels und den Lückenschluss für den Rad- und Fußverkehr. Wir reden seit 40 Jahren darüber. Es gab dort mal Planungen für eine Stadtautobahn, die Gott sei Dank ad acta gelegt wurden. Es gab mal Planungen für eine sogenannte Veedelsstraße. Wenn man sich anschaut, wie solche Veedelsstraßen aussehen, mit freilaufenden Rechtsabbiegern, so sind sie letztlich nur ein Zeugnis dafür, wie man sich die autogerechte Stadt vorstellt.

Ich möchte jetzt gar nicht näher ins Detail gehen. Wir haben das schon im Ausschuss rauf und runter diskutiert.

Ich möchte darauf eingehen, wie mit dieser Vorlage insgesamt umgegangen wurde, weil uns ja gerade vorgeworfen wurde, wir würden die Bezirke quasi übergehen, obwohl wir sie doch eigentlich stärken möchten. Es ist ganz kurios, dass die Bezirksvertretung Nippes, in deren Zuständigkeit der Radwegebau originär fällt, sich einerseits weigert, sich mit einem Radschnellweg, der bezirksübergreifend wäre, zu beschäftigen

(Zuruf von Michael Weisenstein
[DIE LINKE.])

- darauf komme ich gleich noch -, aber andererseits sich mit diesem einen Teilstück beschäftigt und den Beschluss zu einem reinen Radweg fasst. Dazu möchte ich gern den ADFC zitieren, der den Vorschlag aus Nippes als AVFAV, als allgemeine Fläche für alle Verkehrsteilnehmer, bezeichnete. Das heißt: Man hat einen Radweg rechts und einen Radweg links. Das ist auch verkehrssicherer, weil sich dann die Pedelecs nicht, wie auf einem Radschnellweg, entgegenkommen. Zwischen diese beiden von der BV Nippes vorgeschlagenen Radwege passt noch eine sogenannte Pufferzone für alle diejenigen, die nicht zu den oben Genannten, also den Fußgängern und Radfahrern, gehören. Und oh Wunder: Es passt dort rein zufällig eine Straße dazwischen. Dafür will sie aber wieder nicht zuständig sein; denn Straßenbau fällt ja in die Zuständigkeit des Rates. Ich finde, es ist ein bisschen verlogen, sich hier hinzustellen und zu sagen, die BV hätte nur einen Radweg beschlossen. Mit diesem Beschluss in der BV Nippes wurden Vorkehrungen für einen weiteren Straßenbau mitbeschlossen.

Ich denke, wir müssen da möglichst schnell in die Pedale treten und den ersten Spatenstich so hinbekommen, dass wir nicht in x-Jahren doch wieder zur autogerechten Stadt zurückkehren. Darum geht es nämlich hier. Mein Kollege Dirk Michel hat es schon gesagt. Es geht hier auch darum, dass wir Köln mobil 2025 ernst nehmen, was ja alle immer wieder beteuern, zu tun.

Kollege Sterck wird uns vermutlich gleich erzählen, dass die Autozulassungszahlen um weitere 15.000 gestiegen sind. Ja, aber woran liegt das denn, dass die Zahlen ansteigen? Das liegt auch daran, dass wir hier suggerieren: Ihr könnt alle mit eurem Auto in der Stadt ständig überall hinfahren. Dann darf man sich doch nicht wundern,

wenn die Leute mit dem Auto tatsächlich überall hinfahren wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich versuche immer wieder, Ihnen das mit einem Kuchen zu erklären. Der Kuchen symbolisiert den Verkehr insgesamt, die Kuchenstücke die einzelnen Verkehrsträger: den ÖPNV, den Radverkehr, den Autoverkehr, die zu Fußgehenden. Ein Kuchen kann nicht ins Unendliche aufgehen in der Hoffnung, dass auch der Teller darunter größer wird. Wir können hier nur dafür sorgen, dass sich die Größe der einzelnen Kuchenstücke verändert. Wenn wir ein Kuchenstück vergrößern, können wir nicht gleichzeitig sagen: Das andere, der Autoverkehr, darf so bleiben, wie es ist. Weil der Verkehr insgesamt wächst, können wir dort jetzt noch eine Straße bauen. - Wo der Radverkehr, der in der Proportion weiter stark zunehmen wird, flächenmäßig bleiben soll, darauf haben Sie weiterhin keine Antwort.

Jetzt noch kurz zum Antrag der LINKEN. Ich kann eine gewisse Sympathie dafür nicht verhehlen, glaube aber, wenn wir jetzt diesen Planungsbeschluss damit verknüpfen, auch noch den Radschnellweg von der A 57 bis nach Mülheim durchzuplanen, werden wir hier nicht in die Pötte kommen. Dann schaffen wir es nicht, zumindest dieses Teilstück fertigzustellen, und das ist das, worum es hier geht. Wir haben es geschafft, dass die Anbindung an die Mülheimer Brücke jetzt kommt. Das ist gut. Das wird in die Planungen miteinbezogen. Wenn wir dieses Teilstück fertig haben, können wir gerne einsteigen in die Planungen eines Radschnellwegs, meinewegen auch den kompletten Gürtel entlang; damit habe ich keinerlei Probleme. Aber diesen Beschluss jetzt zu überfrachten mit den Planungen zu einem Radschnellweg, halte ich für den falschen Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn meine Redezeit schon abgelaufen ist, noch ganz kurz zu Ihren anderen Änderungsvorschlägen. Sie machen für die Radwegeführung schon sehr viele Vorgaben. Ich möchte, dass die Verwaltung erst einmal plant, damit wir so schnell wie möglich die Detailplanung bekommen. Dann können wir darauf noch einmal zurückkommen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Dirk Michel [CDU])>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

<Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern noch etwas zur Bezirksvertretung Nippes sagen. Einerseits ist es völlig legitim, dass die Bezirksvertretung Nippes, wenn sie mit Mehrheit glaubt, dass das richtig ist, dies dann auch beschließt. Das hat sie in dem Punkt auch getan. Auf der anderen Seite springt man zu kurz, wenn man sich hinstellt und argumentiert, dass das eine rein bezirkliche Angelegenheit ist. Man springt insbesondere deshalb zu kurz, weil wir alle - da schließe ich die Bezirksvertretung mit ein - das Ziel haben, den Modal Split in dieser Stadt zu verändern. Wenn man den Modal Split in dieser Stadt verändern will, muss man auch dieses kleine Stückchen Gürtel zwischen Neusser Straße und Mülheimer Brücke in einem Gesamtkontext, in einem bezirksübergreifenden Kontext, betrachten. Und der Modal Split wird sich verändern, wenn wir einen leistungsfähigen und gut ausgebauten Radschnellweg von Ehrenfeld bis nach Mülheim haben.

Der Kollege Lino Hammer hat eben relativ zweifelt versucht, seine ablehnende Haltung zu unserer Idee dieses Radschnellwegs zu legitimieren, obwohl es dafür keinen vernünftigen Grund gibt. Leider ist es so, dass die Grünen an dem Punkt nicht den Mut entwickeln, das zu fordern, oder aber sie werden vom Koalitionspartner zurückgepiffen, indem gesagt wird: Es ist nicht erlaubt, dass wir zwei Autospuren zwischen der A 57 und Geldernstraße/Parkgürtel zurücknehmen. - Das ist die Wahrheit und nicht, dass unser Vorschlag, die Planungen gleich auch mit denen zu einem Radschnellweg zu verknüpfen, das Vorhaben insgesamt aufhalten würde. Es ist sogar völlig destruktiv, dass jetzt nicht mitanzupacken. Von daher: Diese Herleitung ist völlig illegitim, lieber Lino Hammer.

Wir haben diesen Konflikt. Insofern ist nachvollziehbar, was die SPD dazu vorträgt. Die SPD sagt: Jawohl, wir müssen etwas tun für die Anwohner der Bergstraße, der Friedrich-Karl-Straße, der Merheimer Straße. - Das ist richtig; denn es fahren täglich, wie von Andreas Pöttgen zitiert, 19.400 Autos über dieses Teilstück der Friedrich-Karl-Straße. Das ist schon eine Menge Holz. Es ist aber nicht so, dass der Verkehr nicht auch zweispurig abwickelbar wäre. Das zeigt ja auch die Praxis, lieber Andreas Pöttgen. Ich habe es hier schon dreimal gesagt und muss es

leider heute noch mal sagen: Die Friedrich-Karl-Straße ist zu 90 Prozent des Tages rechts zugeparkt. Es steht also ohnehin nur eine Fahrspur zur Verfügung. Deshalb müssen wir auch nicht an der Zweispurigkeit der Friedrich-Karl-Straße festhalten.

Leider hatte niemand hier im Raum den Mumm, unserem Änderungsantrag im Verkehrsausschuss nachzugehen, in dem wir genau und sehr detailliert dargelegt haben, wie es möglich ist, keine Autostraße auf dem Gürtel zu bauen und trotzdem die Anwohner auf der Friedrich-Karl-Straße zu entlasten. Sie haben völlig ignorant darauf reagiert und unseren Antrag einfach abgelehnt. Das gilt im Übrigen auch für die SPD in Nippes - das muss man dazusagen -, die im Protokoll extra festhalten ließ, dass all das, was DIE LINKE in ihrem Antrag vorschlägt, gestrichen wird. Es gab keine authentische Auseinandersetzung mit der Frage: Wie können wir diese Bereiche so umgestalten, dass die Menschen tatsächlich entlastet werden?

Wir haben über den Gürtel schon sehr lange und sehr viel diskutiert. Unsere Meinung dazu ist klar. Heute liegt die Beschlussvorlage vor. Dieser Beschlussvorlage werden wir zustimmen. Das ist ein kleiner Schritt. Er ist deswegen so klein, weil die Grünen so wenig Mut haben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

<Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Eingangs kann ich sagen, dass ich mich der Argumentation von Andreas Pöttgen vollumfänglich anschließen kann, wobei ich ein bisschen Wasser in den Wein schütten will angesichts der Feststellung, das sei eine Never Ending Story. Für die aktuelle Verlängerung dieser Story hat ja gerade auch die SPD in der letzten Koalition gesorgt, indem sie Prüfungen auferlegt hat, ob die Hochbahn abgerissen werden muss. Damit ist der Ball jetzt im Feld der CDU gelandet. Man kann allerdings feststellen, dass sie von ihrem Koalitionspartner, den Grünen, zu Dingen gezwungen wird, die sie selbst so nicht vertritt. Das muss man der SPD lassen: Sie hat mehr aus dem Koalitionsvertrag mit den Grünen herausgeholt. Dabei ist wenigstens eine Straße für den Gürtel herausgesprungen. Bei dem Koalitionsvertrag, den die CDU mit

den Grünen ausgehandelt hat, ist leider nur dieser Radweg herausgekommen. Das ist nun mal leider so.

Herr Weisenstein, es geht eben nicht nur um die Friedrich-Karl-Straße und die Merheimer Straße, die ja schon entsprechend ausgebaut sind. Es geht auch um Straßen wie die Bergstraße und die Nordstraße in Nippes, also ganz kleine Anliegerstraßen. Ich meine mich zu erinnern, dass es sogar eine Initiative Ihrer Partei gewesen ist, den Verkehr in der Bergstraße zu reduzieren. Ihr Bezirksvertreter hatte sich beschwert - machen Sie sich mal schlau bei ihm -, dass es in der Bergstraße zu viel Verkehr gibt. Der Grund dafür ist doch klar: weil sie eine der Ausweichstrecken ist, die genommen wird, wenn anderswo nichts mehr geht.

Kollege Hammer, ich weiß, dass Sie gewisse Reizworte wahrscheinlich nur verwenden, um Ihr Klientel entsprechend zu begeistern.

(Beifall bei der FDP)

Aber das Wort „Stadtautobahn“ ist an der Stelle einfach falsch. Ja, es gab Planungen für den Bau einer Stadtautobahn in Köln. Die sollte aber parallel zur Kanalstraße laufen. Soll ich Ihnen verraten, welche Partei verhindert hat, dass sie gebaut worden ist? Das war die FDP. Unglaublich, aber wahr!

(Beifall bei der FDP)

Am Gürtel war eben keine Stadtautobahn geplant, sondern eine wichtige Verbindung in diesen Bereich hinein.

Lieber Dirk Michel, wir alle wollen eine Verkehrswende. Noch am Montag haben wir im Verkehrsausschuss in Sachen ÖPNV beraten. Wir versuchen alle, die Menschen zum Umsteigen zu bewegen, damit wir das Wachstum in dieser Stadt bewältigen können. Köln hat ein Luxusproblem, um das uns andere Städte beneiden: Es werden 150.000 bis 200.000 Einwohner mehr bis zum Jahr 2040 prognostiziert.

Aber es geht auch um die Pendler aus dem Umland. Das Problem ist ja, dass der ÖPNV nicht entsprechend mitwachsen kann. Ich schäme mich fast, das hier zuzugeben: Ja, ich wohne in Nippes, ich arbeite in Jülich und ich habe mit zeitlich vertretbarem Aufwand keine Gelegenheit, den ÖPNV zu nutzen oder mit dem Fahrrad nach Jülich zu fahren. Dann würde ich meinen Verpflichtungen, die ich hier in Köln habe, nicht mehr nachkommen können.

Und genau das beschreibt das Problem, das wir haben: Das Umland wächst mit. Die Leute müssen auch deshalb ein- und auspendeln, weil wir nicht mehr genug Grundstücke haben - darüber haben wir eben gesprochen - und sie hier in Köln keine Wohnungen mehr zu adäquaten Preisen finden. Das sind die Leute, für die wir die Infrastruktur weiter ausbauen müssen. Da fehlen im Kölner Norden die Ost-West-Verbindungen. Da fehlt der Gürtel. Da fehlt die Äußere Kanalstraße, die irgendwo in Bilderstöckchen versickert. Das sind Verbindungen, die gebraucht werden für eine wachsende Stadt.

An der Stelle muss ich sagen, Herr Hammer: Ihr Bild ist falsch. Der Kuchen „Stadt Köln“ wächst. Wir müssen dafür sorgen, dass die Infrastruktur dementsprechend mitwächst.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen wachsen auch die Pkw-Zahlen. Das ist doch auch ganz klar, wenn immer mehr Leute hierher ziehen. In den letzten zehn Jahren sind, glaube ich, 60.000 bis 70.000 Einwohner hinzugekommen.

(Beifall bei der FDP)

Sie können doch den Leuten nicht zum Vorwurf machen, dass der eine oder andere seinen Pkw nach Köln mitgenommen hat, ja, vielleicht auch sein Fahrrad. Aber sie haben eben auch Mobilitätsansprüche. Es ist für mich fast unerträglich, mit welcher Bevormundung die Grünen hier vorgehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe mein politisches Engagement langfristig angelegt und deswegen kann ich nur sagen: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Ich bin da ganz optimistisch - ich habe das auch im Verkehrsausschuss gesagt -: Der Gürtelausbau wird kommen. Umso mehr Sie, liebe Grüne, Ihren jeweiligen Koalitionspartner quälen, sei es die CDU oder die SPD, desto näher kommen wir einer Großen Koalition. Dann haben wir die Möglichkeit, auch den Gürtel entsprechend zu vollenden. Der Ausbau wird kommen. Ich bin bereit, jede Wette darauf einzugehen. Dann werden wir ja sehen, wer sich am Ende freut. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

<Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Ratsgruppe GUT freut sich ganz besonders, dass heute eine breite Mehrheit des Rates, von den LINKEN über die Grünen bis hin zur CDU, unserem Ansinnen folgt, dass der Niehler Gürtel weiterhin autofrei bleibt. Lediglich die FDP und die SPD sind dagegen. Der FDP gestehe ich das zu. Das ist okay, das ist schon immer ihre Position.

(Michael Frenzel [SPD]: Aber die SPD darf das nicht?)

Die SPD darf das nicht, da sie sich ja neuerdings als Partei der Verkehrswende geriert. Euer Redebeitrag heute wird dem nicht gerecht. Daher kann ich das nicht richtig deuten.

(Michael Frenzel [SPD]: Das hängt aber mit der Vernunft zusammen!)

Ich hatte auch heute wieder den Eindruck, dass es bei dieser Debatte nur noch um die Frage geht, ob wir am Niehler Gürtel einen Radweg bauen oder ob wir die Bergstraße/Friedrich-Karl-Straße entlasten. Es geht sicherlich auch darum, aber nicht nur. Wie aus dem Beschlusstext ersichtlich, geht es im Wesentlichen - deshalb liegt die Zuständigkeit eben nicht allein beim Bezirk Nippes - darum, eine Parklandschaft zu installieren. Das wird immer wieder vergessen. Egal wie groß und wie breit die Straße wird, egal ob Sie sie Autostraße nennen oder den neuen Begriff „Stadtstraße“ verwenden, Sie würden, wenn Sie das so realisieren, durch eine Parklandschaft eine Straße ziehen. Da frage ich mich: Was macht die Qualität dieses Parks dann noch aus? Diese Straße gehört auf jeden Fall nicht in einen Park. Daher lehnen wir sie ab

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und plädieren lieber für einen Radweg an dieser Stelle.

Der Gürtel war noch nie eine Straße und hat dennoch in den letzten Jahrzehnten funktioniert. Jetzt sagen Sie: unter schweren Opfern der Anwohner, die dem Lärm ausgesetzt sind; Friedrich-Karl-Straße und Bergstraße waren eben schon Thema. Aber in den Unterlagen steht auch: Wenn Sie den Gürtelschluss machen würden, würde die Bergstraße rein zahlenmäßig gar nicht vom Schleichverkehr entlastet werden.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine Zwischenfrage von Herrn Struwe.

<Rafael Christof Struwe (SPD): Herr Kollege, wenn Sie der Meinung sind, dass es dort im Wesentlichen um eine Parklandschaft geht, stimmen Sie mir doch sicherlich zu, dass dann auf jeden Fall auch der Ausschuss für Umwelt und Grün eingebunden werden muss und wir die Beratungen an dieser Stelle jetzt abbrechen müssen, oder?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)>

<Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Wir haben vor Jahren schon mal den Fehler gemacht, dass wir uns zu einem Änderungsantrag der LINKEN enthalten haben, was dann leider zu Verzögerungen in der Umsetzung führte. Ich habe vom geschätzten Ratskollegen Frank gelernt, dass man bei Änderungsanträgen besser stur bei seiner eigenen Position bleibt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So viel zum Änderungsantrag der LINKEN. Dem werden wir diesmal aus reiner Vorsicht nicht zustimmen.

Wenn wir die Verkehrswende wirklich ernst meinen - es wird jetzt immer wieder erwähnt, dass Köln mobil 2025 gar nicht beschlossen worden ist; aber es ist immerhin ein anerkanntes Strategiepapier -, müssen wir auch mal schauen, was in diesem Papier festgehalten worden ist, nämlich - das muss man allen noch einmal sagen, auch Ihnen, Herr Sterck -: Wir wollen den Anteil des MIV in Köln senken. Wir wollen ihn nicht stabil halten, sondern wir wollen ihn senken.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Und: Wir wollen den Anteil des Radverkehrs erhöhen. Das steht da ganz klar so drin.

Solche Maßnahmen - das will ich der CDU auch mal sagen: ich finde es gut, dass Sie das in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sind sinnvoll. Bitte machen Sie auch Ihren Kollegen in Nippes klar: Das ist eine gute Maßnahme. Sie alle werden sich später über die Parklandschaft freuen. Sie alle werden anschließend kei-

ne Straße mehr dort wollen. Deswegen: Ich sehe es eher pessimistisch, dass der Ausbau irgendwann doch noch erfolgen wird.

Es wird immer gesagt: Köln wächst. Die Einwohnerzahlen wachsen. Um die Mobilität weiterhin zu gewährleisten, brauchen wir zusätzliche Infrastruktur. - Ja, die brauchen wir; das ist ganz klar. Beim ÖPNV ist das auch ein Thema. Sie aber sagen: Wir brauchen die auch für den Gürtel. Deswegen müssen wir dort eine Stadtstraße bauen. - Aber brauchen diese neuen Einwohner nicht auch mehr Grün und mehr Naherholungsflächen? Auch das wird in dieser Stadt benötigt. Und das werden wir mit diesem Beschluss heute eben auch mit auf den Weg bringen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und das ist ganz hervorragend, übrigens mit einer Bürgerbeteiligung. Die Bürgerinnen und Bürger von Nippes werden ausführlichst daran mitwirken können, wie es später aussehen soll.

Das tatsächliche Problem auf der Friedrich-Karl-Straße und der Bergstraße sind die Autos. Das Problem ist nicht eine Parklandschaft am Niehler Gürtel. Das Problem ist auch nicht der Radweg am Niehler Gürtel. Wir müssen den Autoverkehr zurückdrängen, und das geht nur mit einer Verkehrswende.

Ich komme zum Schluss. - Es wird natürlich viel darüber gemunkelt - Herr Sterck hat es ja auch ganz offen gesagt -: Wir werden den Wahltermin 2020 irgendwie erreichen. Dann werden neue Beschlüsse gefasst. Höchstwahrscheinlich wird dieses Projekt dann beerdigt, „beerdigt“ aus der Perspektive von Herrn Sterck. - Ich bitte die Verwaltung - das geht auch an Sie, Herr Greitemann; Sie haben ja gesagt, dass Sie ein Mann der Tat sind -: Bringen Sie dieses Projekt schnell an den Start!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Bitte geht natürlich auch an Sie, Frau Blome; denn es geht ja hier auch um Stadtentwicklung, nämlich um eine Parklandschaft. Bringen Sie dieses Projekt schnell an den Start!

Auch wenn andere im Wahlkampf 2020 anderes möchten: Ich möchte im Wahlkampf 2020 dort bei einer Baumpflanzung dabei sein. Ich möchte dann in dieser Parklandschaft mit meiner Familie auf einer Picknickdecke sitzen und mit einem Glas Cidre auf die neue Parklandschaft mit Radweg anstoßen, gern auch mit Ihnen, Frau Reker. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat gibt, würde ich jetzt gern dem Bezirksbürgermeister Schößler das Wort erteilen. - Bitte.

<Bezirksbürgermeister Bernd Schößler: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren hier im Rat! Es ist immer wieder spannend, zu erleben, wie sehr Sie sich für Nippes interessieren. Das ist grundsätzlich toll. Das liegt wahrscheinlich auch an der tollen Bezirksvertretung und dem guten Bezirksbürgermeister,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber nicht unbedingt an Ihrer Sach- und Ortskenntnis. Wir reden hier über eine Vorlage, die vermutlich, so wie die Redebeiträge gestrickt waren, mehrheitlich verabschiedet wird. Sie ignorieren, dass es sowohl für diese Radwegeverbindung als auch für die Grünflächen, die Herr Zimmermann eben ergänzt hat, eine ganz klare Zuständigkeit gibt, und die obliegt der Bezirksvertretung Nippes. Wir hören uns gerne Ihre Vorschläge an, sind aber das Beschlussgremium.

Wir haben Ihnen die Hand gereicht und uns mit der Verwaltungsvorlage hoch intensiv auseinandergesetzt. Das hat in der Tat ein bisschen gedauert. Die Bezirksvertretung Nippes hat Ihnen nach langer Diskussion Vorschläge unterbreitet, wie wir uns das in Nippes vorstellen. Bitte vergewärtigen Sie sich: Wir sind als Bezirksvertretung ein eigenständiges gewähltes Gremium. Sie sind als Rat nicht der Chef einer Bezirksvertretung.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre total schön, wenn Sie das Glücklichen unserer Menschen im Stadtbezirk Nippes denjenigen überlassen würden, die dort zuständig sind, und das sind wir.

Von der Umgestaltungssorgie eines 2,5 Kilometer langen, schon vorhandenen Radweges, die Sie hier veranstalten, versprechen Sie sich tatsächlich eine Verkehrswende in ganz Köln.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen ja irgendwann mal anfangen!)

Herr Hammer, ich verstehe ja Ihre Verärgerung. Ich lade Sie herzlich ein, unseren Beschlüssen Folge zu leisten. Nach meinem Erlebnis im Verkehrsausschuss befürchte ich allerdings, dass sie gar nicht allseitig bekannt sind. Als ich dort auf die Anlage 13 zu sprechen kam, war das wie zu Schulzeiten: Es ging ein Rascheln los, als hätte man sie nicht gänzlich zu Ende gelesen, was bedeutet: Inhaltlich wurde sich gar nicht damit auseinandergesetzt. Das ist leider offensichtlich auch heute noch Fakt.

Man sagt: Schuster, bleib bei deinen Leisten. Richtig! Dann müsste man aber auch sagen: Das ist eine Sache der Bezirksvertretung. Wir wünschen uns das. Sie aber wollen über unsere Köpfe hinweg bestimmen, wie Nippes glücklich wird. Das können wir selber besser. Wenn Sie das nicht wollen - Frau Oberbürgermeisterin, leider ist es wohl so -, gibt es auch die Möglichkeit, feststellen zu lassen, ob diese Beschlussfassung den von Ihnen selbst aufgestellten Spielregeln entspricht. Sie haben als Rat die Hoheit, über die Spielregeln der Zuständigkeitsordnung zu entscheiden. Die haben Sie sich selber gegeben. Nur, Sie halten sich dummerweise nicht daran.

Mein Appell an dieser Stelle ist, wie von der SPD-Fraktion beantragt, die Vorschläge aus Nippes zuerst abstimmen zu lassen. Wenn Sie sich entschließen, auf unsere Ortskenntnis zu vertrauen und dem zuzustimmen, dann, glaube ich, ist das Verfahren sehr schnell erledigt. Dann kann Frau Blome Ihre Fachämter bitten: Jetzt macht mal schnell weiter! - Wenn Sie sich anders entscheiden, könnte es länger dauern. - Vielen Dank, dass Sie mir zu so später Stunde noch zugehört haben. Vielleicht können Sie auf eine solche Diskussion demnächst verzichten, wenn Sie von vornherein sagen: Solche Sachen gehören in die Bezirksvertretung. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zuerst wie BV Nippes, dann die Alternative aus der Vorlage, wie von Herrn Pöttgen beantragt, und dann die Vorlage wie Verkehrsausschuss, StEA und Finanzausschuss.

Zuerst steht der Beschlussvorschlag der BV Nippes zur Abstimmung. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die AfD, Herr Wortmann und die FDP. Wer enthält sich? - Es enthält sich Rot-Weiß. Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über die Alternative aus der Vorlage. Wer dieser zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, Herr Wortmann und die FDP. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß und der AfD. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich die Vorlage abstimmen, wie Verkehrsausschuss, StEA und Finanzausschuss. Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion, der AfD, Herrn Wortmann und der FDP. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf.

10.3 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung von niederflurigen Stadtbahnwagen 0891/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.4 Künftige Nutzung des „Kölner Filmhauses“ in der Maybachstraße 111, 50670 Köln 1341/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen AN/0725/2018

Wortmeldungen? - Von Herrn Dr. Elster.

<Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dem ist ein Änderungsantrag beigelegt, der im Liegenschaftsausschuss so gestellt wurde, der aber im Kulturausschuss noch erweitert worden ist. Die Abstimmung muss so erfolgen, wie im Kunst- und Kulturausschuss letztendlich festgelegt worden ist.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer, bitte.

<Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich unterstütze Herrn Dr. Elster. Wir haben ausdrücklich gesagt: Liegenschaftsausschuss und Kulturausschuss. Un-

ter dieser Bedingung stimmen auch wir dem Änderungsantrag zu.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss den Änderungsantrag trotzdem abstimmen lassen.

<Prof. Klaus Schäfer (SPD): In der Beschlussvorlage ist der Kulturausschuss nicht aufgeführt. Deswegen möchte ich nicht, dass hier etwas abgestimmt wird, was da nicht angegeben ist. Ansonsten: Natürlich müssen sie den abstimmen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also: Dann stimmen wir jetzt ab über den Änderungsantrag von CDU und Grünen in der im Kulturausschuss ergänzten Fassung, Anlage 3, und dann über die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung. Ist das richtig so? - Okay.

Wer dem Änderungsantrag, so wie eben von mir gesagt, zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Ich brauche gar nicht mehr nach Gegenstimmen oder Enthaltungen zu fragen. Das ist einmütig. Was für eine wunderbare neue Tradition, die hier gerade begründet wurde!

Jetzt zur Abstimmung über die Beschlussvorlage in der so geänderten Fassung. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 3917/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2018/19 1209/2018

Wortmeldungen? - Herr Frank.

<Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, beim Wirtschaftsplan Bühnen war noch eine Antwort auf eine Frage im Finanzausschuss zum Stand der Jahresabschlüsse für die Bühnen offen geblieben. Kann dazu jetzt jemand Auskunft geben?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gerne. - Herr Kröhne.

<Klaus Kröhne (Bühnen Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Klaus Kröhne. Ich bin Stellvertreter von Herrn Wasserbauer, dem Geschäftsführenden Direktor der Bühnen. - Der Stand zu den Jahresabschlüssen ist so: Sie haben Ende 2017 für das Jahr 2014/15 einen Bilanzgewinn von knapp 4 Millionen Euro beschlossen. Der Jahresabschluss 2015/16 ist unmittelbar vor der Fertigstellung durch den Abschlussprüfer. Er wird nach der Sommerpause 2018 eingebracht werden. Der Jahresabschluss 2016/17 ist bei uns fast durch und geht dann an den Wirtschaftsprüfer. Die Vorlage dazu wird voraussichtlich noch 2018 vorgelegt werden können. Die Spielzeit 2017/18 läuft ja noch bis zum 31.08.2018. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir die Jahresabschlüsse 2016/17 und 2017/18 gemeinsam vorlegen können, sodass wir dann auch wieder im normalen Turnus sind. - Reicht Ihnen das so weit?>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.7 auf:

10.7 Ausschreibung eines Mietvertrages für den Bezug eines Neubaus für Bühnenwerkstätten 1117/2018

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0909/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Ja, von Frau Stahlhofen.

<Gisela Stahlhofen (DIE LINKE.): Jetzt haben Sie mich ganz aus dem Konzept gebracht, aber egal.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe doch gar nichts gesagt.

<Gisela Stahlhofen (DIE LINKE.): Ja, das war es wahrscheinlich. - Am 19. Dezember haben wir hier im Rat einen Beschluss gefasst, den DIE LINKE schon zu diesem Zeitpunkt nicht mitgetragen hat. So war es nur folgerichtig, dass wir zu dem jetzigen Antrag einen Änderungsantrag gestellt haben. Bevor Sie sagen: So ein Unsinn, was DIE LINKE da vorschlägt, sage ich gleich: Nach Rücksprache wurde uns mitgeteilt, dass es mehrfache Ausschreibungen zu einem Projekt nicht gibt. Betrachten Sie also unseren Änderungsantrag, der Ihnen im Umdruck vorliegt, als Arbeitsmaterial! Nichtsdestotrotz wird es noch einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag geben.

Wir haben seinerzeit beschlossen, dass eine Marktstudie vorgelegt werden soll, auf deren Grundlage der Rat dann eine Ausschreibung auf den Weg bringen soll. Leider haben wir die Diskussion hier übersprungen. Es hat keine Diskussion im Rat dazu gegeben. Wir gehen gleich zur Ausschreibung über.

Es handelt sich nach Auskunft von Herrn Streitberger auch nicht mehr um eine Interimslösung, über die wir noch im Dezember gesprochen haben, sondern um das endgültige Domizil der Bühnenwerkstätten in einem Neubau, der dann für die nächsten 10, 15 oder gar 20 Jahre angemietet werden soll. Die Vorlage sieht ja die Option einer zweimaligen Verlängerung um fünf Jahre vor.

Im Betriebsausschuss Bühnen wurde uns lediglich als Anhang das Markterkundungsverfahren und ein Protokoll der Präsentation des Verfahrens vorgelegt. Das Verfahren als solches halten wir an der Stelle für unzureichend; denn wir hatten schon im Dezember gesagt: Miete ist eine Option, mit der die Stadt Köln eher schlechte Erfahrungen gemacht hat; siehe Technisches Rathaus oder die Messe.

Die Stadt besitzt baureife Liegenschaften, die jederzeit für einen Neubau der Bühnenwerkstätten zur Verfügung gestellt werden könnten. Jeder Anlageberater - da haben wir ja etliche hier - wird empfehlen, dass auf eigenem Grund selbst bauen immer günstiger ist als mieten. Immerhin wurden für dieses Projekt rund 18 Millionen Euro bereitgestellt, Geld, das wir verantwortungsvoll einsetzen sollten.

Ich denke, wir können es uns nicht leisten, Miete, verlorene Kosten, an einen Investor zu zahlen und eigene Grundstücke weiter brachliegen zu lassen. Darum haben wir mit dem Ihnen vorliegenden Änderungsantrag einen Vorschlag gemacht, um eine Vergleichbarkeit von Mietoption, Eigenbau und Fremdbau zu erreichen. Die vorliegende Zeitleiste liegt bei circa zweieinhalb bis drei Jahren. Es wird aber heute keiner eine Aussage machen können, ob diese auch eingehalten werden kann. Wir kennen genügend Beispiele.

Wenn uns die Verwaltung zeitnah einen vergleichbaren Verfahrensvorschlag machen kann, würde sich jetzt keine Zeitverzögerung einstellen. Daher bitten wir in unserem Änderungsantrag, die Verwaltung möge uns einen vergleichbaren Verfahrensvorschlag zu den Optionen Anmietung, Eigenbau und Fremdbau vorlegen. Erst dann können wir entscheiden, was wir wirklich wollen. Erst dann kann die Ausschreibung erfolgen.

Wenn wir jetzt die Ausschreibung für diese Mietoption beauftragen, dann ist das bindend. Das habe ich heute gelernt: In dem Moment, wenn die Ausschreibung erfolgt, ist sie verbindlich für die Menschen, die sich daran beteiligen. Das heißt also: Wir werden ausschließlich mieten können, und alle anderen Optionen bleiben außen vor. Darum bitte ich Sie, noch einmal die anderen Alternativen zu bedenken, bevor wir diese Entscheidung treffen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

<Prof. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 21.03.2017 wurde uns im Bühnenausschuss eine Beschlussvorlage vorgelegt mit der Bitte, sie möglichst am gleichen Tag zu entscheiden, weil eine hohe Dringlichkeit gegeben ist, den Werkstattneubau auf den Weg zu bringen. Es gab in der darauffolgenden Sitzung eine deutliche Mehrheit im Bühnenausschuss für den Hugo-Eckener-Platz. Diese Vorlage wurde dann eine Minute vor Beginn der Sitzung zurückgezogen, was ich schon in meiner Rede in der damaligen Ratssitzung kritisiert habe, zumal es in der Vorlage ausdrücklich hieß, dass das Amt für Wirtschaftsförderung bei der Prüfung und der Auswahl beteiligt gewesen sei und dem ausge-

wählten Standort - es standen ja 18 Grundstücke zur Wahl - ausdrücklich zugestimmt habe.

Bis heute bleiben wir bei der Auffassung: Die Hugo-Eckener-Straße und der der Stadt gehörende Platz sind ausgezeichnet geeignet und erfüllen alle Kriterien, die damals für die Auswahl eines Standortes für die Bühnenwerkstätten vorgegeben waren. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch wenn die Verwaltungsvorlage zurückgezogen worden ist, heißt das nicht, dass damit auch der Gegenstand als solcher zurückgezogen worden ist.

Wir haben im Bühnenausschuss auch deswegen gegen den Vorschlag „Anmietung“ gestimmt, weil uns gar nicht klar ist, welche Kosten damit auf uns zukommen. Ich sage einmal so: Ich kenne keinen Investor, der aus altruistischen Gründen für eine Stadt etwas baut und am Ende sagt: Ich mache es so billig, dass ihr kein Schaden entsteht. - Ich glaube das nicht. Man muss wirklich erst die Zahlen deutlich vor Augen haben, bevor man hier eine qualifizierte Entscheidung fällen kann. Aber der Rat hat nun mal so beschlossen, und ich gehe davon aus, dass die Mehrheit heute auch einer Anmietung zustimmen wird.

Wir werden auch gegen den Änderungsantrag stimmen, nicht etwa, weil er in der Sache durchaus interessante Varianten wie zum Beispiel einen Mietkauf enthält. Aber Ihr Vorschlag, die Gebäudewirtschaft zu bitten, zu prüfen, ob sie den Werkstattneubau stemmen kann, halte ich, mit Verlaub, zum jetzigen Zeitpunkt für abwegig. Eine Schule hat mir gerade gestern geschrieben, dass vor einem Jahr ein Fenster kaputtgegangen ist und ihr jetzt nach einem Jahr mitgeteilt wurde: Es wird auch in Zukunft keine Lösung für dieses defekte Fenster geben. - Wie soll dann die Gebäudewirtschaft einen hochkomplexen Werkstattneubau stemmen? Ich finde, sie soll sich auf die Schulen konzentrieren. Da hat sie genug zu tun. Da gibt es eine Menge Arbeit.

Deswegen werden wir sowohl der Beschlussvorlage als auch dem Änderungsantrag nicht zustimmen können, obwohl es in der Sache - das will ich abschließend sagen - schön wäre, wenn wir die jetzt schon verloren gegangene Zeit von 15 Monaten relativ schnell wieder aufholen könnten, damit die Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten endlich unter vernünftigen Bedingungen arbeiten können. Das wäre sozusagen die Brücke, die ich hier bauen würde.

Trotzdem bleiben wir bei unserer Haltung: Die Hugo-Eckener-Straße wäre dafür qualifiziert. Gerade weil der neue Beigeordnete gesagt hat:

Standards und Qualität sind Maßstab, würde ich ihm empfehlen, das noch mal genauer zu prüfen. Dabei würden wir ihn auch unterstützen. Dann hätten wir die Möglichkeit, Werkstätten zu bauen, die wirklich angemessen sind, statt sie auf Räumlichkeiten zu begrenzen, die von einem Investor nach ganz anderen Kriterien entwickelt werden. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:
Wünscht die CDU das Wort? - Herr Dr. Elster.

<Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Teilweise Zustimmung zur Rede von Professor Schäfer, teilweise muss man sagen: Nein, das stimmt so nicht. Wir stimmen zu, dass wir jetzt ein schnelles Verfahren brauchen. Nachdem wir das Verfahren vor einem Jahr angehalten haben, nachdem wir schon seit über zehn Jahren an dem Thema dran sind, können wir das Verfahren jetzt nicht noch einmal anhalten und es noch einmal neu aufsetzen; denn das würde ja letztlich passieren, wenn wir dem Antrag der LINKEN folgen würden.

Wir würden damit auch jemanden aufs Tapet bringen, der definitiv andere Sachen zu tun hat. Wir haben doch heute lang und breit und aus den verschiedensten Perspektiven über die knappen Ressourcen der Gebäudewirtschaft diskutiert. Wir hatten die Schulbaudebatte, wir hatten die Flüchtlingsdebatte. Und jetzt kommen wir Kulturpolitiker um die Ecke und wollen auch noch die Gebäudewirtschaft beauftragen. Der neue Dezernent guckt schon ganz bedenklich, weil er natürlich um seine Situation weiß und längst informiert ist, dass alles, was an dieser Stelle Entlastung bringt, hilfreich sein kann.

Die Beschleunigung, von der Sie, Herr Professor Schäfer gesprochen haben, ist dann möglich, wenn wir jetzt dieses Investorenmodell beschließen und die Verwaltung beauftragen, dieses Verfahren über die Bühnen selbst - die Baupartie der Bühnen ist ja mit dabei - zu steuern. Die sind offensichtlich in der Lage dazu, die haben die Ressourcen. Dann kann ein Investor tatsächlich loslegen. So muss es jetzt gemacht werden. Es wäre schlecht, jetzt zurückzugehen und das Verfahren zur Hugo-Eckener-Straße noch einmal zu prüfen. Dafür ist es jetzt leider zu spät. Nachdem die Ausschreibung durchgeführt worden ist, wird uns die Oberbürgermeisterin vorstellen, was das

am Ende kosten wird. Ich sage mal so: Wenn die Lösung tatsächlich preislich nicht nachvollziehbar ist, können wir ja vielleicht noch mal über eine Eigenrealisierung in der Hugo-Eckener-Straße nachdenken.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoffe ich, dass das Verfahren, so wie es jetzt aufgesetzt wurde, nämlich sehr transparent - es ist mit großer Beteiligung von Investoren zu rechnen; auf dem Markt gibt es großes Interesse dafür -, sehr schnell zu einem Ergebnis führt, weil der Standort in der Oskar-Jäger-Straße tatsächlich indiskutabel ist. Wir brauchen eine neue Lösung.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow, bitte.

<Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Diese Vorlage ist eine Eins-zu-eins-Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 19.12.2017. Ich danke der Verwaltung, dass sie das so schnell umgesetzt hat. Wir haben jetzt etwas in der Hand, mit dem wir tatsächlich weiterkommen können.

Die Markterkundung, die als Anlage beigelegt ist, hat ergeben, dass das, was wir beschlossen haben, umsetzbar ist, dass es einen Markt dafür gibt und es tatsächlich so realisierbar ist, dass die Werkstätten zum Oktober 2020 neue Räume beziehen können. Ich denke, das ist das wichtigste Ergebnis.

Heute geht es um die Ausschreibung des Vorhabens. Wir gehen damit sozusagen den nächsten Schritt. Mit dieser Ausschreibung haben wir ein Instrumentarium an der Hand, mit dem wir den Bühnen tatsächlich zu guten Werkstätten verhelfen können, und zwar nach dem Verfahren, das in der Vorlage geschildert worden ist.

Beim letzten Mal hatte ich gesagt: Meine alten Reden kann ich immer wieder herausholen, in denen ich angemahnt hatte: So kommen wir nicht weiter. - Wir müssen aber weiterkommen, damit die Werkstätten überhaupt eine Zukunft haben. Nach dem Markterkundungsverfahren ist klar geworden, dass auch eine mitarbeiterverträgliche Realisierung im Umfeld der Bühnen am Offenbachplatz möglich ist. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Signal an die Mitarbeitenden.

In der Vorlage heißt es auch, dass Voraussetzung dafür natürlich akzeptable Konditionen sind. Insofern denke ich, wenn wir heute zustimmen, dann schlägt das nichts. Es stehen

immer noch alle Optionen offen für einen späteren Neubau, so wir das beschließen. Wir haben immer noch alle Möglichkeiten der Kooperation, was ich wichtig finde. Auch die Kooperation mit dem WDR kann weiterlaufen, wenn auch anders als ursprünglich geplant. Dass wir da die Tür nicht zuschlagen, ist damit auch gegeben.

Den LINKEN-Antrag lehnen wir ab. Wir haben Mitte Mai diese Vorlage im KuK beraten. Heute bekommen wir einen Änderungsantrag mit verschiedensten Ideen als Tischvorlage verbunden mit dem Hinweis, das in den Betriebsausschuss zurückzuverweisen, dort darüber zu entscheiden usw. Das klingt für mich nach weiteren Verzögerungen. Wir haben bei der Diskussion zum Gürtel heute erlebt, was passiert, wenn man das hin und her schiebt.

Wir haben Handlungsbedarf bei den Bühnen. Deswegen werden wir dieser Vorlage zustimmen. Damit kommen wir auf einen guten Weg. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

<Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch kurz vom Platz aus angesichts der fortgeschrittenen Zeit. - Meine Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen. Ich will kurz erläutern, warum. Wir finden zwar keine der Optionen optimal, aber wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Seit 10, 15 Jahren oder noch länger wird hier herumgeeiert. Jedes weitere Verzögern der Ausschreibung wird am Ende zu mehr Nachteilen führen als Vorteile bringen.

Vor dem Hintergrund werden wir uns der Eigentümerpartei DIE LINKE nicht anschließen. Also: Wir stimmen gegen den Änderungsantrag der LINKEN. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Wortmann.

<Walter Wortmann (Freie Wähler): Vielen Dank. - Ich werde mich enthalten, weil ich immer noch auf die Aufstellung der - verbessern Sie mich - 38 oder 39 Standorte warte, die die Bühnen bis jetzt belegen. Wir würden das gerne

schieben, bis diese Aufstellung vorliegt, damit wir wissen, welche Ersatzflächen möglicherweise mitangemietet werden. Wir zählen jetzt nur eins und eins zusammen, ohne zu wissen, welche Standorte wir einsparen können. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über die Neufassung des Änderungsantrags der LINKEN. Ich wiederhole noch einmal, was ich verstanden habe. Der Antrag lautet jetzt: Die Verwaltung möge einen vergleichbaren Verfahrensvorschlag zu den Optionen von Anmietung, Eigenbau und Fremdbau vorlegen. - Ist das so richtig?

(Gisela Stahlhofen [DIE LINKE.]: Ja!)

- So ist es. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Bei Herrn Wortmann, wie eben angekündigt. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind DIE LINKE und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Wieder Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 10.8 auf:

**10.8 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018**

Wortmeldungen? - Herr Brust.

<**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir hatten im Bauausschuss beschlossen: Abstimmung wie BV. Die BV wollte, dass dort auch ein Begegnungszentrum geprüft wird. Wir haben die Antwort der Verwaltung dazu heute als Tischvorlage bekommen und möchten daher wie Verwaltung abstimmen, also nicht mehr mit diesem Prüfauftrag verbunden.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also: Abstimmung, wie Verwaltungsvorlage. Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, wie Verwaltungsvorlage. Gegenstimmen? - Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.9 auf:

**10.9 Schulrechtliche Anpassung der Zügigkeit der Sekundarstufe II der Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln an die bestehende Aufnahmesituation
0687/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Haushaltsplan-Entwurf 2019
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
1111/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0922/2018**

Herr Detjen.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren, mit unserem Änderungsantrag schlagen wir Ihnen eine moderate Erhöhung der Haushaltsmittel für die Stadtbezirke vor. Schon in den letzten Jahren gab es da eine positive Entwicklung. 2009 haben die Stadtbezirke 504.000 Euro bekommen, 2010 730.000 Euro, 2018 und 2019 jeweils 971.000 Euro. Es ist also eine gewisse Steigerung zu verzeichnen, die auch etwas über den Inflationsausgleich hinausgeht.

Unter dem Gesichtspunkt, dass eine gewisse Steigerung drin sein sollte, schlagen wir Ihnen mit unserem Änderungsantrag vor, die Mittel auf 1,4 Millionen Euro zu erhöhen. Das soll auch eine kleine Anerkennung sein und ein Zugehen auf die Bezirksvertretungen, mit denen wir ja im Moment im engen Dialog sind. Insofern bitte ich um Zustimmung, und dann gucken wir mal.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie mir, noch eine Frage an Herrn Detjen zu richten. - Herr Detjen, ich hatte gehofft, dass Sie den Deckungsvorschlag mündlich begründen. Gemäß § 3 unserer Geschäftsordnung ist eine Begründung für die Deckung anzugeben.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): Eine Deckungsquelle wird die Kämmerei finden; da bin ich mir ziemlich sicher. - Danke schön.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, Sie wissen so gut wie ich, dass Sie den Deckungsvorschlag machen müssen und nicht die Kämmerei.

Herr Petelkau hat das Wort.

<**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sie haben jetzt schon einen Punkt vorweggenommen. Genau das ist das, was im Wesentlichen an diesem Antrag zu kritisieren ist. Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass man, wenn man neue Ideen hat, Geld auszugeben, auch genau sagt, woher das Geld kommen soll. - Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt. Wir haben in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 die entsprechenden Mittel pro Einwohner erhöht. Wir haben sicherlich alle das Ziel, die Bezirke weiter zu stärken. Wir haben das mit den Stadtverschönerungsprogrammen und anderen Dingen in den letzten beiden Haushalten getan. Wir werden auch zum kommenden Haushalt wieder Gespräche dazu führen, wie wir unser Ziel, die Bezirke insgesamt zu stärken, weiterverfolgen können. Genau dort gehört das Ganze hin, nämlich in die Haushaltsplanberatungen. Zur Ehrlichkeit gehört eben auch dazu, dass, wenn man Erhöhungen vorschlägt, diese auch gegenfinanziert sind. Alles andere wäre unehrlich. Deshalb lehnen wir den Antrag der LINKEN ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nach der Geschäftsordnung kann der Antrag formell gar nicht abgestimmt werden, weil keine Begründung für die Deckung vorliegt. Sehr schade! Aber wir müssen uns schon an unsere eigenen Spielregeln halten. Ansonsten würde ich Sie bitten, die Geschäftsordnung zu ändern.

Herr Detjen.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin, derartige Anträge sind hier schon oft gestellt worden, und sie sind immer abgestimmt worden. ->

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, immer nicht.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): - Aber bitte, dann führen Sie eine andere Kultur ein. Viel Spaß dabei!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich führe die Kultur ein, dass man sich an die selbst gesetzten Vorschriften hält oder sie ändert.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lasse ich jetzt auch nur über die Beschlussvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II **1283/2018**

Gibt es Wortmeldungen zu 10.11? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.14 auf:

10.14 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln - Beschluss über Mehrausgaben gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft i. V. m. § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW **1318/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 10.06.2018 im Stadtbezirk Nippes **1311/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2017
1606/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 71455/01
Arbeitstitel: Kasernenstraße in Köln-Kalk
0748/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen wie StEA, Anlage 10. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Mir liegt ein Antrag auf Sitzungsunterbrechung vor. Vielleicht sollten wir das zu diesem Zeitpunkt tun, bevor wir mit den Wahlen anfangen. Mir wäre das auch ganz recht. - Würden Ihnen zehn Minuten reichen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Wer beantragt das, bitte?)

Der Antragsteller meldet sich gerade.

<Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Jörg Detjen, unsere Fraktion hat zu einem der nachfolgenden Punkte unter TOP 17 Beratungsbedarf und möchte sich dazu zurückziehen. Deswegen erbittet sie eine 10 bis 15-minütige Sitzungspause.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann machen wir 15 Minuten Sitzungspause. Das heißt: Wir treffen uns pünktlich um 21.10 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung von
20.55 bis 21.13 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde jetzt gern mit der Ratssitzung fortfahren. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17 Wahlen

**17.1 Antrag der Gruppe BUNT betr. „Umsetzung von Ausschüssen“
AN/0719/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
0969/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.3 Neuwahl eines stellvertretend beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln
1183/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.4 Berufung eines sachkundigen Einwohners als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
1490/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.5 Antrag der Gruppe Rot-Weiß zu TOP 17. der nächsten Ratssitzung - Ausschussumbesetzung
1740/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.6 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds
3730/2017**

Hier wird Herr Pöttgen vorgeschlagen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.7 Vertretung der Stadt Köln in Haupt- und Gesellschafterversammlungen
1753/2018**

Es gibt eine Wortmeldung dazu. Herr Detjen.

<Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Die Vorlage ist für uns eine Art Lex Kliniken, der wir auf keinen Fall zustimmen werden. Die bisherige Beteiligungsverwaltungspraxis durch die Kämmerin und ihre männlichen Vorgänger hat sich in den letzten 30 Jahren unseres Erachtens bewährt. Selbst der machtbewusste Oberstadtdirektor Ruschmeier hat in seiner Zeit von 1990 bis 1998 diese Regelung akzeptiert. Auch im Rahmen der großen Umstellung der Gemeindeordnung 1999 mit der Abschaffung des Amtes des Oberstadtdirektors und der Einsetzung eines Oberbürgermeisters bzw. einer Oberbürgermeisterin als Chef bzw. Chefin der Verwaltung wurde diese Kölner Regelung beibehalten. Für Herrn Blum, Herrn Schramma und Herrn Rotters war die Frage der Zuständigkeit der Beteiligungsverwaltung niemals ein Thema.

Jetzt, im Konflikt um die städtischen Kliniken, in dem die Oberbürgermeisterin für ihre Verkaufsoption an die Uniklinik noch keine Mehrheit im Rat hat, soll diese Regelung geändert werden, um den Verkauf zu erzwingen. Das lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Der hier vorgeschlagene Weg, die Oberbürgermeisterin allzuständig zu machen, ist unseres Erachtens auch praktisch gar nicht durchführbar. Die Kölner Beteiligungsverwaltung ist so komplex - sie ist so groß wie die in München -, dass das gar nicht umsetzbar ist. Deswegen glauben wir, es wäre gut, wenn die Frau Oberbürgermeisterin weiterhin die Aufgaben der Repräsentation wahrnimmt - diese sind ja relativ umfänglich und auch wichtig - und die bisherige Regelung so beibehalten wird, also keine Umstellung stattfindet, weil diese nicht umsetzbar ist. - Ich bedanke mich und sage noch einmal: Wir werden der Vorlage nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp.

<Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden der Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen. Ich will es kurz begründen. Wir sehen schlicht nicht die Notwendigkeit, das zu ändern. Die Regelung,

dass die Kämmerin und die Beteiligungsverwaltung die Rechte der Gesellschafterin Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung wahrnehmen, existiert seit 1960 und ist 1994 per Ratsbeschluss modifiziert worden. Warum das jetzt, jenseits eventueller Friktionen innerhalb des Stadtvorstands zum Thema Kliniken, geändert werden soll, erschließt sich nicht.

Das erschließt sich insbesondere auch nicht aus dieser Beschlussvorlage. Darin wird angeführt, seitdem habe sich die Kommunalverfassung geändert. Ja, das ist richtig. Aber es ist schon 20 Jahre her, als mit dieser Änderung das Amt des Oberstadtdirektors abgeschafft wurde. Wie Herr Detjen eben ganz richtig ausgeführt hat, hat das Modell mit einem hauptamtlichen Oberbürgermeister über zwei Jahrzehnte gut funktioniert. Ich sehe keinen Grund, warum das jetzt geändert werden sollte, wie gesagt, jenseits etwaiger inhaltlicher Friktionen im Einzelfall. Das wäre dann aber ein ganz anderes Thema und müsste offener kommuniziert werden. Das jetzt in Gänze zu ändern, dafür sehen wir keinen Grund.

Hinzu kommt: Die Oberbürgermeisterin sitzt, anders als die Kämmerin, in wichtigen Aufsichtsräten, vielleicht demnächst auch als Aufsichtsratsvorsitzende. Gleichzeitig soll sie die Möglichkeit haben, als Gesellschaftsvertreterin zu agieren und quasi den Aufsichtsrat zu entlasten. Das kann ja nicht sein. Ich will ihr gar nicht unterstellen, dass sie das vorhat. Aber eine Konstruktion zu schaffen, wo es zu einer solchen Friktion kommen könnte, erscheint uns wirklich nicht sinnvoll. In diesem Sinne - wie gesagt, eine gute Begründung haben wir nicht gehört und vor allem auch nicht gelesen - werden wir dieser Vorlage mangels Notwendigkeit einer Änderung dieser bewährten Konstruktion nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

<Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wer hat hier die Richtlinienkompetenz? Die hat die Oberbürgermeisterin. Wir sind der Meinung, dass diese Richtlinienkompetenz auch für die städtischen Gesellschaften gilt.

Herr Krupp, ich finde es schon sehr bemerkenswert, wie Sie hier auftreten und in welcher Art und Weise Sie das darlegen. Wir sind der Mei-

nung, dass die Oberbürgermeisterin - so ist es in anderen Städten auch; so sieht es unsere Kommunalverfassung vor - als Erste Bürgerin der Stadt, unserer Stadt Köln, diese Aufgaben auch wahrnehmen soll. Das soll diese Änderung bewirken. Ich bin der Meinung, das sollten wir so annehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht. Dann bitte ich um das Handzeichen, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von Rot-Weiß und der Ratsgruppe GUT ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 17.8 auf:

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. „Nachbesetzung eines Gremiums“
AN/0902/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder, noch. Dann ist das so beschlossen.

**17.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. „Nachbesetzung Aufsichtsrat Stadtwerke Köln GmbH“
AN/0924/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

**17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Nachbesetzung eines weiteren Gremiums (SWK)“
AN/0925/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der heutigen Sitzung beendet.

(Schluss: 21.23 Uhr)